

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/203567]

22. JUNI 2020 — Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2020

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Artikel 1 - Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe C) Buchstabe b) Nummer 14ter, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.
2. In Buchstabe G) Buchstabe a), eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 27. Juni 2011 und vom 24. Juni 2013, wird folgende Nummer 5.1. eingefügt:

"5.1. Lehrer für Harfe".

Art. 2 - Artikel 7 Buchstabe b) Nummer 10 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 15. Juli 1969, wird wie folgt ersetzt:

"10. Finanz- und Gebäudeverwalter;"

**KAPITEL 2 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969
ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS**

Art. 3 - Artikel 16 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 26. Juni 2017, werden folgende Sätze eingefügt:

"In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz des erforderlichen Befähigungsnachweises für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen ist, können in diesem Amt Personen bezeichnet werden, die über das Diplom des Primarschullehrers oder, falls sich die Zuständigkeit des Förderpädagogen ausschließlich auf den Kindergarten oder die erste Stufe der Primarschule beschränkt, über das Diplom des Kindergärtner verfügen, ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und zum Zeitpunkt der Bezeichnung bereits zu einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik im Umfang von mindestens 15 ECTS eingeschrieben sind. Als Nachweis dient eine von der Unterrichtseinrichtung, an der die Zusatzausbildung absolviert wird, ausgestellte Einschreibebestätigung. Die Bezeichnung in diesem Amt endet nach Ablauf von zwei Jahren von Amts wegen, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung nicht innerhalb dieser Frist erfolgreich abgeschlossen hat."

2. Absatz 8, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird aufgehoben.

Art. 4 - Die Überschrift von Kapitel III Abschnitt 4 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 4 - Übernahme von Personalmitgliedern"

Art. 5 - In das Kapitel III Abschnitt 4 desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 51.1 eingefügt:

"Art. 51.1 - § 1 - Der Schulträger kann eine offene Stelle eines Anwerbungsamtes in der Kategorie des Verwaltungspersonals besetzen, indem er ein Personalmitglied einer in Artikel 14 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat angeführten Verwaltungsbehörde, im Folgenden abgebende Behörde genannt, übernimmt, außer wenn er aufgrund der Bestimmungen über die Wiedereinberufung in den Dienst, die Wiederbeschäftigung und die Stundenplanergänzung verpflichtet ist, einem Personalmitglied diese Stelle zuzuweisen, das wegen Stellenmangels zur Disposition steht.

Das Personalmitglied der abgebenden Behörde kann auf seinen Antrag hin als definitiv ernanntes Personalmitglied in einem Anwerbungamt in der Kategorie des Verwaltungspersonals übernommen werden, wenn:

1. das zu übernehmende Personalmitglied bei der abgebenden Behörde definitiv ernannt ist;
2. das schriftliche Einverständnis des Leiters der abgebenden Behörde vorliegt;
3. das zu übernehmende Personalmitglied zum Zeitpunkt der Übernahme die Zulassungsbedingungen des Amtes erfüllt, in das es nach der Übernahme ernannt werden soll, mit Ausnahme der Bestimmungen in Bezug auf das Bewerbungsverfahren.

Bei einer Übernahme erfolgen die Kündigung des Personalmitglieds bei der abgebenden Behörde und die definitive Ernennung durch den Schulträger ohne zeitliche Unterbrechung.

Die Dienste, die das übernommene Personalmitglied vor der Übernahme bei der abgebenden Behörde geleistet hat, werden hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt, als ob sie in dem Amt, in dem es beim Schulträger übernommen wird, geleistet worden wären.

§ 2 - Die Besoldung des übernommenen Personalmitglieds erfolgt auf Grundlage des finanziellen Dienstalters der abgebenden Behörde, wenn das finanzielle Dienstalter, das das Personalmitglied in Anwendung der Bestimmungen der aufnehmenden Einrichtung aufweist, nicht mindestens gleich hoch ist.

Ist das Gehalt einschließlich Zulagen des übernommenen Personalmitglieds in Anwendung der Titel II und II.1 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs geringer als das Gehalt einschließlich Zulagen, das es vor der Übernahme in der abgebenden Behörde erhalten hat, wird es weiterhin auf Grundlage der Besoldungstabelle einschließlich Zulagen der abgebenden Behörde besoldet, bis es in Anwendung der Titel II und II.1 des Dekrets vom 21. April 2008 ein mindestens gleich hohes Gehalt bezieht."

Art. 6 - In Artikel 66 § 4 Absatz 4 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "mit dem Vermerk "ungenügend"" durch die Wortfolge "mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend"" ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 91*quinquiesdecies* Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Angabe "3" durch die Angabe "4" ersetzt.

Art. 8 - In Artikel 91*undecagies* Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge "und 91*undecies*" durch die Wortfolge ", 91*undecies* mit Ausnahme von § 2 Absatz 1, sowie 91*duodecies*" ersetzt.

Art. 9 - In der Überschrift von Kapitel VII*decies* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge "pädagogische Koordinatoren für inklusive Schulen und" gestrichen.

Art. 10 - In Artikel 91*quadragiesquinquies* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge "das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und" gestrichen.

Art. 11 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgendes Kapitel VII*undecies*, das die Artikel 91*quadragiessexies* bis 91*quintagies* umfasst, eingefügt:

"KAPITEL VII*undecies* - Besondere Bestimmungen für Finanz- und Gebäudeverwalter"

Art. 12 - In das Kapitel VII*undecies* desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91*quadragiessexies* eingefügt:

"Art. 91*quadragiessexies* - Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 91*septies*, 91*octies* § 1 Absatz 1 und § 2, 91*undecies* mit Ausnahme von § 2 Absatz 1, sowie 91*duodecies* bis 91*terdecies* und 91*quadragiesquater* finden Anwendung auf das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters."

Art. 13 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91*quadragiessepties* eingefügt:

"Art. 91*quadragiessepties* - Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. die in Artikel 91*quater* Nummer 1 und Nummern 4-6 angeführten Bedingungen erfüllt;

2. im Besitz eines der nachfolgenden Studiennachweise ist:

a) das Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer in der Studienrichtung Buchhaltung;

b) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaft, Wirtschaftsmanagement oder Buchhaltung, ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

c) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangunterrichts ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

d) jedes Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer oder Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen oder berufsbildenden Sekundarschulwesens, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters in Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt. Handelt es sich um ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens, sind zudem fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurden, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, erforderlich. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet;

e) ein Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer, ergänzt um mindestens drei Dienstjahre, die im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht wurden;

3. ihre Bewerbung in der Form und in der Frist, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind, eingereicht hat."

Art. 14 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91*duodequintagies* eingefügt:

"Art. 91*duodequintagies* - Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufruf wird vom Schulträger in der Presse, per Aushang in den Schulen sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Finanz- und Gebäudeverwalters und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u. a. einen Lebenslauf und ein Motivationsschreiben bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen."

Art. 15 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91*undequintages* eingefügt:

"Art. 91*undequintages* - Bezeichnung

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich u. a. auf den Lebenslauf und das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die fachliche Kompetenz sowie auf die Berufserfahrung."

Art. 16 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91*quintages* eingefügt:

"Art. 91*quintages* - Vorübergehender Ersatz

§ 1 - Wenn die Bezeichnung des Finanz- und Gebäudeverwalters beendet wird oder er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend vollzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des darauffolgenden Schuljahres durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 91*quadragiessepties* angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

Wenn der Finanz- und Gebäudeverwalter aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn durch eine oder mehrere Personen im Amt des Aufseher-Erziehers ersetzen.

§ 2 - Während des Zeitraums des vorübergehenden Ersatzes gelten für das gemäß § 1 Absatz 1 ersetzende Personalmitglied die Artikel 91*octies* § 1 Absatz 1, 91*duodecies*, 91*terdecies* und 91*quadragiesquater*."

Art. 17 - Artikel 121ter Absatz 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2010 und vom 6. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:

"2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;"

Art. 18 - Artikel 169 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

"2. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk "ungenügend" schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend" erhalten hat;"

Art. 19 - In das Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Artikel 169*vicies* eingefügt:

"Art. 169*vicies* - Personalmitglieder, die zum 31. August 2020 im Amt des Erzieher-Verwalters definitiv ernannt sind, gelten ab dem 1. September 2020 als definitiv ernannt im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters."

Art. 20 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169*viciessemel* eingefügt:

"Art. 169*viciessemel* - In Abweichung von Artikel 91*duodequintages* und Artikel 91*undequintages* bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2020 jene Personalmitglieder auf unbestimmte Dauer im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters, die während des gesamten Schuljahres 2019-2020 zeitweilig im Amt des Erzieher-Verwalters bezeichnet waren. Die Dienste, die das zum 1. September 2020 im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters bezeichnete Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht hat, werden für die Ermittlung des in Artikel 91*septies* § 3 Nummer 1 angeführten Alters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters erbracht worden wären."

Art. 21 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169*viciesbis* eingefügt:

"Art. 169*viciesbis* - In Abweichung von Artikel 91*quinquies*, 91*sexies* und 91*septies* § 1 bezeichnet der Schulträger vom 1. September 2020 bis 31. Dezember 2020 das Personalmitglied im Amt des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule, das im Schuljahr 2019-2020 das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen ausgeübt hat."

KAPITEL 3 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILfspersonals, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 22 - Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 Buchstabe *c*), ersetzt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird nach dem Wort "Sittenlehre" ein Semikolon eingefügt.

2. In Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Buchstabe *d*) eingefügt:

"*d*) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (Wahlfach/Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre);"

3. In Nummer 3 Buchstabe *b*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. In Nummer 3 wird folgender Buchstabe *c*) eingefügt:

"*c*) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (Sport);

5. In Nummer 7 Buchstabe *b*), eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

6. In Nummer 7, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird folgender Buchstabe *c*) eingefügt:

"*c*) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts mit der betreffenden Fremdsprache als Grundrichtung oder Bestandteil der Grundrichtung der Ausbildung, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und um den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache;"

7. In Nummer 8 Absatz 1 Buchstabe *b*), eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

8. In Nummer 8 Absatz 1, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

"c) für einen Förderpädagogen, der ausschließlich auf Ebene des Kindergartens oder der ersten Stufe des Primarschulwesens tätig ist: das Diplom eines Kindergärtner, ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird."

9. In Nummer 8, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Als Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises gilt ebenfalls jede Person, die die Einstellungs- bzw. Bezeichnungsbedingungen für das Amt des Primarschullehrers erfüllt, zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals aufweist, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und den Nachweis besitzt über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird."

Art. 23 - Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1.1 Buchstabe c), eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt:

"c) einen der folgenden Nachweise im Bereich Kinderpflege:

1. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Kinderpflege;

2. das Brevet als Kinderpfleger;

3. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten oder siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege;"

2. In Nummer 1.1 Buchstabe e), eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird die Wortfolge "das von der" durch die Wortfolge "das vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der" und das Wort "Kinderbetreuer" durch die Wortfolge "Kinderbetreuer oder als Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer" ersetzt.

3. In Nummer 1.1 Buchstabe f), eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird die Wortfolge "in Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz eines der in den Buchstaben a) bis e) angeführten Befähigungsnachweises ist:" gestrichen.

4. In Nummer 1.1, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz eines der in den Buchstaben a) bis f) angeführten Befähigungsnachweises ist, gilt das Diplom des Kindergärtner als erforderlicher Befähigungsnachweis."

5. In Nummer 3bis Buchstabe a), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Sekundarunterrichts" durch die Wortfolge "Sekundarunterrichts, vervollständigt durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird" ersetzt.

6. In Nummer 3bis Buchstabe b), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Befähigungsnachweis." durch die Wortfolge "Befähigungsnachweis und durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird," ersetzt.

7. In Nummer 3bis, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

"c) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts, vervollständigt durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird."

Art. 24 - In Artikel 17.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird das Wort "Kurse" durch die Wortfolge "Kurse im ersten Anpassungsjahr des Sekundarschulwesens," ersetzt.

KAPITEL 4 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JULI 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ZUWEISUNGEN DER VERWALTER, ERZIEHER-VERWALTER UND DIREKTIONSEKRETÄRE IN DEN STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN UND NORMALSCHUL-UNTERRICHT

Art. 25 - In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 15. Juli 1969 zur Festlegung der Zuweisungen der Verwalter, Erzieher-Verwalter und Direktionssekretäre in den staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen und Normalschulunterricht wird die Wortfolge ", Erzieher-Verwalter" gestrichen.

Art. 26 - Artikel 2 desselben Königlichen Erlasses wird aufgehoben.

KAPITEL 5 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. JULI 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ANWERBUNGSAÄMTER, WELCHE DIE PERSONALMITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN UNTERRICHTSEINRICHTUNGEN BEKLEIDEN MÜSSEN, UM IN EIN AUSWAHLAMT ERNAANT ZU WERDEN

Art. 27 - In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Anwerbungsaämter, welche die Personalmitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen bekleiden müssen, um in ein Auswahlamt ernannt zu werden, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Zeile über den Erzieher-Verwalter aufgehoben.

KAPITEL 6 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 28 - In Artikel 27 § 4 Absatz 4 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "mit dem Vermerk "ungenügend"" durch die Wortfolge "mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend"" ersetzt.

Art. 29 - Artikel 49 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

"2. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk "ungenügend" schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend" erhalten hat;"

KAPITEL 7 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 160 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 30 - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 1. September 1993, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "pädagogischen Koordinatoren für inklusive Schulen," gestrichen.

2. In Nummer 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge "pädagogischen Koordinatoren für inklusive Schulen," gestrichen.

3. In Nummer 4 Buchstabe *c*) Spiegelstrich 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird das Wort "Erzieher-Kontoristen" durch die Wortfolge "Finanz- und Gebäudeverwalter" ersetzt.

KAPITEL 8 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IM SEKUNDARUNTERRICHT, DER IN DEN OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES MITTEL- ODER NORMALSCHULWESENS ERTEILT WIRD

Art. 31 - Artikel 12 § 1 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird aufgehoben.

2. Nummer 5, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976, wird aufgehoben.

KAPITEL 9 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IM SEKUNDARUNTERRICHT, DER IN DEN FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES MITTEL- UND NORMALSCHULWESENS ERTEILT WIRD, DAS PSYCHO-PÄDAGOGISCHE POSTSEKUNDARSCHULJAHR EINBEGRIFFEN

Art. 32 - Artikel 12 § 1 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird aufgehoben.

2. Nummer 5, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976, wird aufgehoben.

KAPITEL 10 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IN DEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES TECHNISCHEN UND BERUFLICHEN SEKUNDARSCHULWESENS MIT VOLLEM LEHRPLAN UND DES FORTBILDUNGSSCHULWESENS

Art. 33 - Artikel 12 § 1 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 5 wird aufgehoben.

2. Nummer 6, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976, wird aufgehoben.

KAPITEL 11 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 27. JULI 1976 ZUR REGELUNG DER ZURDISPOSITIONSTELLUNG WEGEN STELLENMANGELS, DER WIEDEREINBERUFUNG IN DEN DIENST UND DER GEWÄHRUNG EINER WARTEGEHALTSSUBVENTION IM SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESEN

Art. 34 - In Artikel 5 § 2 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Warthegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen wird die Wortfolge "d'éducateur-économiste" durch die Wortfolge "eines Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

KAPITEL 12 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1977 ZUR FESTLEGUNG DER VORSCHRIFTEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BERECHNUNG DER ANZAHL PLANSTELLEN IN BESTIMMTEN ÄMTERN DES ERZIEHUNGSHILFS-, SOZIALPSYCHOLOGISCHEN UND VERWALTUNGSPERSONALS DES SEKUNDAR- UND HOCHSCHULUNTERRICHTSWESENS MIT AUSNAHME DER UNIVERSITÄTEN

Art. 35 - Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird das Wort "Erzieher-Verwalters" durch die Wortfolge "Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

2. In § 1, abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Zählt eine Schule weniger als 400 Schüler, kann die Stelle im Amt des Kommis-Daktylographen umgewandelt und im Amt des Direktionssekretärs organisiert oder subventioniert werden, wenn die Stelle im Amt des Kommis-Daktylographen nicht von einem Personalmitglied bekleidet wird, das auf unbestimmte Dauer hierin bezeichnet ist. Diese Umwandlung darf keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels zur Folge haben."

3. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Erzieher-Verwalters" durch die Wortfolge "Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

4. In § 4 Nummer 1 wird das Wort "Erzieher-Verwalters" durch die Wortfolge "Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

Art. 36 - In Artikel 3bis desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Das im Rahmen des Absatz 1 angeführte zur Verfügung stehende Stellenkapital kann umgewandelt und im Amt des Direktionssekretärs organisiert oder subventioniert werden, wenn die Stelle im Amt des Kommis-Daktylographen nicht von einem Personalmitglied bekleidet wird, das auf unbestimmte Dauer hierin bezeichnet ist. Diese Umwandlung darf keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels zur Folge haben."

Art. 37 - In Artikel 15 desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge "d'éducateur-économiste" durch die Wortfolge "eines Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 17 Buchstabe *a*) desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge "d'éducateur-économiste" durch die Wortfolge "eines Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

Art. 39 - In Artikel 21 desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge "d'éducateur-économiste" durch die Wortfolge "eines Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

**KAPITEL 13 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 23. OKTOBER 1979
ZUR GEWÄHRUNG EINER JAHRESENDZULAGE AN GEWISSE INHABER EINES
ZU LASTEN DER STAATSKASSE BESOLDETEN AMTES**

Art. 40 - Artikel 4 § 3 des Königlichen Erlasses vom 23. Oktober 1979 zur Gewährung einer Jahresendzulage an gewisse Inhaber eines zu Lasten der Staatskasse besoldeten Amtes, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 3. Dezember 1987, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. in den Genuss eines Elternschaftsurlaubs oder Elternurlaubs gekommen ist;"

2. Folgende Nummer 1.1 wird eingefügt:

"1.1. im Rahmen einer Geburt, wie in den Artikeln 39 und 42-43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 vorgesehen, abwesend war,"

KAPITEL 14 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. MÄRZ 1982 ÜBER DIE SEKUNDARSCHULZENTREN UND ZUR FESTLEGUNG DES RATIONALISIERUNGS- UND PROGRAMMIERUNGSPLANS DES VOLLZEITSEKUNDARUNTERRICHTS

Art. 41 - In Artikel 36 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 30. März 1982 über die Sekundarschulzentren und zur Festlegung des Rationalisierungs- und Programmierungsplans des Vollzeitsekundarunterrichts wird die Wortfolge "d'éducateur-économiste" durch die Wortfolge "eines Finanz- und Gebäudeverwalters" ersetzt.

**KAPITEL 15 — ABÄNDERUNG DES SANIERUNGSGESETZES VOM 22. JANUAR 1985
ZUR FESTLEGUNG SOZIALER BESTIMMUNGEN**

Art. 42 - In Artikel 111 § 1 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird zwischen die Absätze 1 und 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung aufgrund besonderer Umstände während des Schuljahres 2019-2020 Online-Kursstunden berücksichtigen, insofern das Angebot ursprünglich als Präsenzunterricht geplant war."

**KAPITEL 16 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 5. JUNI 1990
ZUR FESTLEGUNG DER ANZAHL UNTERRICHTSSTUNDEN/LEHRPERSON
IM VOLLZEITSEKUNDARUNTERRICHT DES TYPS I**

Art. 43 - In Artikel 4.1 § 1 des Dekrets vom 5. Juni 1990 zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I, eingefügt durch das Dekret vom 12. Januar 2012, wird vor die Wortfolge "zu finanzieren" die Wortfolge "oder zur Einstellung von Gastdozenten auf Honorarbasis zur Organisation spezifischer Projekte unter Einbindung der Schulgemeinschaft" eingefügt.

**KAPITEL 17 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE,
WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN**

Art. 44 - In Artikel 5*quater* des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, aufgehoben durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und wieder eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird vor Absatz 1, der zu Absatz 2 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Zur Erfüllung der Aufgaben, die in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen festgelegt sind, wird dem Zentrum für Förderpädagogik eine Vollzeitstelle zur Verfügung gestellt."

Art. 45 - Artikel 5*sexies* Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 46 - In Artikel 24 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Organisiert eine Förderschule, die am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 Schüler zählt, gemeinsam mit einer Regelschule eine inklusive Schule, wird unbeschadet von Absatz 1 eine zusätzliche Stelle im Amt des Fachbereichsleiters organisiert oder subventioniert. Ein Viertel dieser Stelle ergibt sich aus der Umwandlung des gemäß Artikel 5*ter* gewährten Stundenkapitals."

Art. 47 - In Artikel 33 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird das Wort "Erzieher-Verwalter" durch die Wortfolge "Finanz- und Gebäudeverwalter" ersetzt.

Art. 48 - In Artikel 53*ter* § 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 26. Juni 2017, wird die Angabe "2019-2020" durch die Angabe "2021-2022" ersetzt.

**KAPITEL 18 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 1991 ÜBER DIE AUS- UND WEITERBILDUNG
IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN**

Art. 49 - Artikel 17 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 Spiegelstrich 1 wird wie folgt ersetzt:

"- sechs Mitglieder, die die beruflichen Vereinigungen vertreten, die entweder nationale berufliche Vereinigungen gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2014 über die Organisation der Vertretung von Selbständigen und KMB sind oder ihren Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und diesen vorerwähnten nationalen beruflichen Vereinigungen angeschlossen sind;"

2. § 1 Absatz 1 Spiegelstrich 2 wird wie folgt ersetzt:

"- vier Mitglieder, die die überberuflichen Vereinigungen vertreten, die entweder nationale überberufliche Vereinigungen gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 24. April 2014 über die Organisation der Vertretung von Selbständigen und KMB sind oder ihren Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und diesen vorerwähnten nationalen überberuflichen Vereinigungen angeschlossen sind;"

3. In § 2 wird folgender Absatz eingefügt:

"Wenn die Regierung den in § 3bis angeführten Antrag des Instituts als ausreichend begründet erachtet, kann sie bei der Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des Verwaltungsrats von der in Absatz 1 angeführten Bedingung abweichen."

**KAPITEL 19 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994
BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERRICHTSWESEN
UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN**

Art. 50 - In Artikel 3*bis* § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird nach dem Wort "Direktionssekretärs" die Wortfolge ", das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters" eingefügt.

Art. 51 - In denselben Erlass der Regierung, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Artikel 4*quinquies* eingefügt:

"Art. 4*quinquies* - § 1 - Die in den Artikeln 3 oder 4 angeführten Personalmitglieder können ihre Laufbahn halbzeitig oder zu einem Fünftel unterbrechen gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses Nr. 23 vom 13. Mai 2020 bezüglich des Corona-Elternurlaubs, ergangen in Anwendung von Artikel 5 § 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 27. März 2020 zur Ermächtigung des Königs, Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus COVID-19 zu ergreifen (II).

§ 2 - Bei zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedern sowie bei bezuschussten Vertragsarbeitsnehmern endet der Urlaub spätestens an dem Tag, an dem die Bezeichnung oder Einstellung endet."

Art. 52 - In Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und das Dekret vom 26. Juni 2006, wird folgender § 5 eingefügt:

"§ 5 - Das Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 4*quinquies* seine Laufbahn unterbrechen möchte, um den Corona-Elternurlaub zu nehmen, benachrichtigt seinen Träger und reicht durch Vermittlung des Trägers beim für das Unterrichtswesen zuständigen Minister einen schriftlichen Antrag ein. Handelt es sich um ein Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens, wird der Antrag über den Schulleiter bzw. Direktor eingereicht.

Im Antrag gibt das Personalmitglied an, ob es eine halbzeitige Laufbahnunterbrechung oder eine Laufbahnunterbrechung um ein Fünftel wählt.

Der Antrag wird mindestens drei Tage vor Beginn der Laufbahnunterbrechung eingereicht und gibt in Abweichung von Artikel 5 § 1 das Datum an, an dem sie beginnt und an dem sie endet. Die Antragsfrist kann im gegenseitigen Einvernehmen gekürzt werden.

Vor Beginn der Laufbahnunterbrechung reicht das Personalmitglied entweder einen Auszug aus der Geburtsurkunde oder eine Bescheinigung der Adoption oder Pflegschaft ein. Zusätzlich reicht es eine Bescheinigung der Einschreibung des Kindes im Bevölkerungs- oder Fremdenregister der Gemeinde, in der das Personalmitglied seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort hat, einen Auszug aus dem Bevölkerungs- oder Fremdenregister, aus dem die Zusammensetzung der Familie ersichtlich wird, sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung der körperlichen oder geistigen Behinderung des Kindes im Sinne der Gesetzgebung über die Familienleistungen ein.

Ein Personalmitglied, das eine der in Artikel 4-4*quater* angeführten Laufbahnunterbrechungen in Anspruch nimmt, kann diese zwecks Inanspruchnahme eines Corona-Elternurlaubs aussetzen.

Ein Personalmitglied, das eine der in Artikel 113 Absatz 2 Nummern 2-4 des Dekrets vom 26. Juni 2006 über Maßnahmen im Unterrichtswesen angeführten Urlaubformen wegen verringelter Dienstleistung in Anspruch nimmt, darf diesen Urlaub zwecks Inanspruchnahme eines Corona-Elternurlaubs aussetzen, vorausgesetzt der Umfang der Verringerung bleibt unverändert."

KAPITEL 20 — ABÄNDERUNG DES PROGRAMMDEKRETS 1997 VOM 20. MAI 1997

Art. 53 - In Artikel 3bis des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 1999, abgeändert durch die Dekrete vom 30. Juni 2003 und vom 6. Mai 2019, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 2 kann der Schulträger bereits am ersten Schultag auf das in Artikel 3 § 3 erwähnte Stundenkapital zurückgreifen. Stehen dem Schulträger in Anwendung der Neuberechnung gemäß Artikel 3 § 3 weniger Stunden zur Verfügung, als er am ersten Schultag eingerichtet hat, gehen diese Stunden zulasten des Schulträgers."

KAPITEL 21 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHEULEN

Art. 54 - In Artikel 4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgende Nummer 43 eingefügt:

"43. Datenschutz-Grundverordnung: Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG."

Art. 55 - Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender § 1.1 wird eingefügt:

"Unter einem fünfjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von fünf Jahren erreicht.

Unter einem sechsjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von sechs Jahren erreicht."

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "die noch nicht schulpflichtig sind" durch die Wortfolge "die zwischen zwei Jahren und sechs Monaten und fünf Jahren alt sind" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "schulpflichtige Kinder" durch die Wortfolge "Kinder ab sechs Jahren" ersetzt.

4. § 2 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 kann zum einen ein sechsjähriges Kind noch den Kindergarten besuchen und zum anderen ein fünfjähriges Kind die Primarschule."

Art. 56 - Artikel 21.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender § 1.1 wird eingefügt:

"Unter einem fünfjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von fünf Jahren erreicht.

Unter einem sechsjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von sechs Jahren erreicht."

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "noch nicht schulpflichtig sind" durch die Wortfolge "zwischen zwei Jahren und sechs Monaten und fünf Jahren alt sind" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "schulpflichtige Kinder" durch die Wortfolge "Kinder ab sechs Jahren" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "noch nicht schulpflichtig ist und mindestens zwei Jahre und sechs Monate alt ist" durch die Wortfolge "zwischen zwei Jahren und sechs Monaten und fünf Jahren alt ist" ersetzt.

5. In § 3 Absatz 3 wird die Wortfolge "ein schulpflichtiges Kind während des ersten Jahres der Schulpflicht" durch die Wortfolge "ein sechsjähriges Kind" ersetzt.

Art. 57 - In Artikel 34 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Schulpflichtige Kinder, die den Kindergarten besuchen, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten einen Religionsunterricht oder einen Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre in der angegliederten Primarschule besuchen. Die Erziehungsberechtigten treffen ihre Wahl mittels einer schriftlichen Erklärung bis zum letzten Werktag vor Beginn des Schuljahres bzw. bei Einschreibung während des Jahres."

Art. 58 - Artikel 93.14 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Die bisherigen Absätze 1-3 werden zu § 1 Absätze 1-3.

2. Folgender § 2 wird eingefügt:

"§ 2 - Die in § 1 Absatz 1 angeführte Akte umfasst folgende Unterlagen:

1. das in Artikel 93.7 angeführte Gutachten;

2. einen Bericht zur bisherigen Lernbegleitung und Förderung des Schülers, erstellt vom Leiter der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde;

3. eine Kopie des letzten Zeugnisses des Schülers;
4. das Protokoll der Förderkonferenz;
5. eine schriftliche Stellungnahme des Klassenleiters der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde, falls er nicht persönlich zur Sitzung des Förderausschusses erscheinen kann.

Die in Absatz 1 Nummern 2, 3 und 5 angeführten Unterlagen sind lediglich einzureichen, wenn der Schüler in der Vergangenheit bereits beschult wurde.

Es steht den Erziehungsberechtigten frei, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen."

3. Folgender § 3 wird eingefügt:

" § 3 - Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die vom Leiter der Regelschule übermittelte Akte unvollständig ist, informiert er den Leiter der Regelschule darüber. Der Leiter der Regelschule reicht die fehlenden Unterlagen innerhalb von fünf Werktagen nach Mitteilung der fehlenden Unterlagen nach. Werden die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, verbleibt der Schüler in der Schule, in der er vor der Abhaltung der Förderkonferenz bereits beschult wurde.

Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die gemäß den Artikeln 93.11-93.13 festgelegte Prozedur nicht eingehalten wurde, sendet er die Akte zwecks erneuter Entscheidung durch die Förderkonferenz per Einschreiben an den Leiter der Regelschule zurück.

In dem in Absatz 2 angeführten Fall beruft der Leiter der Regelschule die Förderkonferenz erneut ein. Die Förderkonferenz trifft innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens erneut eine Entscheidung. Wurde kein Einvernehmen in der Förderkonferenz erzielt, übermittelt der Leiter der Regelschule die vollständige Akte innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz dem Förderausschuss, der die Akte gemäß § 1 Absätze 1 bis 3 bearbeitet."

Art. 59 - Artikel 93.21 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Die bisherigen Absätze 1-3 werden zu § 1 Absätze 1-3.

2. Folgender § 2 wird eingefügt:

" § 2 - Die in § 1 Absatz 1 angeführte Akte umfasst folgende Unterlagen:

1. das in Artikel 93.20 § 1 Absatz 2 Nummer 1 angeführte Gutachten;

2. einen Bericht zur bisherigen Lernbegleitung und Förderung des Schülers, erstellt vom Leiter der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde;

3. eine Kopie des letzten Zeugnisses des Schülers;

4. das Protokoll der Förderkonferenz;

5. eine schriftliche Stellungnahme des Klassenleiters der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde, falls er nicht persönlich zur Sitzung des Förderausschusses erscheinen kann.

Es steht den Erziehungsberechtigten frei, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen."

3. Folgender § 3 wird eingefügt:

" § 3 - Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die vom Leiter der Regelschule übermittelte Akte unvollständig ist, informiert er den Leiter der Regelschule darüber. Der Leiter der Regelschule reicht die fehlenden Unterlagen innerhalb von fünf Werktagen nach Mitteilung der fehlenden Unterlagen nach. Werden die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, verbleibt der Schüler in der Schule, in der er vor der Abhaltung der Förderkonferenz bereits beschult wurde.

Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die gemäß den Artikeln 93.11-93.13 festgelegte Prozedur nicht eingehalten wurde, sendet er die Akte zwecks erneuter Entscheidung durch die Förderkonferenz per Einschreiben an den Leiter der Regelschule zurück.

In dem in Absatz 2 angeführten Fall beruft der Leiter der Regelschule die Förderkonferenz erneut ein. Die Förderkonferenz trifft innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens erneut eine Entscheidung. Wurde kein Einvernehmen in der Förderkonferenz erzielt, übermittelt der Leiter der Regelschule die vollständige Akte innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz dem Förderausschuss, der die Akte gemäß § 1 Absätze 1-3 bearbeitet."

Art. 60 - Artikel 93.22 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender § 4 wird eingefügt:

" § 4 - Die in § 3 Absatz 1 angeführte Akte umfasst folgende Unterlagen:

1. das in § 1 Nummer 1 angeführte Gutachten;

2. einen Bericht zur bisherigen Lernbegleitung und Förderung des Schülers, erstellt vom Leiter der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde;

3. eine Kopie des letzten Zeugnisses des Schülers;

4. das Protokoll der Förderkonferenz;

5. eine schriftliche Stellungnahme des Klassenleiters der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde, falls er nicht persönlich zur Sitzung des Förderausschusses erscheinen kann.

Es steht den Erziehungsberechtigten frei, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen."

2. Folgender § 5 wird eingefügt:

" § 5 - Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die vom Leiter der Regelschule übermittelte Akte unvollständig ist, informiert er den Leiter der Regelschule darüber. Der Leiter der Regelschule reicht die fehlenden Unterlagen innerhalb von fünf Werktagen nach Mitteilung der fehlenden Unterlagen nach. Werden die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, verbleibt der Schüler in der Schule, in der er vor der Abhaltung der Förderkonferenz bereits beschult wurde.

Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die gemäß den Artikeln 93.11-93.13 festgelegte Prozedur nicht eingehalten wurde, sendet er die Akte zwecks erneuter Entscheidung durch die Förderkonferenz per Einschreiben an den Leiter der Regelschule zurück.

In dem in Absatz 2 angeführten Fall beruft der Leiter der Regelschule die Förderkonferenz erneut ein. Die Förderkonferenz trifft innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens erneut eine Entscheidung. Wurde kein Einvernehmen in der Förderkonferenz erzielt, übermittelt der Leiter der Regelschule die vollständige Akte innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz dem Förderausschuss, der die Akte gemäß § 3 Absätze 1-3 bearbeitet."

Art. 61 - In das Kapitel VIIIbis Abschnitt 6 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2016, wird folgender Artikel 93.32.1 eingefügt:

"Art. 93.32.1 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Abschnitts beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln."

Art. 62 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.32.2 eingefügt:

"Art. 93.32.2 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Hinblick auf die Ausführung der Aufträge, die in vorliegendem Abschnitt vorgesehen sind.

Die Regierung ist im Rahmen der Ausführung der Artikel 93.6 § 4, 93.14, 93.21, 93.22 § 3, 93.23 und 93.25 für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich."

Art. 63 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.32.3 eingefügt:

"Art. 93.32.3 - Datenkategorien

Die Regierung kann alle gemäß Artikel 93.32.2 Absatz 3 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Erziehungsberechtigten des Schülers;
3. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung des Schülers;
4. Daten zur Familiensituation des Schülers;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation des Schülers;
6. Daten zu Freizeitbeschäftigung und Interessen des Schülers;
7. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren;
8. besonders schützenswerte Daten des Schülers, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
9. gerichtliche Daten in Bezug auf den Schüler.

Die Regierung präzisiert die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien."

Art. 64 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.32.4 eingefügt:

"Art. 93.32.4 - Dauer der Datenverarbeitung

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die Daten ab Datum des Eingangs der Akte des Schülers beim Förderausschuss während zehn Jahren verarbeitet und aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet."

Art. 65 - Artikel 93.50 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Der Hausunterricht genügt den in den Artikeln 5 bis 13 angeführten Anforderungen und ermöglicht den schulpflichtigen Kindern das Erreichen von Entwicklungszügen für den Kindergarten und Kompetenzniveaus für die Primar- und Sekundarschule. Das jeweilige Kompetenzniveau ist gleichwertig mit den Kompetenzen, den Kernkompetenzen, den Kompetenzerwartungen und den Bezügen zu den Kompetenzerwartungen, die für das Unterrichtswesen definiert sind."

2. In Absatz 2 wird zwischen den Wörtern "Maße" und "fachbezogene" die Wortfolge "die in Artikel 11 angeführten Entwicklungsziele sowie" eingefügt.

Art. 66 - In Artikel 93.52 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird zwischen die Wörter "erreichenden" und "Kompetenzen" die Wortfolge "Entwicklungsziele und" eingefügt.

Art. 67 - Artikel 96.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 68 - In Artikel 98 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird folgender § 6 eingefügt:

- ”§ 6 - Unbeschadet von § 1 umfasst der Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters vor allem folgende Aufgaben:
1. Materielle Verwaltung der Unterrichtseinrichtung, d. h.:
 - a) Abwicklung aller Bestellungen unter Beachtung der Bestimmungen zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen;
 - b) Überprüfung aller Rechnungen der Schule und Freigabe zur Unterzeichnung durch die Schulleitung;
 - c) Entgegennahme von Lieferungen und Verwaltung der Lager;
 2. Finanzielle Verwaltung der Unterrichtseinrichtung, d. h.:
 - a) Verrichtung der Buchführung und des Rechnungswesens gemäß den gesetzlichen Vorschriften;
 - b) Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben der gesamten Schule;
 - c) Führung der Kasse;
 - d) Verwaltung der Spesenabrechnungen;
 - e) Erstellung und Aktualisierung der Inventarliste;
 3. Vorbereitung der jährlichen Budget- und Investitionsplanung;
 4. Überprüfung aller Verträge der Schule und Freigabe zur Unterzeichnung durch die Schulleitung;
 5. Koordination der finanziellen Abwicklung der Erasmus+-Projekte;
 6. Allgemeines Gebäudemanagement sowie Planung und Supervision infrastruktureller Veränderungen in der Schule;
 7. Ansprechpartner für wirtschaftliche und finanzielle Belange;
 8. Supervision und Koordination des in der Schule beschäftigten Arbeits- und Dienstleistungspersonals;
 9. Administrative, logistische und technische Unterstützung der Schulleitung;
 10. Teilnahme an Personalversammlungen;
 11. Persönliche Fort- und Weiterbildung;
 12. Aufgaben, die dazu beitragen das Schulprojekt zu verwirklichen.

Im Abweichung von Absatz 1 gehören die in Absatz 1 Nummer 2 angeführten Aufgaben nicht zum Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters, falls diese Aufgaben von einem gemäß den Bestimmungen des Dekrets von 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestellten schulexternen Rechnungspflichtigen wahrgenommen werden. In diesem Fall unterstützt der Finanz- und Gebäudeverwalter den schulexternen Rechnungspflichtigen bei der Verrichtung dieser Aufgaben.”

Art. 69 - In das Kapitel XII desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 123*septies* eingefügt:

”Art. 123*septies* - In Abweichung von Artikel 21 § 2 Absatz 1 und Artikel 21.1 § 2 Absatz 1 und § 3 Absätze 1 und 2 sind vom 1. September 2020 bis zum 31. August 2024 die Kinder zum Kindergarten zugelassen, die zwischen drei und fünf Jahre alt sind.”

Art. 70 - In dasselbe Kapitel, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 123*octies* eingefügt:

”Art. 123*octies* - In Abweichung von Artikel 40 Absatz 1 kann ein Schulträger oder ein Schulleiter nach Rücksprache mit dem Schulträger die Änderungen der Schulordnung vornehmen, die im Laufe des Schuljahres 2019-2020 aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19) erforderlich sind. Wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, werden die Änderungen in Abweichung von Artikel 41 nicht zwingend den Erziehungsberechtigten und dem Sekundarschüler zur Unterschrift vorgelegt werden. Der Schulleiter informiert die Erziehungsberechtigten und die Sekundarschüler schriftlich über die Änderungen.”

Art. 71 - In dasselbe Kapitel, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 123*novies* eingefügt:

”Art. 123*novies* - Die Anwendung der Bestimmungen über die sonderpädagogische Förderung in der Regel- und Förderschule erfolgt im Schuljahr 2019-2020 wie folgt:

1. Unbeschadet von Artikel 93.8 wird das Gutachten des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums bis spätestens 3. Juni 2020 übermittelt.

2. Unbeschadet von Artikel 93.10 Absatz 2 behält ein Gutachten zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern, die eine Regelschule besuchen, das im Schuljahr 2019-2020 vom Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aufgrund mangelnder Erkenntnisse erstellt und mit Vorbehalt gekennzeichnet wurde, seine Gültigkeit lediglich während des Schuljahres 2020-2021.

3. Unbeschadet der Artikel 93.13 § 1 Absatz 1, 93.18, 93.19 § 1 Absatz 1 und 93.20 § 1 Absatz 1 trifft die Förderkonferenz die in den jeweiligen Artikeln aufgeführten Entscheidungen spätestens bis zum 26. Juni 2020.

4. Unbeschadet von Artikel 93.13 § 2 Absatz 2 und 93.19 § 2 Absatz 2 teilt der Leiter der Förderschule der betroffenen Regelschule seine begründete Entscheidung spätestens bis zum 30. Juni 2020 schriftlich mit.

5. Unbeschadet von Artikel 93.13 § 2 Absatz 3 und 93.19 § 2 Absatz 3 teilt der Leiter der Regelschule den Erziehungsberechtigten die begründete Entscheidung spätestens bis zum 3. Juli 2020 per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung mit.

6. Unbeschadet der Artikel 93.14 Absatz 2, 93.21 Absatz 2 und 93.22 § 3 Absatz 2 übermittelt der Föderausschuss den Erziehungsberechtigten, dem Leiter der Regelschule und dem Leiter der Förderschule per Einschreiben seine begründete Entscheidung sowie gegebenenfalls seine Empfehlung in Bezug auf die im folgenden Schuljahr einzusetzenden personellen Fördermittel nach Möglichkeit innerhalb von 20 Werktagen nach Erhalt des Einschreibens, spätestens jedoch bis zum 25. August 2020.

7. Unbeschadet von Artikel 93.20 § 2 lässt der Leiter der Regelschule den Erziehungsberechtigten bis spätestens 26. Juni 2020 die begründete Entscheidung über die Beendigung der sonderpädagogischen Förderung in der betreffenden Regelschule und den zukünftigen Förderort per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung zukommen.

8. In Abweichung von Artikel 93.23 Absatz 2 übermittelt der Förderausschuss den Erziehungsberechtigten und dem Regelschulleiter nach Möglichkeit innerhalb von 20 Werktagen nach Erhalt des Einspruchs seine Entscheidung per Einschreiben, spätestens jedoch bis zum 25. August 2020.“

Art. 72 - In dasselbe Kapitel, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 123*decies* eingefügt:

“Art. 123*decies* - Unbeschadet von Artikel 93.70 Absatz 4 und 93.71 Absatz 3 kann die Dauer des Aufenthalts in der Sprachlernklasse für Schüler, die vor dem 13. März 2020 als erstankommende Schüler eingeschrieben waren, wenn notwendig um die Anzahl Wochen, in denen aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19) im Schuljahr 2019-2020 kein Unterricht stattgefunden hat, verlängert werden.”

KAPITEL 22 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 73 - Artikel 33 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 26. Juni 2017, werden folgende Sätze eingefügt:

“In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz des erforderlichen Befähigungsnachweises für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen ist, können in diesem Amt Personen eingestellt werden, die über das Diplom des Primarschullehrers oder, falls sich die Zuständigkeit des Förderpädagogen ausschließlich auf den Kindergarten oder die erste Stufe der Primarschule beschränkt, über das Diplom des Kindergärtner verfügen, ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und zum Zeitpunkt der Einstellung bereits zu einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik im Umfang von mindestens 15 ECTS eingeschrieben sind. Als Nachweis dient eine von der Unterrichtseinrichtung, an der die Zusatzausbildung absolviert wird, ausgestellte Einschreibebestätigung. Die Einstellung in diesem Amt endet nach Ablauf von zwei Jahren von Amts wegen, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung nicht innerhalb dieser Frist erfolgreich abgeschlossen hat.”

2. Absatz 8, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird aufgehoben.

Art. 74 - In Artikel 53 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge “ihres Stundenplanes” durch die Wortfolge “ihres Stundenplans in dem betreffenden Amt in der betreffenden Schule” ersetzt.

Art. 75 - In Artikel 62.14 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Angabe “3” durch die Angabe “4” ersetzt.

Art. 76 - - In Artikel 62.37 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge “und 62.10” durch die Wortfolge „62.10 mit Ausnahme von § 2 Absatz 1, sowie 62.11“ ersetzt.

Art. 77 - In der Überschrift von Kapitel IV*decies* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge “pädagogische Koordinatoren für inklusive Schulen und” gestrichen.

Art. 78 - In Artikel 62.43 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge “das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und” gestrichen.

Art. 79 - In Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgendes Kapitel IV*undecies*, das die Artikel 62.44 bis 62.48 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL IV*undecies* - Besondere Bestimmungen für Finanz- und Gebäudeverwalter”

Art. 80 - In das Kapitel IV*undecies* desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.44 eingefügt:

“Art. 62.44 - Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters ausschließlich in Form einer Einstellung auf unbestimmte Dauer und einer definitiven Einstellung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 62.6, 62.7 § 1 Absatz 1 und § 2, 62.10 mit Ausnahme von § 2 Absatz 1, sowie 62.11 bis 62.12 und 62.42 finden Anwendung auf das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters.”

Art. 81 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.45 eingefügt:

“Art. 62.45 - Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. die in Artikel 62.3 Nummer 1 und Nummern 4 bis 6 angeführten Bedingungen erfüllt;

2. im Besitz eines der nachfolgenden Studiennachweise ist:

a) das Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer in der Studienrichtung Buchhaltung;

b) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaft, Wirtschaftsmanagement oder Buchhaltung, ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

c) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangsunterrichts, ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

d) jedes Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer oder Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen oder berufsbildenden Sekundarschulwesens, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters in Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt. Handelt es sich um ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens, sind zudem fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurden, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, erforderlich. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet;

e) ein Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer, ergänzt um mindestens drei Dienstjahre, die im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht wurden;

3. ihre Bewerbung in der Form und in der Frist, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind, eingereicht hat."

Art. 82 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.46 eingefügt:

"Art. 62.46 - Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufruf wird vom Schulträger in der Zeitung sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Finanz- und Gebäudeverwalters und die Zielsetzungen, die während der Einstellung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u. a. einen Lebenslauf und ein Motivationsschreiben bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen."

Art. 83 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.47 eingefügt:

"Art. 62.47 - Einstellung

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich u. a. auf den Lebenslauf und das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die fachliche Kompetenz sowie auf die Berufserfahrung."

Art. 84 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.48 eingefügt:

"Art. 62.48 - Vorübergehender Ersatz

§ 1 - Wenn die Einstellung des Finanz- und Gebäudeverwalters beendet wird oder er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend vollzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des darauffolgenden Schuljahres durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 62.45 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

Wenn der Finanz- und Gebäudeverwalter aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn durch eine oder mehrere Personen im Amt des Aufseher-Erziehers ersetzen.

§ 2 - Während des Zeitraums des vorübergehenden Ersatzes gelten für das gemäß § 1 Absatz 1 ersetzende Personalmitglied die Artikel 62.7 § 1 Absatz 1, 62.11, 62.12 und 62.42."

Art. 85 - Artikel 69.2 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2010 und vom 6. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:

"2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;"

Art. 86 - In Artikel 69.14 § 4 Absatz 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "mit dem Vermerk "ungenügend"" durch die Wortfolge "mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend"" ersetzt.

Art. 87 - Artikel 80 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 6, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

"6. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk "ungenügend" schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend" erhalten hat;"

2. Nummer 7, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 88 - In Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Artikel 119.19 eingefügt:

"Art. 119.19 - Personalmitglieder, die zum 31. August 2020 im Amt des Erzieher-Verwalters definitiv eingestellt sind, gelten ab dem 1. September 2020 als definitiv eingestellt im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters."

Art. 89 - In denselben Titel wird folgender Artikel 119.20 eingefügt:

"Art. 119.20 - In Abweichung von Artikel 62.46 und 62.47 stellt der Schulträger zum 1. September 2020 jene Personalmitglieder auf unbestimmte Dauer im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters ein, die während des gesamten Schuljahres 2019-2020 zeitweilig im Amt des Erzieher-Verwalters eingestellt waren. Die Dienste, die das zum 1. September 2020 im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters eingestellte Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht hat, werden für die Ermittlung des in Artikel 62.6 § 3 Nummer 1 angeführten Alters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters erbracht worden wären."

KAPITEL 23 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

Art. 90 - In Artikel 5 Absatz 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird die Wortfolge "noch nicht schulpflichtig ist und mindestens zwei Jahre und sechs Monate alt ist" durch die Wortfolge "zwischen zwei Jahren und sechs Monaten und fünf Jahren alt ist" ersetzt und folgender Satz wird eingefügt:

"Unter einem fünfjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von fünf Jahren erreicht."

Art. 91 - Artikel 7 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"In Abweichung von Artikel 5 kann ein sechsjähriges Kind den Kindergarten besuchen. Unter einem sechsjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von sechs Jahren erreicht."

Art. 92 - In Artikel 10 Absatz 1 desselben Dekrets wird das Wort "nichtschulpflichtiges" gestrichen.

Art. 93 - In Artikel 33 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird das Wort "schulpflichtige" gestrichen.

Art. 94 - In Artikel 52.5 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird das Wort "beschäftigen" durch die Wortfolge "beschäftigen, wobei maximal ein Drittel des Stellenkapitals genutzt werden darf, um Personalmitglieder einzustellen, die Inhaber des in Artikel 7 Nummer 8 Buchstabe c) des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Befähigungsnachweises sind" ersetzt.

Art. 95 - In Artikel 65 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Auf Antrag der Erziehungsberechtigten erhält jeder schulpflichtige Vorschüler zwei Stunden Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre in der angegliederten Primarschule."

Art. 96 - Artikel 68 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird das Wort "Klassen" durch das Wort "Primarschulklassen" ersetzt.

2. In § 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die schulpflichtigen Vorschüler, die auf Antrag der Erziehungsberechtigten dem Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre folgen, besuchen zu diesem Zweck die angegliederte Primarschule."

3. In § 3, abgeändert durch das Dekret vom 19. April 2010, wird folgender Satz eingefügt:

"Die schulpflichtigen Vorschüler, die auf Antrag der Erziehungsberechtigten dem Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre in der angegliederten Primarschule folgen, werden mit den Schülern der ersten Stufe zusammengezählt."

Art. 97 - Artikel 70 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird nach der Wortfolge "Sobald sich ein Schüler" die Wortfolge "bzw. ein schulpflichtiger Vorschüler" eingefügt.

2. In Absatz 4 wird nach der Wortfolge "Folgt im Laufe eines Schuljahres kein Schüler" die Wortfolge "bzw. kein schulpflichtiger Vorschüler" eingefügt.

Art. 98 - Artikel 84*quater* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Im Schuljahr 2019-2020" durch die Wortfolge "In den Schuljahren 2019-2020 bis 2022-2023" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Angabe "2020-2021" durch die Angabe "2023-2024" ersetzt.

Art. 99 - In das Kapitel IX desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000, vom 18. Juni 2018 und vom 25. Juni 2018, wird folgender Artikel 84*quinquies* eingefügt:

"Art. 84*quinquies* - Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 5 sind vom 1. September 2020 bis zum 31. August 2024 die Kinder zum Kindergarten zugelassen, die zwischen drei und fünf Jahre alt sind."

Art. 100 - In dasselbe Kapitel, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000, vom 18. Juni 2018 und vom 25. Juni 2018, wird folgender Artikel 84*sexies* eingefügt:

"Art. 84*sexies* - Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 56 § 2 Absatz 2 werden im Schuljahr 2019-2020 alle regulären Vorschüler bei der Neuberechnung des Stellenkapitals berücksichtigt, die am fünften Schultag des Monats April des laufenden Schuljahres in der Schule eingeschrieben waren.

In Abweichung von Artikel 57 § 3 steht das gemäß Absatz 1 ermittelte Stellenkapital vom ersten Schultag nach der Aussetzung des Unterrichts infolge der Maßnahmen zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) bis zum letzten Schultag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Viertelstelle mehr ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am 1. Oktober für die betreffende Niederlassung gewährt wurde."

Art. 101 - In dasselbe Kapitel, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000, vom 18. Juni 2018 und vom 25. Juni 2018, wird folgender Artikel 84*septies* eingefügt:

"Art. 84*septies* - Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 64.4 § 2 Absatz 2 werden im Schuljahr 2019-2020 alle regulären Vorschüler bei der Neuberechnung des Stellenkapitals berücksichtigt, die am fünften Schultag des Monats April des laufenden Schuljahres in der Schule eingeschrieben waren.

In Abweichung von Artikel 64.5 § 3 steht das gemäß Absatz 1 ermittelte Stellenkapital vom ersten Schultag nach der Aussetzung des Unterrichts infolge der Maßnahmen zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) bis zum letzten Schultag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Halbzeitstelle mehr ergibt, als das Stellenkapital, das dem Schulträger am 1. Oktober gewährt wurde."

**KAPITEL 24 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003
ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003**

Art. 102 - In Artikel 11 § 2 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird das Wort "umgehend" durch die Wortfolge "sowie ein Personalmitglied, das infolge einer spezifischen ministeriellen Genehmigung eingestellt wurde zwecks Gewährleistung der Einzelbetreuung eines Kindes mit besonderen, medizinisch begründeten Bedürfnissen, umgehend" ersetzt.

Art. 103 - In Artikel 11.19 Absatz 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird am Ende des Satzes folgende Wortfolge eingefügt:

"wobei dem Personalmitglied, solange ihm noch Krankheitstage zur Verfügung stehen, während dieser Zeitspanne keine Krankheitstage abgezogen werden für jeden Tag, an dem es im Rahmen der Wiedereingliederung auf Grundlage des individuellen Einstiegsplans:

1. mindestens drei Arbeitsstunden erbringt, vorausgesetzt, dass es auf Grundlage seines regulären Stundenplans bzw. Arbeitsplans an diesem Tag mehr als drei Arbeitsstunden leisten müsste;

2. mindestens eine Arbeitsstunde erbringt, vorausgesetzt, dass es auf Grundlage seines regulären Stundenplans bzw. Arbeitsplans an diesem Tag drei Arbeitsstunden oder weniger leisten müsste."

KAPITEL 25 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 104 - Artikel 20 § 1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 26. Juni 2017, werden folgende Sätze eingefügt:

"In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz des erforderlichen Befähigungsnachweises für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen ist, können in diesem Amt Personen bezeichnet werden, die über das Diplom des Primarschullehrers oder, falls sich die Zuständigkeit des Förderpädagogen ausschließlich auf den Kindergarten oder die erste Stufe der Primarschule beschränkt, über das Diplom des Kindergärtner verfügen, ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und zum Zeitpunkt der Bezeichnung bereits zu einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik im Umfang von mindestens 15 ECTS eingeschrieben sind. Als Nachweis dient eine von der Unterrichtseinrichtung, an der die Zusatzausbildung absolviert wird, ausgestellte Einschreibebestätigung. Die Bezeichnung in diesem Amt endet nach Ablauf von zwei Jahren von Amts wegen, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung nicht innerhalb dieser Frist erfolgreich abgeschlossen hat."

2. Absatz 7, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird aufgehoben.

Art. 105 - In Artikel 25 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Angabe "31. Mai" durch die Angabe "30. April" ersetzt.

Art. 106 - In der Überschrift von Kapitel IVundecies desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge "pädagogische Koordinatoren für inklusive Schulen und" gestrichen.

Art. 107 - In Artikel 56.20 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge "werden das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und" durch das Wort "wird" ersetzt.

Art. 108 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgendes Kapitel IVduodecies, das den Artikel 56.21 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL IVduodecies - Besondere Bestimmungen für Finanz- und Gebäudeverwalter"

Art. 109 - In das Kapitel IVduodecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.21 eingefügt:

"Art. 56.21 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben."

Art. 110 - Artikel 64.13 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:

"2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;"

Art. 111 - In Artikel 65 § 4 Absatz 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "mit dem Vermerk "ungenügend"" durch die Wortfolge "mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend"" ersetzt.

Art. 112 - Artikel 78 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

"3. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk "ungenügend" schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend" erhalten hat;"

2. Nummer 4, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird aufgehoben.

**KAPITEL 26 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE VERMITTLUNG
UND DEN GEBRAUCH DER SPRACHEN IM UNTERRICHTSWESEN**

Art. 113 - In Artikel 26bis Nummer 5 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird das Wort "Sekundarunterrichts" durch die Wortfolge "Sekundarunterrichts oder eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts" ersetzt.

**KAPITEL 27 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. JUNI 2005
ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2005**

Art. 114 - Artikel 33 des Dekrets vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt ersetzt:

"Die Beurlaubung erfolgt entweder vollzeitig oder für die Hälfte eines vollen Stundenplans. Die Dauer des Elternurlaubs beläuft sich bei einer vollzeitigen Beurlaubung auf maximal vier Monate und bei einer teilzeitigen Beurlaubung auf maximal acht Monate. Der Urlaub ist aufteilbar, wobei der vollzeitige Elternurlaub mit Zeitspannen von mindestens einem Monat und der teilzeitige Elternurlaub mit Zeitspannen von mindestens zwei Monaten gewährt wird. Der vollzeitige und der teilzeitige Elternurlaub können kombiniert werden, wobei die Gesamtdauer von umgerechnet vier Monaten Vollzeitbeurlaubung nicht überschritten werden darf."

2. Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt ersetzt:

"In Abweichung von Absatz 2 kann der Urlaub auch für einen Zeitraum gewährt werden, der kürzer ist als ein vollzeitiger bzw. zwei teilzeitige Monate, wobei dieser Zeitraum für die Festlegung der zur Verfügung stehenden vier vollzeitigen bzw. acht teilzeitigen Monate als Zeitspanne von einem vollzeitigen bzw. zwei teilzeitigen Monaten gilt."

**KAPITEL 28 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005
ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE**

Art. 115 - In Artikel 2.7 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge "des Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe" durch die Wortfolge "des Koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe" ersetzt.

Art. 116 - Artikel 3.2 § 4 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 2007 und vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 4 wird die Wortfolge "in einer Schule" gestrichen.
2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

"Zum vierten Studienjahr der Brevetausbildung in Krankenpflege sind jene Studenten zugelassen, die über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss des dritten Studienjahres zur Erlangung des Brevets eines Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegers - Geistesgesundheit und Psychiatrie, des Diploms eines graduierten Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegeassistenten oder des Brevets eines Krankenpflegeassistenten - Geistesgesundheit und Psychiatrie oder die Bescheinigung über die Gleichstellung mit einer der vorerwähnten Bescheinigungen verfügen und die die in Artikel 3.8 festgelegte Einschreibebühr entrichtet haben."

Art. 117 - In Artikel 3.34 § 2 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "und Prüfungsbefreiung" durch die Wortfolge "und/oder Prüfungsbefreiung" ersetzt.

Art. 118 - In Artikel 5.38 § 1 Nummer 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge "insofern der Bewerber die entsprechenden in Artikel 5.2 vorgesehenen Befähigungsnachweise besitzt oder insofern er zuvor während drei aufeinanderfolgenden Jahren die in Artikel 5.18 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten hat unter der Bedingung, dass die einzelnen Abweichungen sich über einen Mindestzeitraum von fünfzehn Wochen erstrecken" durch die Wortfolge "unter der Bedingung, dass der Bewerber die in Artikel 5.15 Nummer 5 festgelegte Bedingung erfüllt" ersetzt.

Art. 119 - In Artikel 5.39 § 4 Absatz 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "mit dem Vermerk "ungenügend"" durch die Wortfolge "mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend"" ersetzt

Art. 120 - Artikel 5.52 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

"3. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk "ungenügend" schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend" erhalten hat;"

2. Nummer 4, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 121 - In Artikel 5.88 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "alle zwei Jahre" durch die Wortfolge "mindestens alle fünf Jahre" ersetzt.

Art. 122 - In Artikel 5.102 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "alle zwei Jahre" durch die Wortfolge "mindestens alle fünf Jahre" ersetzt.

Art. 123 - In Artikel 5.105.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Satz eingefügt:

"Sie unterstehen unmittelbar dem Direktor, der ihnen gegenüber Weisungsbefugnis hat."

Art. 124 - In Artikel 5.105.11 § 1 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Angabe "471" durch die Angabe "471/I" ersetzt.

Art. 125 - Artikel 9.11*septies* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe "2020" durch die Angabe "2022" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "2020-2021 spätestens am 31. Dezember 2020" durch die Wortfolge "2022-2023 spätestens am 31. Dezember 2022" ersetzt.

KAPITEL 29 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

Art. 126 - Artikel 103 Nummer 9 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 127 - In Artikel 111.3 § 2 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 19. April 2010, wird das Wort "Elternschaftsurlaubs" durch die Wortfolge "Elternschaftsurlaubs oder Elternurlaubs" ersetzt.

Art. 128 - In der Anlage II desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012 und abgeändert durch die Dekrete vom 20. Juni 2016 und vom 26. Juni 2017, wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4. ab dem 1. Januar 2021

Gehaltstabellen - Beträge in EUR

Tabelle der Jahressklasse (18 Jahre)

Arbeiter	Facharbeiter
Unterhaltsarbeiter	Qualifizierter Unterhaltsarbeiter
<u>Küchengehilfe</u>	<u>Koch</u>
14.282,48 - 16.241,03	14.784,96 - 19.223,37
03 (1) x 125,89	03 (1) x 162,20
02 (2) x 67,34	05 (2) x 225,41
10 (2) x 144,62	06 (2) x 308,92
	02 (2) x 485,62

Erster Facharbeiter	Erster Facharbeiter-Vorarbeiter
Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter	Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter
<u>Erster Koch</u>	<u>Vorarbeiter</u>
14.892,88 - 19.893,93	<u>Erster Koch - Teamchef</u>
03 (1) x 162,22	15.426,92 - 21.034,93
05 (2) x 256,19	03 (1) x 253,19
08 (2) x 404,18	05 (2) x 323,00
	08 (2) x 404,18"

**KAPITEL 30 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009
ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS**

Art. 129 - In Artikel 59 § 2 Absatz 2 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts wird die Angabe "Gehaltsstufe II+ (Gehaltstabelle II+)" durch die Angabe "Gehaltsstufe I (Gehaltstabelle I)" ersetzt.

Art. 130 - In Titel XV desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird folgender Artikel 109.1 eingefügt:

"Art. 109.1 - Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 32 § 2 kann der Leiter einer Kunsthakademie im Schuljahr 2019-2020 vor dem Hintergrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19) vom Ablegen von Prüfungen absehen. Wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, teilt der Leiter der Kunsthakademie den Schülern und Erziehungsbeauftragten diese Entscheidung sowie die Änderungen der Studien- und Prüfungsordnung in Bezug auf die Bewertungs- und Versetzungskriterien schriftlich mit."

**KAPITEL 31 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. MAI 2009
ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DER AUSBILDUNG 2009**

Art. 131 - Artikel 12 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort "Anhang" wird durch die Angabe "Anhang 1" ersetzt.
2. Folgender Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

"Schulleiter ohne pädagogische Ausbildung absolvieren zusätzlich zu der Fachausbildung, deren wesentliche Elemente im Anhang 1 festgelegt sind, ein zusätzliches Modul für Grund- oder Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung, dessen wesentliche Elemente im Anhang 2 für Grundschulleiter und im Anhang 3 für Sekundarschulleiter festgelegt sind."

Unter einem Schulleiter ohne pädagogische Ausbildung versteht man einen Schulleiter, der nicht über das Diplom eines Kindergärtners, eines Primarschullehrers, eines Lehrbefähigten für die Unter- oder Oberstufe des Sekundarunterrichts, eines Studiennachweises des Hochschulwesens zweiten Grades im pädagogischen Bereich oder über eine Lehrbefähigung von mindestens 15 ECTS verfügt."

Art. 132 - Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "als Sekundarschulleiter" gestrichen.
2. Absatz 2 Spiegelstriche 1 und 2 werden durch folgende Nummern 1 und 2 ersetzt:

"1. bei den schulträgerübergreifenden Modulen der Fachausbildung und deren zusätzlichen Modulen für Grund- und Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung; die Regierung;

2. bei dem schulträgerinternen Modul der Fachausbildung; der jeweilige Schulträger."

Art. 133 - Der bisherige einzige Anhang desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird zu Anhang 1.

Art. 134 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, werden die Anhänge 2 und 3, die in den Anhängen 1 und 2 des vorliegenden Dekrets festgelegt sind, eingefügt.

**KAPITEL 32 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION,
DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG UND DIE SCHULBERATUNG FÜR INKLUSION UND INTEGRATION**

Art. 135 - Artikel 15.1 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird nach der Wortfolge "im Unterrichtswesen" die Wortfolge "und in der mittelständischen Ausbildung" eingefügt, die Wortfolge "oder des Schulträgers" durch die Wortfolge ", des Schulträgers, des IAWM oder eines Direktors eines ZAWM" und die Wortfolge "sowie die Schulische Weiterbildung" durch die Wortfolge ", die Schulische Weiterbildung sowie die mittelständische Ausbildung" ersetzt.

2. In Nummer 5 wird nach der Wortfolge "im Unterrichtswesen" die Wortfolge "und in der mittelständischen Ausbildung" eingefügt.

Art. 136 - In Artikel 15.3 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird nach dem Wort "Schulleiter" die Wortfolge ", einem Direktor eines ZAWM" und nach dem Wort "Schulgemeinschaft" die Wortfolge "oder den Personalmitgliedern der mittelständischen Ausbildung" eingefügt.

**KAPITEL 33 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014
ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN**

Art. 137 - In Artikel 3.15 § 1 Nummer 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird nach der Wortfolge "sowie der Schüler des Förderschulwesens" die Wortfolge "und in einem Zweijahresrhythmus der im Hausunterricht beschulten schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ab sechs Jahren; unter einem sechsjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von sechs Jahren erreicht" eingefügt.

Art. 138 - In Artikel 6.43 § 4 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "mit dem Vermerk "ungenügend"" durch die Wortfolge "mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend"" ersetzt.

Art. 139 - Artikel 6.78 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"3. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk "ungenügend" schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk "mangelhaft" oder "ungenügend" erhalten hat."

Art. 140 - In Artikel 6.87 § 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, werden zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, folgende Absätze eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 beläuft sich die monatliche Prämie im Falle des Koordinators für den Bereich Gesundheitswissenschaften auf 616,15 Euro.

Der in den Absätzen 1 und 2 angeführte Betrag der Prämie wird im Falle einer Teilzeitbeschäftigung anteilmäßig zur Beschäftigung gekürzt."

Art. 141 - Artikel 10.7 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, werden folgende Absätze eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 beläuft sich die monatliche Prämie im Falle des Koordinators für den Bereich Gesundheitswissenschaften auf 616,15 Euro.

Der in den Absätzen 1 und 2 angeführte Betrag der Prämie wird im Falle einer Teilzeitbeschäftigung anteilmäßig zur Beschäftigung gekürzt."

2. In Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge "gemäß Absatz 1" durch die Wortfolge "gemäß den Absätzen 1 bis 3" ersetzt.

**KAPITEL 34 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2018 ZUR EINFÜHRUNG DES AMTES DES
KINDERGARTENASSISTENTEN IN DEN REGELGRUND SCHULEN SOWIE ZUR HERABSENKUNG DES EIN-
TRITSALTERS IN DEN KINDERGARTEN AUF ZWEI JAHRE UND SECHS MONATE**

Art. 142 - In Artikel 25 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Juni 2018 zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate wird die Angabe "1. September 2021" durch die Angabe "1. September 2024" ersetzt.

KAPITEL 35 — ABÄNDERUNG DES KRISENDEKRETS 2020 VOM 6. APRIL 2020

Art. 143 - In Artikel 9 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 wird nach der Wortfolge "autonomen Hochschule" die Wortfolge ", des Artikels 16 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeitkunst-Unterrichts" eingefügt und die Wortfolge "oder Hochschule" wird durch die Wortfolge ", Hochschule oder Kunstudakademie" ersetzt.

Art. 144 - In das Krisendekret 2020 vom 6. April 2020, abgeändert durch das Dekret vom 27. April 2020, wird folgender Artikel 9.2 eingefügt:

"Art. 9.2 - Die Regierung erstattet den Regel- und Förderschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Vorlage entsprechender Belege die effektiven Kosten, die aufgrund von Corona-bedingten Stornierungen mehrtägiger Schulreisen entstanden sind."

KAPITEL 36 — INKRAFTTREten

Art. 145 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2020 in Kraft mit Ausnahme von:

1. Artikel 102, der mit Wirkung vom 1. September 2019 in Kraft tritt;
2. Artikel 3 Nummer 1, 17, 22 Nummern 6, 7 und 8, Artikel 73 Nummer 1, 85, 94, 104 Nummer 1, 110 und 125, die am Tag der Verabschiedung in Kraft treten;
3. Artikel 144, der mit Wirkung vom 24. Februar 2020 in Kraft tritt;
4. Artikel 42, der mit Wirkung vom 1. März 2020 in Kraft tritt;
5. Artikel 70-72, 130 und 143, die mit Wirkung vom 16. März 2020 in Kraft treten;
6. Artikel 100 und 101, die mit Wirkung vom 21. April 2020 in Kraft treten;
7. Artikel 51 und 52, die mit Wirkung vom 1. Mai 2020 in Kraft treten;

8. Artikel 115 und 116, die am 30. Juni 2020 in Kraft treten;
9. Artikel 49, 140 und 141, die am 1. Juli 2020 in Kraft treten;
10. Artikel 1 Nummer 2, 3 Nummer 2, 22 Nummern 1-5, 23 Nummern 1-4, 24, 73 Nummer 2, Artikel 74, 104 Nummer 2, 105, 113 und 128, die am 1. Januar 2021 in Kraft treten.

ANHANG 1

Anhang 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009

Zusätzliches Modul für Grundschulleiter ohne pädagogische Ausbildung	Studienpunkte
<ul style="list-style-type: none"> • Elementare Kenntnisse in Bezug auf das Bildungssystem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft <ul style="list-style-type: none"> o Die Geschichte des Unterrichtswesens in Belgien und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Die Funktionsweise des Bildungswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Die geltende Gesetzgebung im Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Die gesellschaftliche Rolle der Schule 	1
<ul style="list-style-type: none"> • Besonderheiten der Organisation Schule <ul style="list-style-type: none"> o Schule als soziales Gebilde o Schule als Expertenorganisation o Verantwortung des Schulleiters bei der Steuerung der Prozesse zur Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Organisationsentwicklung 	2,5
<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Didaktik <ul style="list-style-type: none"> o Grundbegriffe allgemeiner Didaktik o Pädagogisch-didaktischer Orientierungsrahmen o Unterrichtsqualität: Was ist guter Unterricht? Empirisches zu Lehren und Lernen o Konzeptionelle Grundlage der Rahmenpläne in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Vorbereitung von Unterricht - Rahmenpläne und Curricula als Planungshilfen für kompetenzorientierten Unterricht 	3
<ul style="list-style-type: none"> • Grundschuldidaktik <ul style="list-style-type: none"> o Entwicklungspychologie o Rolle des Lehrers o Gruppendynamische Prozesse im Unterricht o Störungen im Unterricht: mögliche Ursachen, Prävention, Umgang o Lehrmethoden, Lern- und Arbeitsstrategien o Hospitationen in Grundschulen mit Schwerpunkt Unterricht und Tätigkeitsfeld der Schulleitung 	3,5
Total	10

ANHANG 2

Anhang 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009

Zusätzliches Modul für Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung	Studienpunkte
<ul style="list-style-type: none"> • Elementare Kenntnisse in Bezug auf das Bildungssystem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft <ul style="list-style-type: none"> o Die Geschichte des Unterrichtswesens in Belgien und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Die Funktionsweise des Bildungswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Die geltende Gesetzgebung im Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Die gesellschaftliche Rolle der Schule 	1
<ul style="list-style-type: none"> • Besonderheiten der Organisation Schule <ul style="list-style-type: none"> o Schule als soziales Gebilde o Schule als Expertenorganisation o Verantwortung des Schulleiters bei der Steuerung der Prozesse zur Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Organisationsentwicklung 	2,5
<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Didaktik <ul style="list-style-type: none"> o Grundbegriffe allgemeiner Didaktik o Pädagogisch-didaktischer Orientierungsrahmen o Unterrichtsqualität: Was ist guter Unterricht? Empirisches zu Lehren und Lernen o Konzeptionelle Grundlage der Rahmenpläne in der Deutschsprachigen Gemeinschaft o Vorbereitung von Unterricht - Rahmenpläne und Curricula als Planungshilfen für kompetenzorientierten Unterricht 	3

Zusätzliches Modul für Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung	Studienpunkte
<ul style="list-style-type: none"> • Sekundarschuldidaktik/Fachdidaktik <ul style="list-style-type: none"> o Entwicklungspsychologie o Rolle des Lehrers o Gruppendynamische Prozesse im Unterricht o Störungen im Unterricht: mögliche Ursachen, Prävention, Umgang o Lehrmethoden, Lern- und Arbeitsstrategien o Hospitationen in Sekundarschulen mit Schwerpunkt Unterricht und Tätigkeitsfeld der Schulleitung 	3,5
Total	10

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 22. Juni 2020

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

Fußnote

Sitzungsperiode 2019-2020

Nummerierte Dokumente: 75 (2019-2020) Nr. 1 Dekretentwurf+Addendum

75 (2019-2020) Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge

75 (2019-2020) Nr. 5 Bericht

75 (2019-2020) Nr. 6 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 22. Juni 2020 - Nr. 12 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[C – 2020/203567]

22 JUIN 2020. — Décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2020

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er} — *Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Article 1^{er}. À l'article 6 de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le C., b), le 14^{ter}, inséré par le décret du 6 mai 2019, est abrogé;

2° dans le G., le a), inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié par les décrets des 27 juin 2011 et 24 juin 2013, est complété par un 5.1 rédigé comme suit :

« 5.1 professeur de harpe ».

Art. 2. Dans l'article 7, b), du même arrêté royal, le 10°, remplacé par l'arrêté royal du 15 juillet 1969, est remplacé par ce qui suit :

« 10° gestionnaire financier et immobilier; ».

CHAPITRE 2 — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire*

Art. 3. À l'article 16 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 26 juin 2017, est complété par les phrases suivantes :

« À défaut d'un candidat porteur du titre requis pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire, peuvent être désignées dans cette fonction les personnes qui sont porteuses du diplôme d'instituteur primaire ou, dans le cas où la compétence du pédagogue de soutien se limite exclusivement à la section

maternelle ou au premier degré de l'école primaire, du diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et qui, au moment de la désignation, sont inscrits dans une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. La preuve est apportée en présentant la confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement où la formation complémentaire est suivie. La désignation dans cette fonction prend fin d'office après deux ans si le membre du personnel concerné n'a pas, dans ce délai, suivi avec fruit la formation complémentaire. »;

2° l'alinéa 8, inséré par le décret du 25 juin 2018, est abrogé.

Art. 4. L'intitulé du chapitre 3, section 4, du même arrêté royal est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 – Reprise de membres du personnel ».

Art. 5. Dans le chapitre III, section 4, du même arrêté royal, il est inséré un article 51.1 rédigé comme suit :

« Art. 51.1 – § 1^{er} – Le pouvoir organisateur peut pourvoir à un emploi vacant d'une fonction de recrutement dans la catégorie du personnel administratif en reprenant un membre du personnel de l'une des autorités administratives mentionnées à l'article 14 des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, ci-après, « autorité cédante », sauf s'il est tenu, en vertu de la réglementation relative à la réaffectation, à la remise au travail et au complément d'horaire, d'attribuer cet emploi à un membre du personnel mis en disponibilité par défaut d'emploi.

À sa demande, le membre du personnel de l'autorité cédante peut être repris en tant que membre du personnel nommé à titre définitif dans une fonction de recrutement dans la catégorie du personnel administratif si :

1° il est nommé à titre définitif auprès de l'autorité cédante;

2° le directeur de l'autorité cédante a donné son accord par écrit;

3° il remplit, au moment de la reprise, les conditions d'accès auxquelles il serait nommé après ladite reprise, à l'exception des dispositions relatives à l'appel à candidatures.

Lors de la reprise, le congé donné au membre du personnel par l'autorité cédante et la nomination définitive par le pouvoir organisateur s'effectuent sans interruption.

Les services que le membre du personnel repris a prestés auprès de l'autorité cédante avant sa reprise sont pris en compte comme s'ils avaient été prestés dans la fonction reprise auprès du pouvoir organisateur pour déterminer l'ancienneté de service.

§ 2 – La rémunération du membre du personnel repris s'opère sur la base de l'ancienneté pécuniaire de l'autorité cédante si cette ancienneté n'est pas au moins égale à celle que le membre du personnel présente en application des dispositions de l'autorité accueillante.

Si le traitement, allocations comprises, du membre du personnel repris en application des titres II et II.1 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant est inférieur à celui, allocations comprises, qu'il recevait de l'autorité cédante avant la reprise, ledit membre du personnel continue à être rémunéré sur la base des échelles de traitement, allocations comprises, de l'autorité cédante jusqu'à ce qu'il perçoive un traitement au moins équivalent en application des titres II et II.1 du décret susmentionné. »

Art. 6. Dans l'article 66, § 4, alinéa 4, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « «insatisfaisant» ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « «insuffisant» ».

Art. 7. Dans l'article 91*quinquiesdecies*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, le mot « 3° » est remplacé par le mot « 4° ».

Art. 8. Dans l'article 91*undequadrages*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018, les mots « et 91*undecies* » sont remplacés par les mots « 91*undecies* », à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que 91*duodecies* ».

Art. 9. L'intitulé du chapitre VII*decies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VII*decies* – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs paramédicaux dans des écoles inclusives ».

Art. 10. Dans l'article 91*quadragiesquinquies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives ainsi qu'à celle » sont abrogés.

Art. 11. Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un chapitre VII*undecies*, comportant les articles 91*quadragiessexies* à 91*quintagies*, intitulé comme suit :

« Chapitre VII*undecies* – Dispositions spécifiques pour les gestionnaires financiers et immobiliers ».

Art. 12. Dans le chapitre VII*undecies* du même arrêté royal, il est inséré un article 91*quadragiessexies* rédigé comme suit :

« Art. 91*quadragiessexies* – Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction de gestionnaire financier et immobilier est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 91*septies*, 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, 91*undecies*, à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que les articles 91*duodecies* à 91*terdecies* et 91*quadragiesquater* s'appliquent à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 13. Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quadragiessepties* rédigé comme suit :

« Art. 91*quadragiessepties* – Conditions d'admission

Une personne peut exercer cette fonction si :

1° elle remplit les conditions énumérées à l'article 91*quater*, 1° et 4° à 6°;

2° elle est porteuse de l'un des titres suivants :

a) le diplôme de l'enseignement supérieur de type court obtenu dans la section « Comptabilité »;

b) le certificat d'enseignement secondaire supérieur dans la section sciences économiques, économie, gestion économique ou comptabilité, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans acquise dans la fonction d'éducateur-économiste ou dans le cadre d'une activité liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

c) le certificat d'enseignement secondaire général supérieur ou technique de transition, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

d) tout diplôme de l'enseignement supérieur de type court ou de l'enseignement secondaire technique ou professionnel supérieur délivré après avoir suivi avec fruit une formation dont les matières principales sont liées à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. Le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. S'il s'agit d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur, une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, est en outre nécessaire. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

e) un diplôme de l'enseignement supérieur de type court, complété par au moins trois années d'ancienneté dans la fonction d'éducateur-économiste;

3° elle a introduit sa candidature dans les formes et délais fixés dans l'appel à candidats. »

Art. 14. Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*duodequintages* rédigé comme suit :

« Art. 91*duodequintages* – Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse, dans les écoles par voie d'affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis pour la fonction de gestionnaire financier et immobilier ainsi que les objectifs à atteindre au cours de la désignation.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres un C.V. et une lettre de motivation expliquant la manière de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 15. Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*undequintages* rédigé comme suit :

« Art. 91*undequintages* – Désignation

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il fonde sa sélection entre autres sur le C.V. et la lettre de motivation présentés par le candidat, sur un ou plusieurs entretiens, sur la compétence disciplinaire et sur l'expérience professionnelle. »

Art. 16. Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quintages* rédigé comme suit :

« Art. 91*quintages* – Remplacement temporaire

§ 1^{er} – Lorsque la désignation du gestionnaire financier et immobilier prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent, dans le cadre d'un temps plein, en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire suivante par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91*quadragiessepties*, à l'exception du 3°.

Lorsque le gestionnaire financier et immobilier est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer par une ou plusieurs personnes dans la fonction de surveillant-éducateur.

§ 2 – Pendant le remplacement temporaire, les articles 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 91*duodecies*, 91*terdecies* et 91*quadragiesquater* s'appliquent au membre du personnel qui en remplace un autre en vertu du § 1^{er}, alinéa 1^{er}. »

Art. 17. À l'article 121*ter*, alinéa 1^{er}, 2^o, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 28 juin 2010 et 6 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

« 2° disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; ».

Art. 18. Dans l'article 169 du même arrêté royal, le 2^o, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 2° lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une des mentions "insatisfaisant" ou "insuffisant" au cours de l'année scolaire précédente; ».

Art. 19. Dans le chapitre XIbis du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un article 169*vicies* rédigé comme suit :

« Art. 169*vicies* – Les membres du personnel qui, au 31 août 2020, sont nommés à titre définitif dans la fonction d'éducateur-économiste seront, à partir du 1^{er} septembre 2020, nommés à titre définitif dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 20. Dans le même chapitre, il est inséré un article 169*viciessemel* rédigé comme suit :

« Art. 169*viciessemel* – Par dérogation aux articles 91*duodequintages* et 91*undequintages*, le pouvoir organisateur désigne à durée indéterminée dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier, au 1^{er} septembre 2020, tout membre du personnel qui, pendant toute l'année scolaire 2019-2020, était désigné à titre temporaire dans la fonction d'éducateur-économiste. Pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 91*septies*, § 3, 1^o, les services que le membre du personnel désigné au 1^{er} septembre 2020 dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier a prestés avant cette date dans la fonction d'éducateur-économiste sont pris en considération comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 21. Dans le même chapitre, il est inséré un article 169*viciesbis* rédigé comme suit :

« Art. 169*viciesbis* – Par dérogation aux articles 91*quinquies*, 91*sexies* et 91*septies*, § 1^{er}, le pouvoir organisateur désigne, du 1^{er} septembre 2020 au 31 décembre 2020, dans la fonction de chef de département d'une école secondaire spécialisée, le membre du personnel qui a exercé la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives au cours de l'année scolaire 2019-2020. »

CHAPITRE 3 — Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements

Art. 22. À l'article 7 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 2°, c), remplacé par le décret du 24 juin 2013, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° le 2°, remplacé par le décret du 24 juin 2013, est complété par un d) rédigé comme suit :
 - « d) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (option/formation complémentaire en morale non confessionnelle); »;
- 3° dans le 3°, b), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 4° le 3° est complété par un c) rédigé comme suit :
 - « c) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (sport);
- 5° dans le 7°, b), inséré par le décret du 21 avril 2008, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;
- 6° le 7°, inséré par le décret du 21 avril 2008, est complété par un c) rédigé comme suit :
 - « c) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur mentionnant la langue étrangère comme orientation de base ou élément de l'orientation de base de la formation, accompagné de l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et de la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question; »;
- 7° dans le 8, alinéa 1er, b), inséré par le décret du 29 juin 2015, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;
- 8° dans le 8°, inséré par le décret du 29 juin 2015, l'alinéa 1er est complété par un c) rédigé comme suit :
 - « c) pour un pédagogue de soutien qui est occupé exclusivement dans une section maternelle ou dans le premier degré de l'école primaire : le diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et par une attestation sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. »;
- 9° le 8°, inséré par le décret du 29 juin 2015 et modifié par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :
 - « Est également considérée comme étant porteuse du titre requis toute personne qui remplit les conditions mises à l'engagement ou, selon le cas, à la désignation pour la fonction d'instituteur primaire, complétées par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et d'une attestation sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. »;

Art. 23. À l'article 14 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 1.1, le c), inséré par le décret du 25 juin 2018, est remplacé par ce qui suit :
 - « c) l'un des titres suivants dans le domaine de la puériculture :
 - 1° le certificat d'enseignement secondaire supérieur obtenu dans la section "Puériculture";
 - 2° le brevet de puéricultrice;
- 3° le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "Puériculture", complété par le certificat de qualification de sixième ou septième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "Puériculture";
- 2° dans le 1.1, le e), inséré par le décret du 25 juin 2018, est remplacé par ce qui suit :
 - « e) le certificat de garde d'enfants ou d'aide familiale et séniors et d'aide-soignant délivré par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone en coopération avec la "Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien – KPVDB" (association du personnel de soins en Belgique) ou un titre reconnu comme équivalent par le Gouvernement »;
- 3° dans le 1.1, f), inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « à défaut d'un candidat porteur de l'un des titres mentionnés aux a) à e) » sont abrogés;
- 4° le 1.1, inséré par le décret du 25 juin 2018, est complété par un alinéa rédigé comme suit :
 - « À défaut d'un candidat porteur de l'un des titres mentionnés aux a) à f), le diplôme d'instituteur maternel vaut titre requis. »;
- 5° dans le 3bis, le a), inséré par le décret du 27 juin 2005 et remplacé par le décret du 25 mai 2009, est complété par les mots « , complété par un certificat d'aptitudes pour la gestion d'une médiathèque scolaire, délivré par une école supérieure en Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement »;
- 6° dans le 3bis, le b), inséré par le décret du 27 juin 2005 et remplacé par le décret du 25 mai 2009, est complété par les mots « et par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire, délivré par une école supérieure en Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement »;
- 7° le 3bis, inséré par le décret du 27 juin 2005 et remplacé par le décret du 25 mai 2009, est complété par un c) rédigé comme suit :
 - « c) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur, complété par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire, délivré par une école supérieure en Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement; ».

Art. 24. Dans l'article 17.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 5 mai 2014 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « en première année d'adaptation de l'enseignement secondaire », sont insérés entre les mots « cours généraux » et les mots « dans l'enseignement secondaire professionnel ».

CHAPITRE 4 — Modification de l'arrêté royal du 15 juillet 1969 fixant les attributions des administrateurs, des éducateurs-économies et secrétaires de direction dans les établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et normal de l'État

Art. 25. Dans l'intitulé de l'arrêté royal du 15 juillet 1969 fixant les attributions des administrateurs, des éducateurs-économies et secrétaires de direction dans les établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et normal de l'État, les mots « , des éducateurs-économies » sont abrogés.

Art. 26. L'article 2 du même arrêté royal est abrogé.

CHAPITRE 5 — Modification de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'État, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection

Art. 27. Dans l'article 2 de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'État, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, la ligne concernant l'éducateur-économiste est abrogée.

CHAPITRE 6 — Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Art. 28. Dans l'article 27, § 4, alinéa 4, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « «insatisfaisant» ou » sont insérés entre les mots « obtient l'évaluation » et le mot « «insuffisant» ».

Art. 29. Dans l'article 49 du même arrêté royal, le 2°, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 2° lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention “insuffisant” et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une des mentions “insatisfaisant” ou “insuffisant” au cours de l'année scolaire précédente; ».

CHAPITRE 7 — Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 30. À l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 1^{er} septembre 1993, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductory du 1°, remplacé par le décret du 6 juin 2005 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « des coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives » sont remplacés par les mots « des coordinateurs paramédicaux »;

2° dans le 2°, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « des coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives » sont remplacés par les mots « les coordinateurs paramédicaux »;

3° dans le 4°, c), premier tiret, remplacé par le décret du 6 juin 2005, les mots « éducateurs-économistes » sont remplacés par les mots « gestionnaires financiers et immobiliers ».

CHAPITRE 8 — Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés

Art. 31. À l'article 12, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est abrogé.

2° le 5°, inséré par l'arrêté royal du 17 septembre 1976, est abrogé.

CHAPITRE 9 — Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique

Art. 32. À l'article 12, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est abrogé.

2° le 5°, inséré par l'arrêté royal du 17 septembre 1976, est abrogé.

CHAPITRE 10 — Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale

Art. 33. À l'article 12, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 5° est abrogé;

2° le 6°, inséré par l'arrêté royal du 17 septembre 1976, est abrogé.

CHAPITRE 11 — Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné

Art. 34. Dans l'article 5, § 2, 2°, de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

CHAPITRE 12 — Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire

Art. 35. À l'article 3 de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, remplacé par le décret du 29 juin 1998, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, remplacé par le décret du 6 mai 2019, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier »;

2° dans le § 1^{er}, modifié par le décret du 6 mai 2019, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un nouvel alinéa rédigé comme suit :

« Si une école compte moins de 400 élèves, l'emploi dans la fonction de commis-dactylographe peut être transformé et organisé ou subventionné dans la fonction de secrétaire de direction, lorsqu'il n'est pas occupé par un membre du personnel désigné dans ladite fonction pour une durée indéterminée. Cette transformation ne peut entraîner de mise en disponibilité par défaut d'emploi. »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « surveillant-éducateur » sont remplacés par les mots « gestionnaire financier et immobilier »;

4° dans le § 4, 1°, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Art. 36. L'article 3bis du même arrêté royal, modifié par le décret du 29 juin 1998, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le capital emplois disponible mentionné dans l'alinéa 1^{er} peut être transformé et organisé ou subventionné dans la fonction de secrétaire de direction, si l'emploi dans la fonction de commis-dactylographe n'est pas occupé par un membre du personnel désigné dans ladite fonction pour une durée indéterminée. Cette transformation ne peut entraîner de mise en disponibilité par défaut d'emploi. »

Art. 37. Dans l'article 15 du même arrêté royal, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Art. 38. Dans l'article 17, a), du même arrêté royal, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Art. 39. Dans l'article 21 du même arrêté royal, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

CHAPITRE 13 — Modification de l'arrêté royal du 23 octobre 1979 accordant une allocation de fin d'année à certains titulaires d'une fonction rémunérée à charge du Trésor public

Art. 40. À l'article 4, § 3, de l'arrêté royal du 23 octobre 1979 accordant une allocation de fin d'année à certains titulaires d'une fonction rémunérée à charge du Trésor public, inséré par l'arrêté royal du 3 décembre 1987, les modifications suivantes sont apportées :

1° [Concerne le texte allemand.];

2° il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :

« 1.1° était absent dans le cadre d'une des absences liées à la maternité telles que prévues aux articles 39 et 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971; ».

CHAPITRE 14 — Modification de l'arrêté royal du 30 mars 1982 relatif aux centres d'enseignement secondaire et fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement secondaire de plein exercice

Art. 41. Dans l'article 36, 1°, de l'arrêté royal du 30 mars 1982 relatif aux centres d'enseignement secondaire et fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement secondaire de plein exercice, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

CHAPITRE 15 — Modification de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales

Art. 42. Dans l'article 111, § 1^{er}, de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, modifié par le décret du 25 avril 2016, il est inséré, entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un nouvel alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er} et en raison de circonstances exceptionnelles, le Gouvernement peut prendre en compte, pendant l'année scolaire 2019-2020, les heures de cours dispensées en ligne si cette offre était initialement planifiée comme cours en présentiel. »

CHAPITRE 16 — Modification du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I

Art. 43. Dans l'article 4.1, § 1^{er}, du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, inséré par le décret du 12 janvier 2012, les mots « ou le coaching visant à soutenir le personnel scolaire » sont remplacés par les mots « , le coaching visant à soutenir le personnel scolaire ou l'engagement de chargés de cours invités, rémunérés sous la forme d'honoraires, afin d'organiser des projets spécifiques impliquant la communauté scolaire ».

CHAPITRE 17 — *Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé*

Art. 44. Dans l'article 5*quater* du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, inséré par le décret du 11 mai 2009, abrogé par le décret du 26 juin 2017 et rétabli par le décret du 18 juin 2018, il est inséré, avant l'alinéa 1^{er}, qui devient l'alinéa 2, un alinéa rédigé comme suit :

« Un emploi à temps plein est mis à la disposition du centre de pédagogie de soutien afin de remplir les missions fixées à l'article 6, alinéa 1^{er}, 4^o, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées. »

Art. 45. Dans l'article 5*sexies* du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, l'alinéa 1^{er} est abrogé.

Art. 46. Dans l'article 24 du même décret, remplacé par le décret du 11 mai 2009, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« Si une école spécialisée, qui compte, le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, au moins 150 élèves, organise une école inclusive conjointement avec une école ordinaire, un emploi supplémentaire peut être organisé ou subventionné dans la fonction de chef de département, et ce, sans préjudice de l'alinéa 1^{er}. Un quart de cet emploi découle de la transformation du capital périodes octroyé conformément à l'article 5*ter*. »

Art. 47. Dans l'article 33 du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2010, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Art. 48. Dans l'article 53*ter*, § 7, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 26 juin 2017, les années « 2019-2020 » sont remplacées par les années « 2021-2022 ».

CHAPITRE 18 — *Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME*

Art. 49. À l'article 17 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le premier tiret est remplacé par ce qui suit :

« – six membres représentant des associations professionnelles qui soit sont des associations professionnelles nationales au sens de l'article 3 de la loi du 24 avril 2014 relative à l'organisation de la représentation des indépendants et des PME, soit ont leur siège en Communauté germanophone et sont affiliées à l'une de ces associations professionnelles nationales susmentionnées; »

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le deuxième tiret est remplacé par ce qui suit :

« – quatre membres représentant les associations interprofessionnelles qui soit sont des associations interprofessionnelles nationales au sens de l'article 4 de la loi du 24 avril 2014 relative à l'organisation de la représentation des indépendants et des PME, soit ont leur siège en Communauté germanophone et sont affiliées à l'une de ces associations interprofessionnelles nationales susmentionnées; »

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le Gouvernement estime que la demande mentionnée au § 3*bis* et introduite par l'Institut est suffisamment motivée, il peut déroger à la condition mentionnée à l'alinéa 1^{er} lors de la désignation des membres du conseil d'administration ayant voix délibérative. »

CHAPITRE 19 — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 50. Dans l'article 3*bis*, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « , la fonction de gestionnaire financier et immobilier » sont insérés entre les mots « secrétaire de direction » et les mots « , la fonction de conseiller ».

Art. 51. Dans le même arrêté du Gouvernement, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un article 4*quinquies* rédigé comme suit :

« Art. 4*quinquies* – § 1^{er} – Les membres du personnel mentionnés aux articles 3 ou 4 peuvent interrompre leur carrière à mi-temps ou à raison d'un cinquième conformément aux dispositions de l'arrêté royal no 23 pris en exécution de l'article 5, § 1, 5^o, de la loi du 27 mars 2020 accordant des pouvoirs au Roi afin de prendre des mesures dans la lutte contre la propagation du coronavirus COVID-19 (II) visant le congé parental corona.

§ 2 – Pour les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire ainsi que pour les travailleurs contractuels subventionnés, le congé se termine au plus tard le jour où expire la désignation ou l'engagement. »

Art. 52. L'article 6 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et par le décret du 26 juin 2006, est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 – Le membre du personnel qui souhaite interrompre sa carrière en application de l'article 4*quinquies* pour un congé parental corona en informe son pouvoir organisateur et, par l'intermédiaire de celui-ci, introduit une demande écrite auprès du Ministre compétent en matière d'Enseignement. S'il s'agit d'un membre du personnel de l'enseignement communautaire, la demande est introduite par l'intermédiaire du chef d'établissement ou du directeur, selon le cas.

Dans sa demande, le membre du personnel fait savoir s'il opte pour une interruption à mi-temps ou à raison d'un cinquième.

La demande est introduite au moins trois jours avant le début de l'interruption de carrière et mentionne, par dérogation à l'article 5, § 1^{er}, la date à laquelle elle débute et celle à laquelle elle prend fin. D'un commun accord, le délai d'introduction de la demande peut être raccourci.

Avant le début de l'interruption de carrière, le membre du personnel introduit soit un extrait d'acte de naissance soit une attestation d'adoption ou de tutelle. De plus, il introduit une attestation de l'inscription de l'enfant dans le registre de la population ou dans le registre des étrangers de la commune où le membre du personnel a son domicile

ou sa résidence habituelle, un extrait du registre de la population ou du registre des étrangers prouvant la composition du ménage ainsi que, le cas échéant, une attestation prouvant l'incapacité physique ou mentale de l'enfant au sens de la réglementation relative aux prestations familiales.

Un membre du personnel qui sollicite l'une des interruptions de carrière mentionnées aux articles 4 à 4^{quater} peut les suspendre en raison d'une demande de congé parental corona.

Un membre du personnel qui sollicite l'un des congés pour prestations réduites mentionnés à l'article 113, alinéa 2, 2^e à 4^e, du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement 2006 peut les suspendre en raison d'une demande de congé parental corona, à condition que le volume de la réduction des prestations reste inchangé. »

CHAPITRE 20 — *Modification du décret-programme 1997 du 20 mai 1997*

Art. 53. L'article 3bis du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, inséré par le décret du 25 mai 1999, modifié par les décrets des 30 juin 2003 et 6 mai 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois mentionné à l'article 3, § 3, dès le premier jour d'école. Si, en application du nouveau calcul effectué conformément à l'article 3, § 3, le pouvoir organisateur dispose d'un nombre d'heures inférieur à celui qu'il a organisé le premier jour d'école, ces heures sont à sa charge. »

CHAPITRE 21 — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées*

Art. 54. L'article 4 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un 43^e rédigé comme suit :

« 43^e règlement général sur la protection des données : règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE. »

Art. 55. À l'article 21 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o il est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« Par "enfant de cinq ans", il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de cinq ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

Par "enfant de six ans", il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de six ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

2^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « qui ne sont pas encore soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « qui ont entre deux ans et six mois et cinq ans »;

3^o dans le § 2, alinéa 2, les mots « soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « à partir de six ans »;

4^o dans le § 2, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation aux alinéas 1^{er} et 2, un enfant de six ans peut fréquenter la section maternelle tandis qu'un enfant de cinq ans peut fréquenter l'école primaire. »

Art. 56. À l'article 21.1 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o il est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« Par "enfant de cinq ans", il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de cinq ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

Par "enfant de six ans", il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de six ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »;

2^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « ne sont pas encore soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « ont entre deux ans et six mois et cinq ans »;

3^o dans le § 2, alinéa 2, les mots « soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « à partir de six ans »;

4^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « s'il n'est pas encore soumis à l'obligation scolaire et a deux ans et six mois au moins » sont remplacés par les mots « s'il a entre deux ans et six mois et cinq ans »;

5^o dans le § 3, alinéa 3, les mots « un enfant soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « un enfant de six ans ». »

Art. 57. L'article 34 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2012, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les enfants soumis à l'obligation scolaire qui fréquentent la section maternelle peuvent suivre, à la demande des personnes chargées de leur éducation, un cours de religion ou un cours de morale non confessionnelle dans l'école primaire annexée. Les personnes chargées de l'éducation font part de leur choix au moyen d'une déclaration écrite, introduite au plus tard le dernier jour ouvrable précédent le début de l'année scolaire, ou, selon le cas, lors de l'inscription au cours de l'année. »

Art. 58. À l'article 93.14 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les alinéas 1^{er} à 3 actuels forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3;

2^o l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Le dossier mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, comprend les documents suivants :

1^o l'avis mentionné à l'article 93.7;

2^o un rapport relatif à l'accompagnement de l'apprentissage mené jusqu'à présent et du soutien apporté à l'élève, établi par le directeur de l'école dans laquelle ledit élève était scolarisé jusqu'alors;

3^o une copie du dernier bulletin de l'élève;

4° le procès-verbal de la conférence de soutien;

5° un avis écrit par le titulaire de classe de l'école dans laquelle l'élève était scolarisé jusqu'alors, si ledit titulaire ne peut pas se rendre personnellement à la séance de la commission de soutien.

Les documents mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 2^o, 3^o et 5^o, ne doivent être introduits que si l'élève était déjà scolarisé.

Les personnes chargées de l'éducation sont libres d'introduire un avis écrit. »;

3^o l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Si le président de la commission de soutien constate que le dossier transmis par le chef d'établissement de l'école ordinaire est incomplet, il l'en informe. Le chef d'établissement de l'école ordinaire introduit les documents manquants dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de cette information. Si les documents ne sont pas introduits dans ce délai, l'élève restera dans l'école dans laquelle il était déjà scolarisé avant la tenue de la conférence de soutien.

Si le président de la commission de soutien constate que la procédure fixée conformément aux articles 93.11 à 93.13 n'a pas été respectée, il renvoie le dossier par lettre recommandée au chef d'établissement de l'école ordinaire, et ce, aux fins d'une nouvelle décision par la conférence de soutien.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, le chef d'établissement de l'école ordinaire convoque une nouvelle fois la conférence de soutien. Celle-ci prend une nouvelle décision dans un délai de vingt jours calendrier après l'envoi de la lettre recommandée mentionnée à l'alinéa précédent. Si aucun accord n'est atteint au sein de la conférence de soutien, le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet, dans un délai de huit jours calendrier après la clôture des délibérations de la conférence de soutien, le dossier complet à la commission de soutien qui le traitera conformément au § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3. »

Art. 59. À l'article 93.21 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les alinéas 1^{er} à 3 actuels forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3;

2^o l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Le dossier mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, comprend les documents suivants :

1^o l'avis mentionné à l'article 93.20, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o;

2^o un rapport relatif à l'accompagnement de l'apprentissage mené jusqu'à présent et du soutien apporté à l'élève, établi par le directeur de l'école dans laquelle ledit élève était scolarisé jusqu'alors;

3^o une copie du dernier bulletin de l'élève;

4^o le procès-verbal de la conférence de soutien;

5^o un avis écrit par le titulaire de classe de l'école dans laquelle l'élève était scolarisé jusqu'alors, si ledit titulaire ne peut pas se rendre personnellement à la séance de la commission de soutien.

Les personnes chargées de l'éducation sont libres d'introduire un avis écrit. »;

3^o l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Si le président de la commission de soutien constate que le dossier transmis par le chef d'établissement de l'école ordinaire est incomplet, il l'en informe. Le chef d'établissement de l'école ordinaire introduit les documents manquants dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de cette information. Si les documents ne sont pas introduits dans ce délai, l'élève restera dans l'école dans laquelle il était déjà scolarisé avant la tenue de la conférence de soutien.

Si le président de la commission de soutien constate que la procédure fixée conformément aux articles 93.11 à 93.13 n'a pas été respectée, il renvoie le dossier par lettre recommandée au chef d'établissement de l'école ordinaire, et ce, aux fins d'une nouvelle décision par la conférence de soutien.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, le chef d'établissement de l'école ordinaire convoque une nouvelle fois la conférence de soutien. Celle-ci prend une nouvelle décision dans un délai de vingt jours calendrier après l'envoi de la lettre recommandée mentionnée à l'alinéa précédent. Si aucun accord n'est atteint au sein de la conférence de soutien, le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet, dans un délai de huit jours calendrier après la clôture des délibérations de la conférence de soutien, le dossier complet à la commission de soutien qui le traitera conformément au § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3. »

Art. 60. À l'article 93.22 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 – Le dossier mentionné au § 3, alinéa 1^{er}, comprend les documents suivants :

1^o l'avis mentionné au § 1^{er}, 1^o;

2^o un rapport relatif à l'accompagnement de l'apprentissage mené jusqu'à présent et du soutien apporté à l'élève, établi par le directeur de l'école dans laquelle ledit élève était scolarisé jusqu'alors;

3^o une copie du dernier bulletin de l'élève;

4^o le procès-verbal de la conférence de soutien;

5^o un avis écrit par le titulaire de classe de l'école dans laquelle l'élève était scolarisé jusqu'alors, si ledit titulaire ne peut pas se rendre personnellement à la séance de la commission de soutien.

Les personnes chargées de l'éducation sont libres d'introduire un avis écrit. »;

2^o l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 – Si le président de la commission de soutien constate que le dossier transmis par le chef d'établissement de l'école ordinaire est incomplet, il l'en informe. Le chef d'établissement de l'école ordinaire introduit les documents manquants dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de cette information. Si les documents ne sont pas introduits dans ce délai, l'élève restera dans l'école dans laquelle il était déjà scolarisé avant la tenue de la conférence de soutien.

Si le président de la commission de soutien constate que la procédure fixée conformément aux articles 93.11 à 93.13 n'a pas été respectée, il renvoie le dossier par lettre recommandée au chef d'établissement de l'école ordinaire, et ce, aux fins d'une nouvelle décision par la conférence de soutien.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, le chef d'établissement de l'école ordinaire convoque une nouvelle fois la conférence de soutien. Celle-ci prend une nouvelle décision dans un délai de vingt jours calendrier après l'envoi de la lettre recommandée mentionnée à l'alinéa précédent. Si aucun accord n'est atteint au sein de la conférence de soutien, le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet, dans un délai de huit jours calendrier après la clôture des délibérations de la conférence de soutien, le dossier complet à la commission de soutien qui le traitera conformément au § 3, alinéas 1^{er} à 3. »

Art. 61. Dans le chapitre VIII^{bis}, section 6, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 16 juin 2016, il est inséré un article 93.32.1 rédigé comme suit :

« Art. 93.32.1 – Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétale contraires, le Gouvernement et les autres personnes qui sont parties prenantes à l'exécution de la présente section sont tenus de traiter confidentiellement les informations qui leur sont confiées dans l'exercice de leur mission. »

Art. 62. Dans la même section, il est inséré un article 93.32.2 rédigé comme suit :

« Art. 93.32.2 – Traitement des données à caractère personnel

La collecte et le traitement de données à caractère personnel s'effectue dans le respect du règlement général sur la protection des données.

Le Gouvernement traite des données à caractère personnel exclusivement aux fins d'exécution des missions prévues dans la présente section.

Dans le cadre de l'exécution des articles 93.6, § 4, 93.14, 93.21, 93.22, § 3, 93.23 et 93.25, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données. »

Art. 63. Dans la même section, il est inséré un article 93.32.3 rédigé comme suit :

« Art. 93.32.3 – Catégories de données

Conformément à l'article 93.32.2, alinéa 3, le Gouvernement peut traiter toutes les données personnelles des catégories suivantes qui sont appropriées, utiles et proportionnées :

- 1° les données relatives à l'identité de l'élève et ses données de contact;
- 2° les données relatives à l'identité des personnes chargées de l'éducation de l'élève et leurs données de contact;
- 3° les données relatives à la fréquentation scolaire ou à la formation de l'élève, selon le cas;
- 4° les données relatives à la situation familiale de l'élève;
- 5° les données relatives à la situation sociale et financière de l'élève;
- 6° les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt de l'élève;
- 7° les données relatives à la santé et au développement de l'élève :
 - a) les données relatives à sa santé physique;
 - b) les données relatives à ses vaccinations;
 - c) les données relatives à sa santé psychique;
 - d) les données relatives à son comportement;
 - e) les données relatives aux risques et facteurs de risque;
- 8° les données de l'élève particulièrement dignes d'être protégées, mentionnées à l'article 9 du règlement général sur la protection des données;
- 9° les données judiciaires relatives à l'élève.

Le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Art. 64. Dans la même section, il est inséré un article 93.32.4 rédigé comme suit :

« Art. 93.32.4 – Durée du traitement des données

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétale ou réglementaires qui prévoient, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données sont traitées et conservées pendant dix ans à compter de la réception du dossier de l'élève par la commission de soutien.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Art. 65. À l'article 93.50 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« L'enseignement à domicile satisfait aux exigences mentionnées aux articles 5 à 13 et permet aux enfants soumis à l'obligation scolaire d'atteindre les objectifs de développement pour la section maternelle et les niveaux de compétences pour l'école primaire et secondaire. Chaque niveau de compétences équivaut aux compétences, macro-compétences, compétences attendues et références par rapport à ces dernières qui ont été définies pour l'enseignement. »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « les objectifs de développement mentionnés à l'article 11 ainsi que » sont insérés entre les mots « de la même manière » et les mots « les compétences disciplinaires ». »

Art. 66. Dans l'article 93.52 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « les objectifs de développement et » sont insérés entre les mots « ainsi que » et les mots « les compétences à atteindre ». »

Art. 67. L'article 96.3 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est abrogé.

Art. 68. L'article 98 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, est complété par un § 6 rédigé comme suit :

« § 6 – Sans préjudice du § 1^{er}, la mission du gestionnaire financier et immobilier comprend avant tout les tâches suivantes :

1° gérer matériellement l'établissement d'enseignement, c'est-à-dire :

- a) passer toutes les commandes dans le respect des dispositions relatives aux marchés publics;
- b) vérifier toutes les factures de l'école et les transmettre à la direction pour signature;
- c) réceptionner les livraisons et gérer les stocks;

2° gérer financièrement l'établissement d'enseignement, c'est-à-dire :

- a) tenir la comptabilité conformément aux prescriptions légales;
- b) gérer les recettes et dépenses de toute l'école;
- c) tenir la caisse;

d) gérer les décomptes de frais;

e) établir et actualiser l'inventaire;

3° préparer le projet annuel du budget et des investissements;

4° vérifier tous les contrats de l'école et les transmettre à la direction pour signature;

5° coordonner l'exécution financière des projets Erasmus+;

6° assurer la gestion immobilière générale ainsi que la planification et la supervision des changements infrastructurels dans l'école;

7° être la personne de contact pour les questions économiques et financières;

8° assurer la supervision et la coordination du personnel ouvrier et des gens de service occupés dans l'école;

9° apporter un soutien administratif, logistique et technique à la direction de l'école;

10° participer à des réunions du personnel;

11° participer personnellement à des recyclages et formations continuées;

12° accomplir des tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les tâches mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2^o, ne relèvent pas de la mission du gestionnaire financier et immobilier, si ces tâches sont assurées par un comptable désigné en dehors de l'école conformément aux dispositions du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Dans ce cas, le gestionnaire financier et immobilier appuie le comptable externe dans l'accomplissement de ces tâches. »

Art. 69. Dans le chapitre XII du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 123*septies* rédigé comme suit :

« Art. 123*septies* – Par dérogation à l'article 21, § 2, alinéa 1^{er}, et l'article 21.1, § 2, alinéa 1^{er}, et § 3, alinéas 1^{er} et 2, les enfants qui ont entre trois et cinq ans sont admis en section maternelle du 1^{er} septembre 2020 au 31 août 2024.

Art. 70. Dans le même chapitre, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 123*octies* rédigé comme suit :

« Art. 123*octies* – Par dérogation à l'article 40, alinéa 1^{er}, un pouvoir organisateur ou un chef d'établissement en concertation avec le pouvoir organisateur peut, dans le courant de l'année scolaire 2019-2020, apporter au règlement d'ordre intérieur de l'école les modifications rendues nécessaires par les mesures visant à enrayer le coronavirus (COVID-19). S'il est fait usage de cette possibilité, les modifications ne seront, par dérogation à l'article 41, pas obligatoirement présentées pour signature aux personnes chargées de l'éducation et aux élèves du secondaire. Le chef d'établissement communique les informations par écrit aux personnes chargées de l'éducation et aux élèves du secondaire. »

Art. 71. Le même chapitre, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, est complété par un article 123*novies* rédigé comme suit :

« Art. 123*novies* – Pour l'année scolaire 2019-2020, l'application des dispositions relatives au soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées s'opère comme suit :

1° Sans préjudice de l'article 93.8, l'avis du centre psycho-médico-social est transmis au plus tard le 3 juin 2020.

2° Par dérogation à l'article 93.10, alinéa 2, l'avis "réservé" relatif à la nécessité constatée d'un soutien pédagogique spécialisé auprès d'élèves qui ont fréquenté une école ordinaire, établi dans le courant de l'année scolaire 2019-2020 par le centre pour le développement sain des enfants et de jeunes en raison d'un manque de connaissances, conserve sa validité uniquement pendant l'année scolaire 2020-2021.

3° Par dérogation aux articles 93.13, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 93.18, 93.19, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et 93.20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, la conférence de soutien rend les différentes décisions énumérées dans les articles précités au plus tard pour le 26 juin 2020.

4° Par dérogation aux articles 93.13, § 2, alinéa 2, et 93.19, § 2, alinéa 2, le chef d'établissement de l'école spécialisée communique par écrit aux écoles ordinaires concernées sa décision motivée au plus tard pour le 30 juin 2020.

5° Par dérogation aux articles 93.13, § 2, alinéa 3, et 93.19, § 2, alinéa 3, le chef d'établissement de l'école ordinaire communique aux personnes chargées de l'éducation sa décision motivée au plus tard pour le 3 juillet 2020, et ce, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception.

6° Par dérogation aux articles 93.14, alinéa 2, 93.21, alinéa 2, et 93.22, § 3, alinéa 2, la commission de soutien communique aux personnes chargées de l'éducation, au chef d'établissement de l'école ordinaire et à celui de l'école spécialisée sa décision motivée ainsi que, le cas échéant, sa recommandation quant aux moyens humains à mettre en œuvre pour le soutien durant l'année scolaire suivante, et ce, si possible dans les vingt jours ouvrables suivant la réception du recommandé, au plus tard toutefois pour le 25 août 2020.

7° Sans préjudice de l'article 93.20, § 2, et au plus tard pour le 26 juin 2020, le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet aux personnes chargées de l'éducation la décision motivée relative à la cessation du soutien pédagogique spécialisé dans l'école ordinaire concernée et au futur lieu de soutien, et ce, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception.

8° Par dérogation à l'article 93.23, alinéa 2, la commission de soutien communique aux personnes chargées de l'éducation et au chef d'établissement de l'école ordinaire sa décision par recommandé, et ce, si possible dans les vingt jours ouvrables suivant la réception du recours, au plus tard toutefois pour le 25 août 2020. »

Art. 72. Dans le même chapitre, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 123decies rédigé comme suit :

« Art. 123decies – Par dérogation aux articles 93.70, alinéa 4, et 93.71, alinéa 3, la durée de la fréquentation de la classe d'apprentissage linguistique par les élèves qui y étaient inscrits comme élèves primo-arrivants avant le 13 mars 2020 peut être prolongée si nécessaire du nombre de semaines pendant lesquelles aucun cours n'a été dispensé au cours de l'année scolaire 2019-2020 en raison des mesures visant à enrayer le coronavirus (COVID-19). »

CHAPITRE 22 — *Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné*

Art. 73. À l'article 33 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 26 juin 2017, est complété par les phrases suivantes :

« À défaut d'un candidat porteur du titre requis pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire, peuvent être engagées dans cette fonction les personnes qui sont porteuses du diplôme d'instituteur primaire ou, dans le cas où la compétence du pédagogue de soutien se limite exclusivement à la section maternelle ou au premier degré de l'école primaire, du diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et qui, au moment de l'engagement sont inscrits dans une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. La preuve est apportée en présentant la confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement où la formation complémentaire est suivie. L'engagement dans cette fonction prend fin d'office après deux ans si le membre du personnel concerné n'a pas, dans ce délai, suivi avec fruit la formation complémentaire. »;

2° l'alinéa 8, inséré par le décret du 25 juin 2018, est abrogé.

Art. 74. Dans l'article 53, alinéa 1^{er}, du même décret, la première phrase est complétée par les mots « dans la fonction concernée dans l'école concernée ».

Art. 75. Dans l'article 62.14, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, le mot « 3° » est remplacé par le mot « 4° ».

Art. 76. Dans l'article 62.37, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018, les mots « et 62.10 à » sont remplacés par les mots « 62.10, à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que 62.11 et ».

Art. 77. L'intitulé du chapitre IVdecies du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre IVdecies – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs paramédicaux ».

Art. 78. Dans l'article 62.43 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives ainsi qu'à celle » sont abrogés.

Art. 79. Dans le titre I^{er} du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un chapitre IVundecies, comportant les articles 62.44 à 62.48, intitulé comme suit :

« Chapitre IVundecies – Dispositions spécifiques pour les gestionnaires financiers et immobiliers ».

Art. 80. Dans le chapitre IVundecies du même décret, il est inséré un article 62.44 rédigé comme suit :

« Art. 62.44 – Principe

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de gestionnaire financier et immobilier est attribuée exclusivement sous la forme d'un engagement à durée indéterminée et d'un engagement à titre définitif, conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 62.6, 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, 62.10, à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que les articles 62.11 à 62.12 et 62.42 s'appliquent à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 81. Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.45 rédigé comme suit :

« Art. 62.45 – Conditions d'admission

Une personne peut exercer cette fonction si :

1° elle remplit les conditions énumérées à l'article 62.3, 1° et 4° à 6°;

2° elle est porteuse de l'un des titres suivants :

a) le diplôme de l'enseignement supérieur de type court obtenu dans la section « Comptabilité »;

b) le certificat d'enseignement secondaire supérieur dans la section sciences économiques, économie, gestion économique ou comptabilité, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans acquise dans la fonction d'éducateur-économiste ou dans le cadre d'une activité liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

c) le certificat d'enseignement secondaire général supérieur ou technique de transition, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

d) tout diplôme de l'enseignement supérieur de type court ou de l'enseignement secondaire technique ou professionnel supérieur délivré après avoir suivi avec fruit une formation dont les matières principales sont liées à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. Le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. S'il s'agit d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur, une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, est en outre nécessaire. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

e) un diplôme de l'enseignement supérieur de type court, complété par au moins trois années d'ancienneté dans la fonction d'éducateur-économiste;

3° elle a introduit sa candidature dans les formes et délais fixés dans l'appel à candidats. »

Art. 82. Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.46 rédigé comme suit :

« Art. 62.46 – Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis pour la fonction de gestionnaire financier et immobilier ainsi que les objectifs à atteindre au cours de l'engagement.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres un C.V. et une lettre de motivation expliquant la manière de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 83. Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.47 rédigé comme suit :

« Art. 62.47 – Engagement

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il fonde sa sélection entre autres sur le C.V. et la lettre de motivation présentés par le candidat, sur un ou plusieurs entretiens, sur la compétence disciplinaire et sur l'expérience professionnelle. »

Art. 84. Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.48 rédigé comme suit :

« Art. 62.48 – Remplacement temporaire

§ 1^{er} – Lorsque l'engagement du gestionnaire financier et immobilier prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent, dans le cadre d'un temps plein, en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire suivante par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.45, à l'exception du 3^o.

Lorsque le gestionnaire financier et immobilier est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer par une ou plusieurs personnes dans la fonction de surveillant-éducateur.

§ 2 – Pendant le remplacement temporaire, les articles 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 62.11, 62.12 et 62.42 s'appliquent au membre du personnel qui remplace en vertu du § 1^{er}, alinéa 1^{er}. »

Art. 85. À l'article 69.2, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 28 juin 2010 et 6 mai 2019, le 2^o est remplacé par ce qui suit :

« 2^o disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; ».

Art. 86. Dans l'article 69.14, § 4, alinéa 4, du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 87. À l'article 80, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 6^o, inséré par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 6^o lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une des mentions "insatisfaisant" ou « insuffisant » au cours de l'année scolaire précédente; ».

2^o le 7^o, inséré par le décret du 26 juin 2006, est abrogé.

Art. 88. Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un article 119.19 rédigé comme suit :

« Art. 119.19 – Les membres du personnel qui, au 31 août 2020, sont engagés à titre définitif dans la fonction d'éducateur-économiste seront, à partir du 1^{er} septembre 2020, engagés à titre définitif dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 89. Dans le même titre, il est inséré un article 119.20 rédigé comme suit :

« Art. 119.20 – Par dérogation aux articles 62.46 et 62.47, le pouvoir organisateur engage à durée indéterminée dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier, au 1^{er} septembre 2020, tout membre du personnel qui, pendant toute l'année scolaire 2019-2020, était engagé à titre temporaire dans la fonction d'éducateur-économiste. Pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 62.6, § 3, 1^o, les services que le membre du personnel engagé au 1^{er} septembre 2020 dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier a prestés avant cette date dans la fonction d'éducateur-économiste sont pris en considération comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

CHAPITRE 23 — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Art. 90. Dans l'article 5, alinéa 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 25 juin 2018, les mots « non encore soumis à l'obligation scolaire, et qui est âgé d'au moins deux ans et six mois » sont remplacés par les mots « qui a entre deux ans et six mois et cinq ans », et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Par "enfant de cinq ans", il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de cinq ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

Art. 91. Dans l'article 7 du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'article 5, un enfant âgé de six ans peut fréquenter la section maternelle. Par "enfant de six ans", il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de six ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

Art. 92. Dans l'article 10, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « non soumis à l'obligation scolaire » sont abrogés.

Art. 93. Dans l'article 33, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les mots « soumis à l'obligation scolaire » sont abrogés.

Art. 94. Dans l'article 52.5, alinéa 1^{er}, du même décret, la phrase du 2^o est complétée par les mots « avec un maximum d'un tiers du capital emplois pouvant être utilisé pour engager des membres du personnel qui sont porteurs de l'un des titres mentionnés à l'article 7, 8^o, c), de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements.

Art. 95. Dans l'article 65 du même décret, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« À la demande des personnes chargées de l'éducation, chaque élève de maternelle soumis à l'obligation scolaire reçoit deux périodes de cours de religion ou de morale non confessionnelle dans l'école primaire annexée. »

Art. 96. À l'article 68 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, les mots « de primaire » sont insérés entre les mots « d'une classe » et les mots « ou deux »;

2^o le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire qui, à la demande des personnes chargées de leur éducation, suivent un cours de religion ou de morale non confessionnelle, fréquentent à cette fin l'école primaire annexée. »;

3^o le § 3, modifié par le décret du 19 avril 2010, est complété par la phrase suivante :

« Les élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire qui, à la demande des personnes chargées de leur éducation, suivent un cours de religion ou de morale non confessionnelle dans l'école primaire annexée sont additionnés aux élèves du premier degré. »

Art. 97. À l'article 70, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 3, les mots « ou, selon le cas, un élève de maternelle soumis à l'obligation scolaire » sont insérés entre les mots « Dès qu'un élève » et les mots « s'inscrit dans une école »;

2^o dans l'alinéa 4, les mots « aucun élève » sont remplacés par les mots « , aucun élève ou, selon le cas, aucun élève de maternelle soumis à l'obligation scolaire ». »

Art. 98. À l'article 84*quater* du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, les mots « Pour l'année scolaire 2019-2020, » sont remplacés par les mots « Pour les années scolaires 2019-2020 à 2022-2023, »;

2^o dans l'alinéa 3, les mots « 2020-2021 » sont remplacés par les mots « 2023-2024 ». »

Art. 99. Dans le chapitre IX du même décret, modifié par les décrets des 23 octobre 2000, 18 juin 2018 et 25 juin 2018, il est inséré un article 84*quinquies* rédigé comme suit :

« Art. 84*quinquies* – Disposition transitoire

Par dérogation à l'article 5, les enfants qui ont entre trois et cinq ans sont admis en section maternelle du 1^{er} septembre 2020 au 31 août 2024. »

Art. 100. Dans le même chapitre, modifié par les décrets des 23 octobre 2000, 18 juin 2018 et 25 juin 2018, il est inséré un article 84*sexies* rédigé comme suit :

« Art. 84*sexies* – Disposition transitoire

Par dérogation à l'article 56, § 2, alinéa 2, tous les élèves régulièrement inscrits en maternelle pour l'année scolaire 2019-2020 sont pris en compte pour recalculer le capital emplois s'ils étaient inscrits dans l'école au cinquième jour d'école du mois d'avril de l'année scolaire en cours.

Par dérogation à l'article 57, § 3, le capital emplois déterminé conformément à l'alinéa 1^{er} est disponible du premier jour suivant la suspension des cours à la suite des mesures visant à enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19) jusqu'au dernier jour de l'année scolaire en cours, si le calcul donne au moins un quart d'emploi supplémentaire par rapport au capital emplois accordé au pouvoir organisateur le 1^{er} octobre pour l'implantation concernée.

Art. 101. Dans le même chapitre, modifié par les décrets des 23 octobre 2000, 18 juin 2018 et 25 juin 2018, il est inséré un article 84*septies* rédigé comme suit :

« Art. 84*septies* – Disposition transitoire

Par dérogation à l'article 64.4, § 2, alinéa 2, tous les élèves régulièrement inscrits en maternelle pour l'année scolaire 2019-2020 sont pris en compte pour recalculer le capital emplois s'ils étaient inscrits dans l'école au cinquième jour d'école du mois d'avril de l'année scolaire en cours.

Par dérogation à l'article 64.5, § 3, le capital emplois déterminé conformément à l'alinéa 1^{er} est disponible du premier jour suivant la suspension des cours à la suite des mesures visant à enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19) jusqu'au dernier jour de l'année scolaire en cours, si le calcul donne au moins un emploi à mi-temps supplémentaire par rapport au capital emplois accordé au pouvoir organisateur le 1^{er} octobre.

CHAPITRE 24 — *Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003*

Art. 102. Dans l'article 11, § 2, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, remplacé par le décret du 17 mai 2004, les mots « ainsi qu'un membre du personnel qui, en raison d'une autorisation ministérielle spécifique, a été engagé aux fins d'assurer l'accompagnement individuel d'un enfant ayant des besoins médicaux et spécifiques justifiés » sont insérés entre les mots « que d'une seule classe » et les mots « peut être remplacé immédiatement ».

Art. 103. Dans l'article 11.19 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, l'alinéa 6 est complété par les mots suivants « ; toutefois et tant qu'il dispose encore de jours de maladie, aucun jour de maladie ne lui sera déduit pendant cette période pour tout jour où, dans le cadre de la reprise sur la base d'un horaire individuel :

1° il preste au moins trois heures de travail, à condition que son horaire ou son plan de travail régulier, selon le cas, prévoyait plus de trois heures de travail ce jour-là;

2° il preste au moins une heure de travail, à condition que son horaire ou son plan de travail régulier, selon le cas, prévoyait trois heures de travail ou moins ce jour-là. »

CHAPITRE 25 — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Art. 104. À l'article 20, § 1^{er}, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 26 juin 2017, est complété par les phrases suivantes :

« À défaut d'un candidat porteur du titre requis pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire, peuvent être désignées dans cette fonction les personnes qui sont porteuses du diplôme d'instituteur primaire ou, dans le cas où la compétence du pédagogue de soutien se limite exclusivement à la section maternelle ou au premier degré de l'école primaire, du diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et qui, au moment de la désignation, sont inscrits dans une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. La preuve est apportée en présentant la confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement où la formation complémentaire est suivie. La désignation dans cette fonction prend fin d'office après deux ans si le membre du personnel concerné n'a pas, dans ce délai, suivi avec fruit la formation complémentaire. »;

2° l'alinéa 7, inséré par le décret du 25 juin 2018, est abrogé.

Art. 105. Dans l'article 25, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « le 31 mai » sont remplacés par les mots « le 30 avril ».

Art. 106. L'intitulé du chapitre IVundecies du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre IVundecies – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs paramédicaux dans des écoles inclusives ».

Art. 107. Dans l'article 56.20 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « les fonctions de coordinateur pédagogique et paramédical dans des écoles inclusives sont attribuées » sont remplacés par les mots « la fonction de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives est attribuée ».

Art. 108. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un chapitre IVduodecies, comportant l'article 56.21, intitulé comme suit :

« Chapitre IVduodecies – Dispositions spécifiques pour les gestionnaires financiers et immobiliers ».

Art. 109. Dans le chapitre IVduodecies du même décret, il est inséré un article 56.21 rédigé comme suit :

« Art. 56.21 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de gestionnaire financier et immobilier est attribuée sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 110. Dans l'article 64.13, alinéa 1^{er}, du même décret, le 2°, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« 2° disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; ».

Art. 111. Dans l'article 65, § 4, alinéa 4, du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 112. À l'article 78 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3°, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 3° lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une des mentions "insatisfaisant" ou "insuffisant" au cours de l'année scolaire précédente; ».

2° le 4°, modifié par le décret du 26 juin 2006, est abrogé.

**CHAPITRE 26 — *Modification du décret du 19 avril 2004
relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement***

Art. 113. Dans l'article 26bis, cinquième tiret, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, inséré par le décret du 21 avril 2008, les mots « ou de professeur de l'enseignement secondaire inférieur » sont remplacés par les mots « , de professeur de l'enseignement secondaire inférieur ou d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur ».

CHAPITRE 27 — *Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2005*

Art. 114. À l'article 33 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2, modifié par le décret du 20 juin 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Le congé est pris soit à plein temps, soit à concurrence de la moitié d'un horaire complet. La durée du congé parental s'élève à maximum quatre mois pour un congé à temps plein et à maximum huit mois pour un congé à temps partiel. Le congé parental peut être réparti, le congé à temps plein ne pouvant toutefois être octroyé qu'à raison de périodes d'au moins un mois et le congé à temps partiel, à raison de périodes d'au moins deux mois. Le congé parental à temps plein et le congé parental à temps partiel peuvent être combinés, la durée totale ne pouvant toutefois pas dépasser quatre mois de congé à temps plein. »;

2° l'alinéa 3, inséré par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 20 juin 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, le congé peut également être accordé pour une période inférieure à un mois à temps plein ou à deux mois à temps partiel, cette période étant considérée comme un mois à temps plein ou, selon le cas, deux mois à temps partiel pour fixer les quatre mois à temps plein ou les huit mois à temps partiel disponibles. »

CHAPITRE 28 — *Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome*

Art. 115. Dans l'article 2.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, remplacé par le décret du 20 juin 2016, les mots « l'arrêté royal no 78 du 10 novembre 1967 relatif à l'exercice des professions des soins de santé » sont remplacés par les mots « la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé. »

Art. 116. À l'article 3.2, § 4, du même décret, modifié par les décrets des 25 juin 2007 et 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° [concerne le texte allemand:]

2° le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sont admis en quatrième année des études menant à l'obtention du brevet d'infirmier les étudiants qui possèdent un certificat attestant la réussite de la troisième année d'études menant à l'obtention du brevet d'infirmier, du brevet d'infirmier – spécialité santé mentale et psychiatrie –, du diplôme d'infirmier gradué, du brevet d'assistant en soins hospitaliers ou du brevet d'assistant en soins hospitaliers – spécialité santé mentale et psychiatrie – ou l'attestation d'équivalence à l'un des certificats susvisés et qui ont acquitté le droit d'inscription fixé à l'article 3.8. »

Art. 117. Dans l'article 3.34, § 2, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « et d'examens » sont remplacés par les mots « et/ou d'examens ».

Art. 118. Dans l'article 5.38, § 1^{er}, 1^o, du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, les mots « pour autant que le candidat soit porteur des titres de capacité correspondants prévus à l'article 5.2 et qu'il ait obtenu pendant trois années consécutives la dérogation prévue à l'article 5.18 pour l'emploi à pourvoir, chacune des dérogations devant avoir une durée minimale de 15 semaines » sont remplacés par les mots « à condition que le candidat remplisse les conditions fixées à l'article 5.15, 5^o ».

Art. 119. Dans l'article 5.39, § 4, alinéa 4, du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 120. À l'article 5.52, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3^o, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 3^o lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une des mentions "insatisfaisant" ou "insuffisant" au cours de l'année scolaire précédente; ».

2° le 4^o, modifié par le décret du 26 juin 2006, est abrogé.

Art. 121. Dans l'article 5.88, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « tous les deux ans » sont remplacés par les mots « , au moins tous les cinq ans, ».

Art. 122. Dans l'article 5.102, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « tous les deux ans » sont remplacés par les mots « , au moins tous les cinq ans, ».

Art. 123. L'article 5.105.8 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est complété par la phrase suivante
« Ils sont sous la responsabilité directe du directeur, qui a autorité sur eux. »

Art. 124. Dans l'article 5.105.11, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, le nombre « 471 » est remplacé par le mot « 471/I ».

Art. 125. À l'article 9.11*septies* du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, l'année « 2020 » est remplacée par l'année « 2022 »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « 2020-2021, au plus tard le 31 décembre 2020 » sont remplacés par les mots « 2022-2023, au plus tard le 31 décembre 2022 ».

CHAPITRE 29 — *Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant*

Art. 126. Dans l'article 103 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, le 9^o, inséré par le décret du 6 mai 2019, est abrogé.

Art. 127. [Concerne le texte allemand.]

Art. 128. L'annexe II du même décret, remplacée par le décret du 16 juillet 2012 et modifiée par les décrets des 20 juin 2016 et 26 juin 2017, est complétée par un 4^o rédigé comme suit :

« 4^o à partir du 1^{er} janvier 2021

Échelles de traitement - Montants en euros

Échelle de la classe d'âge 18 ans

Ouvrier	Ouvrier spécialisé
Ouvrier d'entretien	Ouvrier d'entretien qualifié
<u>Aide-cuisinier</u>	<u>Cuisinier</u>
14 282,48 – 16 241,03	14 784,96 – 19 223,37
04 (1) x 125,89	04 (1) x 162,20
02 (2) x 67,34	05 (2) x 225,41
10 (2) x 144,62	06 (2) x 308,92
	02 (2) x 485,62
Premier ouvrier spécialisé	Premier ouvrier spécialisé – chef d'équipe
Premier ouvrier d'entretien qualifié	Premier ouvrier d'entretien qualifié
<u>Premier cuisinier</u>	<u>Chef d'équipe</u>
14 892,88 – 19 893,93	<u>Premier cuisinier – chef d'équipe</u>
04 (1) x 162,22	15 426,92 – 21 034,93
05 (2) x 256,19	04 (1) x 253,19
08 (2) x 404,18	05 (2) x 323,00
	08 (2) x 404,18 ».

CHAPITRE 30. — *Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit*

Art. 129. Dans l'article 59, § 2, alinéa 2, du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, les mots « la classe salariale II+ (échelle salariale II+) » sont remplacés par les mots « l'échelle de traitement I (échelle de traitement I) ».

Art. 130. Dans le titre XV du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2010, il est inséré un article 109.1 rédigé comme suit :

« Article 109.1 – Disposition transitoire

Par dérogation à l'article 32, § 2, le directeur d'académie peut renoncer, pendant l'année scolaire 2019-2020, à la présentation d'examens étant donné les mesures visant à enrayer le coronavirus (COVID-19). S'il est fait usage de cette possibilité, le directeur d'académie communique par écrit aux élèves et aux personnes chargées de l'éducation cette décision ainsi que les modifications apportées au règlement des études et des examens en précisant les critères d'évaluation et de passage. »

CHAPITRE 31 — *Modification du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009*

Art. 131. À l'article 12 du décret du 25 mai 2009 portant des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « en annexe » sont remplacés par les mots « dans l'annexe 1^{re} »;

2° l'article est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Les chefs d'établissement qui ne disposent pas de formation pédagogique doivent réussir, outre la formation spécifique dont les éléments essentiels sont fixés dans l'annexe 1^{re}, un module complémentaire destiné aux chefs d'établissement de l'enseignement fondamental ou secondaire ne disposant pas de formation pédagogique, module dont les éléments essentiels sont fixés dans l'annexe 2 pour les chefs d'établissement de l'enseignement fondamental et dans l'annexe 3 pour ceux de l'enseignement secondaire. »

Par "chef d'établissement ne disposant pas d'une formation pédagogique", il faut entendre un chef d'établissement qui n'est pas porteur du diplôme d'instituteur maternel, d'instituteur primaire, d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur, d'un titre d'études de l'enseignement supérieur du deuxième degré dans le domaine pédagogique ou d'un titre pédagogique d'au moins 15 crédits ECTS. »

Art. 132. À l'article 13 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de directeur d'école secondaire » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, les premier et deuxième tirets sont remplacés par les 1^o et 2^o rédigés comme suit :

« 1^o pour les modules dispensés tous réseaux confondus de la formation spécifique et les modules complémentaires destinés aux chefs d'établissement de l'enseignement fondamental et secondaire ne disposant pas de formation pédagogique, par le Gouvernement;

2^o pour le module de la formation dispensée par un pouvoir organisateur, par le pouvoir organisateur en question. »

Art. 133. L'unique annexe de ce même décret, modifiée par le décret du 28 juin 2010, devient l'annexe 1^{re}.

Art. 134. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, sont insérées les annexes 2 et 3, fixées dans les annexes 1^{re} et 2 jointes au présent décret.

**CHAPITRE 32 — Modification du décret du 25 juin 2012
relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration**

Art. 135. À l'article 15.1 du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration, inséré par le décret du 6 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « et dans la formation en alternance » sont insérés entre les mots « dans l'enseignement » et les mots « et, à la demande », les mots « ou du pouvoir organisateur » sont remplacés par les mots « , du pouvoir organisateur, de l'IAWM ou du directeur d'un ZAWM » et la phrase est complétée par les mots suivants « , la formation scolaire ainsi que la formation dans les classes moyennes »;

2° dans le 5°, les mots « et dans la formation en alternance » sont insérés entre les mots « dans l'enseignement » et les mots « par la gestion de cas ».

Art. 136. Dans l'article 15.3, 1^o, du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « , le directeur d'un ZAWM » sont insérés entre les mots « chef d'établissement » et les mots « ou – s'il est absent » et la phrase est complétée par les mots « ou les membres du personnel de la formation dans les classes moyennes ».

CHAPITRE 33 — Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 137. Dans l'article 3.15, § 1^{er}, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le 1^o est complété par les mots suivants « et, tous les deux ans, pour les enfants et les jeunes à partir de six ans soumis à l'obligation scolaire qui suivent un enseignement à domicile ; par "enfant de six ans", il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de six ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

Art. 138. Dans l'article 6.43, § 4, alinéa 2, du même décret, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 139. Dans l'article 6.78, alinéa 1^{er}, du même décret, le 3^o est remplacé par ce qui suit :

« 3° lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une des mentions "insatisfaisant" ou "insuffisant" au cours de l'année scolaire précédente; ».

Art. 140. Dans l'article 6.87, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 26 février 2018, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 4, deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la prime mensuelle s'élève à 616,15 euros dans le cas d'un coordinateur pour le domaine "Sciences sanitaires".

Le montant de la prime mentionnée aux alinéas 1^{er} et 2 est réduit, dans le cas d'une occupation à temps partiel, proportionnellement à l'occupation. »

Art. 141. À l'article 10.7, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 4, sont insérés deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la prime mensuelle s'élève à 616,15 euros dans le cas d'un coordinateur pour le domaine "Sciences sanitaires".

Le montant de la prime mentionnée aux alinéas 1^{er} et 2 est réduit, dans le cas d'une occupation à temps partiel, proportionnellement à l'occupation. »

2° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 4, les mots « conformément au premier alinéa » sont remplacés par les mots « conformément aux alinéas 1^{er} à 3 ».

CHAPITRE 34 — Modification du décret du 25 juin 2018 créant la fonction d'assistant en maternelle dans les écoles fondamentales ordinaires et abaissant à deux ans et six mois l'âge d'entrée en section maternelle

Art. 142. Dans l'article 25, 2^o, du décret du 25 juin 2018 créant la fonction d'assistant en maternelle dans les écoles fondamentales ordinaires et abaissant à deux ans et six mois l'âge d'entrée en section maternelle la date du « 1^{er} septembre 2021 » est remplacée par la date du « 1^{er} septembre 2024 ».

CHAPITRE 35 — Modification du décret de crise 2020 du 6 avril 2020

Art. 143. Dans l'article 9 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020, les mots « l'article 16 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit » sont insérés entre les mots « portant création d'une haute école autonome, » et les mots « et l'article 41 » et les mots « ou une académie » sont insérés entre les mots « ou supérieure » et les mots « organisée ou subventionnée ».

Art. 144. Dans le décret de crise 2020 du 6 avril 2020, modifié par le décret du 27 avril 2020, il est inséré un article 9.2 rédigé comme suit :

« Art. 9.2 – Sur présentation des justificatifs ad hoc, le Gouvernement rembourse aux écoles ordinaires et spécialisées de la Communauté germanophone les frais effectifs engendrés par les annulations de voyages scolaires de plusieurs jours en raison de la pandémie de coronavirus. »

CHAPITRE 36 — Entrée en vigueur

Art. 145. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2020, à l'exception :

1° de l'article 102, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2019;

- 2° des articles 3, 1°, 17, 22, 6°, 7° et 8°, 73, 1°, 85, 94, 104, 1°, 110 et 125, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret;
- 3° de l'article 144, qui produit ses effets le 24 février 2020;
- 4° de l'article 42, qui produit ses effets le 1^{er} mars 2020;
- 5° des articles 70 à 72, 130 et 143, qui produisent leurs effets le 16 mars 2020;
- 6° des articles 100 et 101, qui produisent leurs effets le 21 avril 2020;
- 7° des articles 51 et 52, qui produisent leurs effets le 1^{er} mai 2020;
- 8° des articles 115 et 116, qui entrent en vigueur le 30 juin 2020;
- 9° des articles 49, 140 et 141, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2020;
- 10° des articles 1^{er}, 2°, 3, 2°, 22, 1° à 5°, 23, 1° à 4°, 24, 73, 2°, 74, 104, 2°, 105, 113 et 128, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2021.

ANNEXE 1^{re}

Annexe 2 du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009

Module complémentaire destiné aux chefs d'établissement de l'enseignement fondamental ne disposant pas de formation pédagogique	Unités de valeur
<ul style="list-style-type: none"> • Connaissances élémentaires relatives au système éducatif en Communauté germanophone <ul style="list-style-type: none"> o L'histoire de l'enseignement en Belgique et en Communauté germanophone o Le fonctionnement du système éducatif en Communauté germanophone o La législation en vigueur dans l'enseignement en Communauté germanophone o Le rôle sociétal de l'école 	1
<ul style="list-style-type: none"> • Spécificités de l'école en tant qu'organisation <ul style="list-style-type: none"> o L'école en tant qu'organisation sociale o L'école en tant qu'organisation d'experts o Responsabilité du chef d'établissement dans la gestion des processus de développement de l'enseignement, du personnel et de l'organisation 	2,5
<ul style="list-style-type: none"> • Didactique générale <ul style="list-style-type: none"> o Notions de didactique générale o Cadre d'orientation pédagogique et didactique o Qualité de l'enseignement : qu'est-ce qu'un bon cours ? Méthodes empiriques pour enseigner et pour apprendre o Fondement conceptuel des référentiels de compétences en Communauté germanophone o Préparation des cours – Référentiels de compétences et curricula comme aides à la planification de cours centrés sur les compétences 	3
<ul style="list-style-type: none"> • Didactique dans l'enseignement fondamental <ul style="list-style-type: none"> o Psychologie du développement o Rôle de l'enseignant o Processus de dynamique de groupes dans l'enseignement o Perturbations en classe : causes possibles, prévention, gestion o Méthodes d'enseignement, stratégies d'apprentissage et de travail o Stages d'observation dans des écoles fondamentales, avec un accent sur l'enseignement et les activités de la direction de l'établissement 	3,5
Total	10

ANNEXE 2

Annexe 3 du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009

Module complémentaire destiné aux chefs d'établissement de l'enseignement secondaire ne disposant pas de formation pédagogique	Unités de valeur
<ul style="list-style-type: none"> • Connaissances élémentaires relatives au système éducatif en Communauté germanophone <ul style="list-style-type: none"> o L'histoire de l'enseignement en Belgique et en Communauté germanophone o Le fonctionnement du système éducatif en Communauté germanophone o La législation en vigueur dans l'enseignement en Communauté germanophone o Le rôle sociétal de l'école 	1
<ul style="list-style-type: none"> • Spécificités de l'école en tant qu'organisation <ul style="list-style-type: none"> o L'école en tant qu'organisation sociale o L'école en tant qu'organisation d'experts o Responsabilité du chef d'établissement dans la gestion des processus de développement de l'enseignement, du personnel et de l'organisation 	2,5
<ul style="list-style-type: none"> • Didactique générale <ul style="list-style-type: none"> o Notions de didactique générale o Cadre d'orientation pédagogique et didactique o Qualité de l'enseignement : qu'est-ce qu'un bon cours ? Méthodes empiriques pour enseigner et pour apprendre o Fondement conceptuel des référentiels de compétences en Communauté germanophone o Préparation des cours – Référentiels de compétences et curricula comme aides à la planification de cours centrés sur les compétences 	3

Module complémentaire destiné aux chefs d'établissement de l'enseignement secondaire ne disposant pas de formation pédagogique	Unités de valeur
<ul style="list-style-type: none"> • Didactique dans l'enseignement secondaire/Didactique appliquée <ul style="list-style-type: none"> o Psychologie du développement o Rôle de l'enseignant o Processus de dynamique de groupes dans l'enseignement o Perturbations en classe : causes possibles, prévention, gestion o Méthodes d'enseignement, stratégies d'apprentissage et de travail o Stages d'observation dans des écoles secondaires, avec un accent sur l'enseignement et le champ d'activités de la direction de l'établissement 	3,5
Total	10

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 22 juin 2020.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et du Sport, de l'Emploi et des Médias

H. MOLLERS,

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

Note

Session 2019- 2020

Documents parlementaires : 75 (2019-2020) n° 1 Projet de décret + Addendum

75 (2019-2020) n° 2-4 Propositions d'amendement

75 (2019- 2020) n° 5 Rapport

75 (2019-2020) n° 6 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 22 juin 2020 – N° 12 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[C – 2020/203567]

22 JUNI 2020. — Decreet houdende maatregelen inzake onderwijs – 2020

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1 — Wijziging van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel, alsook administratief personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen

Artikel 1. In artikel 6 van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel, alsook administratief personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder C, b), 14ter, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt opgeheven;

2° de bepaling onder G, a), ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011 en 24 juni 2013, wordt aangevuld met een bepaling onder 5.1, luidende:

"5.1. leerkracht voor harp".

Art. 2. Artikel 7, b), 10°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het koninklijk besluit van 15 juli 1969, wordt vervangen als volgt:

"10° beheerde Financiën en Gebouwen;"

HOOFDSTUK 2 — Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs

Art. 3. In artikel 16 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het zesde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015 en bij het decreet 26 juni 2017, wordt aangevuld met de volgende zinnen:

"Bij gebrek aan een kandidaat diehouder is van het vereiste bekwaamheidsbewijs voor het ambt van pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften in het gewoon basisonderwijs, kunnen in dat ambt personen worden aangesteld diehouder zijn van het diploma van onderwijzer voor het lager onderwijs of, als de pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften uitsluitend bevoegd is voor het kleuteronderwijs of voor de eerste graad van het lager onderwijs,

die houder zijn van het diploma van kleuteronderwijzer, aangevuld met twee jaar nuttige beroepservaring in een ambt van de categorie van het bestuurs- en onderwijsend personeel, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend, en die op het tijdstip van de aanstelling reeds ingeschreven zijn voor een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de bevorderingspedagogiek, de heilpedagogie of de orthopedagogiek. Als bewijs dient een inschrijvingsbevestiging die is afgegeven door de onderwijsinstelling waar de aanvullende opleiding gevolgd wordt. De aanstelling in dat ambt eindigt van ambtswege na afloop van twee jaar, als het betrokken personeelslid de aanvullende opleiding niet binnen die termijn van twee jaar met succes heeft voltooid."

2° het achtste lid, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, wordt opgeheven.

Art. 4. Het opschrift van hoofdstuk III, afdeling 4, van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen als volgt:
"Afdeling 4 – Overname van personeelsleden"

Art. 5. In hoofdstuk III, afdeling 4, van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 51.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 51.1 – § 1 – De inrichtende macht kan een vacante betrekking van een wervingsambt in de categorie van het bestuurspersoneel laten bekleden door een personeelslid over te nemen van een administratieve overheid als bedoeld in artikel 14 van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, hierna 'afgevende overheid' genoemd, behalve indien de inrichtende macht op grond van de bepalingen over de reaffectatie, wedertewerkstelling en uurroosteraanvulling ertoe verplicht is die betrekking toe te wijzen aan een personeelslid dat wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking staat.

Het personeelslid van de afgevende overheid kan op eigen verzoek overgenomen worden als definitief benoemd personeelslid in een wervingsambt in de categorie van het bestuurspersoneel, als:

1° het over te nemen personeelslid bij de afgevende overheid definitief benoemd is;

2° het hoofd van de afgevende overheid zijn schriftelijke toestemming heeft gegeven;

3° het over te nemen personeelslid op het tijdstip van de overname voldoet aan de toelatingsvoorwaarden voor het ambt waarin hij na de overname benoemd zal worden, met uitzondering van de bepalingen betreffende de wervingsprocedure.

Bij een overname geschiedt het ontslag van het personeelslid bij de afgevende overheid en de vaste benoeming door de inrichtende macht zonder onderbreking in de tijd.

Voor de berekening van de dienstancienniteit tellen de diensten die het overgenomen personeelslid vóór de overname gepresteerd heeft bij de afgevende overheid, mee alsof ze gepresteerd waren in het ambt waarin het betrokken personeelslid bij de inrichtende macht wordt overgenomen.

§ 2 – Het overgenomen personeelslid wordt bezoldigd op basis van de financiële ancienniteit bij de afgevende overheid wanneer de financiële ancienniteit die het personeelslid met toepassing van de bepalingen van de opnemende instelling zou hebben, niet minstens even hoog is.

Als de wedde - toelagen inbegrepen - van het overgenomen personeelslid met toepassing van titel II en titel II.1 van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep lager is dan de wedde - toelagen inbegrepen - die het overgenomen personeelslid vóór de overname bij de afgevende overheid kreeg, wordt het overgenomen personeelslid verder bezoldigd op basis van de weddeschaal - toelagen inbegrepen - van de afgevende overheid tot betrokken met toepassing van titel II en titel II.1 van het decreet van 21 april 2008 een minstens even hoge wedde krijgt."

Art. 6. In artikel 66, § 4, vierde lid, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de woorden "de vermelding "onvoldoende"" vervangen door de woorden "de vermelding "niet tevredenstellend" of "onvoldoende"".

Art. 7. In artikel 91*quinquiesdecies*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013 en vervangen bij het decreet van 18 juni 2018, wordt het woord "3°" vervangen het woord "4°".

Art. 8. In artikel 91*undequadrages*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 18 juni 2018, worden de woorden "en de artikelen 91*decies*" vervangen door de woorden "", artikel 91*undecies* met uitzondering van § 2, eerste lid, en de artikelen 91*duodecies*".

Art. 9. In het opschrift van hoofdstuk VII*decies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "pedagogische coördinatoren voor inclusieve scholen en" opgeheven.

Art. 10. In artikel 91*quadragesquinquies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "op het ambt van pedagogische coördinator voor inclusieve scholen en" opgeheven.

Art. 11. In hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt een hoofdstuk VII*undecies* ingevoegd, dat de artikelen 91*quadragessexies* tot 91*quintagies* omvat, luidende:

"Hoofdstuk VII*undecies* – Bijzondere bepalingen voor de beheerder Financiën en Gebouwen"

Art. 12. In hoofdstuk VII*undecies* van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*quadragessexies* ingevoegd, luidende:

"Art. 91*quadragessexies* – Principe

In afwijking van hoofdstuk VII wordt het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen uitsluitend toegewezen in de vorm van een aanstelling en een vaste benoeming, overeenkomstig de onderstaande bepalingen.

Artikel 91*septies*, artikel 91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2, artikel 91*undecies* met uitzondering van § 2, eerste lid, en de artikelen 91*duodecies* tot 91*terdecies* en artikel 91*quadragesquater* zijn van toepassing op het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen."

Art. 13. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 91*quadragessepties* ingevoegd, luidende:

"Art. 91*quadragessepties* – Toelatingsvoorwaarden

Om dit ambt te mogen uitoefenen, moet aan de volgende voorwaarden worden voldaan:

1° voldoen aan de voorwaarden vermeld in artikel 91*quater*, 1° en 4° tot 6°;

2° houder zijn van één van de volgende studiegetuigschriften:

a) het diploma van het hoger onderwijs van het korte type in de studierichting Boekhouding;

b) het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs in de studierichting Economische Wetenschappen, Economie, Bedrijfsmanagement of Boekhouding, aangevuld met vijf jaar nuttige beroepservaring in het kader van een beroepsactiviteit die verband houdt met het ambt van opvoeder-huismeester of in het kader van een activiteit die verband houdt met het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend;

c) het eindgetuigschrift van het hoger algemeen secundair onderwijs of technisch overgangsonderwijs, aangevuld met vijf jaar nuttige beroepservaring in het kader van een activiteit die verband houdt met het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend;

d) elk diploma van het hoger onderwijs van het korte type of eindgetuigschrift van het hoger secundair technisch of beroepsonderwijs dat werd uitgereikt ter bekragting van een opleiding waarvan de hoofdvakken verband houden met het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen. De Regering beslist op basis van een advies van de onderwijsinspectie of het diploma de houder ervan in staat stelt om het ambt uit te oefenen. Als het gaat om een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs zijn bovenbieden vijf jaar nuttige beroepservaring in het kader van een activiteit die verband houdt met het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen vereist. Deeltijdse prestaties worden in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend;

e) een diploma van het hoger onderwijs van het korte type, aangevuld met minstens drie dienstjaren in het ambt van opvoeder-huismeester;

3° zijn kandidatuur hebben ingediend in de vorm en binnen de termijn die in de oproep tot de kandidaten vastgelegd zijn.”

Art. 14. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel *91duodequintagies* ingevoegd, luidende:

”Art. *91duodequintagies* – Oproep en kandidatuur

De inrichtende macht maakt de oproep tot de kandidaten bekend in de pers, door aanplakking in de scholen alsmede in elke andere passende vorm.

De oproep bevat het profiel dat van de beheerde Financiën en Gebouwen wordt vereist en de doeleinden die tijdens de aanstelling moeten worden verwezenlijkt.

De kandidatuur wordt ingediend per aangerekend schrijven. De kandidaat voegt bij zijn kandidatuur onder meer een curriculum vitae en een motiveringsbrief waarin hij uitlegt hoe hij de in het voorafgaande lid vermelde doeleinden denkt te verwezenlijken.”

Art. 15. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel *91undequintagies* ingevoegd, luidende:

”Art. *91undequintagies* – Aanstelling

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

Zij steunt zich daarbij onder andere op het curriculum vitae en de motiveringsbrief van de kandidaat, op een of meer sollicitatiegesprekken evenals op de vakcompetentie en de beroepservaring.”

Art. 16. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel *91quintagies* ingevoegd, luidende:

”Art. *91quintagies* – Tijdelijke vervanging

§ 1 – Indien de aanstelling van de beheerde Financiën en Gebouwen beëindigd wordt of indien hij zijn ambt neerlegt of wegens een vorm van verlof of terbeschikkingstelling tijdelijk voltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem tot het einde van het daaropvolgende schooljaar vervangen door een persoon die voldoet aan de in artikel *91quadragessepties* vermelde voorwaarden, met uitzondering van die vermeld in 3°.

Als de beheerde Financiën en Gebouwen wegens een vorm van verlof tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem vervangen door een of meer personen in het ambt van studiemeester-opvoeder.

§ 2 – Tijdens de duur van de tijdelijke vervanging zijn artikel *91octies*, § 1, eerste lid, artikel *91duodecies*, artikel *91terdecies* en artikel *91quadragesquater* van toepassing op het vervangend personeelslid bedoeld in § 1, eerste lid.”

Art. 17. Artikel *121ter*, eerste lid, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, vervangen bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij de decreten van 28 juni 2010 en 6 mei 2019, wordt vervangen als volgt:

”2° ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezitten;”

Art. 18. Artikel 169, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt:

”2° als op het evaluatieverslag van het personeelslid de vermelding ”onvoldoende” als eindconclusie staat en het personeelslid in het voorstaande schooljaar ook al een evaluatieverslag met de vermelding ”niet tevredenstellend” of ”onvoldoende” heeft gekregen;”

Art. 19. Hoofdstuk *XIbis* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt aangevuld met een artikel *169vicies*, luidende:

”Art. *169vicies* – Personeelsleden die op 31 augustus 2020 vast benoemd zijn in het ambt van opvoeder-huismeester, gelden vanaf 1 september 2020 als vast benoemd in het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen.”

Art. 20. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel *169viciessemel* ingevoegd, luidende:

”Art. *169viciessemel* – In afwijking van artikel *91duodequintagies* en artikel *91undequintagies* stelt de inrichtende macht de personeelsleden die tijdens het hele schooljaar 2019-2020 tijdelijk aangesteld waren in het ambt van opvoeder-huismeester, op 1 september 2020 voor onbepaalde duur aan in het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen. De diensten die het op 1 september 2020 als beheerde Financiën en Begroting aangestelde personeelslid vóór die datum in het ambt van opvoeder-huismeester heeft gepresteerd, worden voor de berekening van de diensttijdnietteit vermeld in artikel *91septies*, § 3, 1°, in aanmerking genomen alsof ze in het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen zouden zijn gepresteerd.”

Art. 21. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 169viciesbis ingevoegd, luidende:

"Art. 169viciesbis – In afwijking van artikel 91quinquies, 91sexies en 91septies, § 1, stelt de inrichtende macht van 1 september 2020 tot 31 december 2020 het personeelslid dat in het schooljaar 2019-2020 het ambt van pedagogische coördinator voor inclusieve scholen heeft uitgeoefend, aan in het ambt van departementshoofd van een gespecialiseerde secundaire school."

HOOFDSTUK 3 — Wijziging van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der rijkseinrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen

Art. 22. In artikel 7 van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psycho-sociaal personeel der rijkseinrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2°, c), vervangen bij het decreet van 24 juni 2013, wordt na het woord "zedenleer" een kommapunt ingevoegd;

2° de bepaling onder 2°, vervangen bij het decreet van 24 juni 2013, wordt aangevuld met een bepaling onder d), luidende:

"d) het diploma van geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs (keuzevak/aanvullende opleiding niet-confessionele zedenleer);"

3° in de bepaling onder 3°, b), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

4° de bepaling onder 3° wordt aangevuld met een bepaling onder c), luidende:

"c) het diploma van geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs (sport);

5° in de bepaling onder 7°, b), ingevoegd bij het decreet van 21 april 2008, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

6° de bepaling onder 7°, ingevoegd bij het decreet van 21 april 2008, wordt aangevuld met een bepaling onder c), luidende:

"c) het diploma van geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs met de betrokken vreemde taal als basisoriëntatie of als bestanddeel ervan, aangevuld met het attest van slagen voor een opleiding in de didactiek van het vreemdetalenonderwijs en aangevuld met het bewijs van de grondige kennis van de betrokken vreemde taal;"

7° in de bepaling onder 8°, eerste lid, b), ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

8° de bepaling onder 8°, eerste lid, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt aangevuld met een bepaling onder c), luidende:

"c) voor een pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften die uitsluitend in het kleuteronderwijs of in de eerste graad van het lager onderwijs actief is: het diploma van kleuteronderwijzer, aangevuld met twee jaar nuttige beroepservaring in een ambt van de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend, en aangevuld met het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de bevorderingspedagogiek, de heilpedagogie of de orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of met een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig erkend wordt."

9° de bepaling onder 8°, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015 en gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Als houder van het vereist bekwaamheidsbewijs wordt ook beschouwd: elke persoon die aan de voorwaarden voldoet om als onderwijzer voor het lager onderwijs te worden aangeworven of aangesteld, aangevuld met twee jaar nuttige beroepservaring in een ambt van de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend, en die houder is van het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de bevorderingspedagogiek, de heilpedagogie of de orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig erkend wordt."

Art. 23. In artikel 14 van hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1.1, c), ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, wordt vervangen als volgt:

"c) een van de volgende bewijzen op het gebied van kinderverzorging:

1° het getuigschrift van het hoger secundair onderwijs in de studierichting kinderverzorging;

2° het brevet van kinderverzorger;

3° het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het beroepsonderwijs in de studierichting kinderverzorging, aangevuld met het bekwaamheidsgetuigschrift van het zesde of het zevende jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting kinderverzorging;"

2° in de bepaling onder 1.1, e), ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, worden de woorden "dat wordt uitgereikt door" vervangen door de woorden "dat wordt uitgereikt door de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap in samenwerking met" en worden de woorden "het getuigschrift van kinderbegeleider" vervangen door de woorden "het certificaat van kinderbegeleider, gezins- en bejaardenhelper en zorgkundige";

3° in de bepaling onder 1.1, f), ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, worden de woorden "bij gebrek aan een kandidaat die houder is van één van de bewijzen vermeld onder a) tot e)" opgeheven;

4° de bepaling onder 1.1, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Bij gebrek aan een kandidaat die houder is van een bekwaamheidsbewijs vermeld onder a) tot f) geldt het diploma van kleuteronderwijzer als vereist bekwaamheidsbewijs."

5° in de bepaling onder 3bis, a), ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2005 en vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "secundair onderwijs" vervangen door de woorden "secundair onderwijs, aangevuld met een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend";

6° in de bepaling onder 3bis, b), ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2005 en vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, wordt het woord "bekwaamheidsbewijs" vervangen door de woorden "bekwaamheidsbewijs en een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend";

7° de bepaling onder 3bis, ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2005 en vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, wordt aangevuld met een bepaling onder c), luidende:

"c) het diploma van geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs, aangevuld met een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek, dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend."

Art. 24. In artikel 17.1 van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 5 mei 2014 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt het woord "vakken" vervangen door de woorden "vakken in het eerste aanpassingsjaar van het secundair onderwijs".

HOOFDSTUK 4 — Wijziging van het koninklijk besluit van 15 juli 1969 tot vaststelling van de bevoegdheden van de beheerders, de opvoeders-huismeesters en de directiesecretarissen in de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch en normaalonderwijs

Art. 25. In het opschrift van het koninklijk besluit van 15 juli 1969 tot vaststelling van de bevoegdheden van de beheerders, de opvoeders-huismeesters en de directiesecretarissen in de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch en normaalonderwijs worden de woorden " de opvoeders-huismeesters" opgeheven.

Art. 26. Artikel 2 van hetzelfde koninklijk besluit wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 5 — Wijziging van het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de wervingsambten waarvan de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel en het paramedisch personeel van de rijksonderwijsinrichtingen titularis moeten zijn om in een selectieambt te kunnen worden benoemd

Art. 27. In artikel 2 van het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de wervingsambten waarvan de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel en het paramedisch personeel van de rijksonderwijsinrichtingen titularis moeten zijn om in een selectieambt te kunnen worden benoemd, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 18 juni 2018, wordt de regel over de opvoeder-huismeester opgeheven.

HOOFDSTUK 6 — Wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 28. In artikel 27, § 4, vierde lid, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de woorden "de vermelding "onvoldoende"" vervangen door de woorden "de vermelding "niet tevredenstellend" of "onvoldoende"".

Art. 29. Artikel 49, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt:

"2° als op het evaluatieverslag van het personeelslid de vermelding "onvoldoende" als eindconclusie staat en het personeelslid in het voorgaande schooljaar ook al een evaluatieverslag met de vermelding "niet tevredenstellend" of "onvoldoende" heeft gekregen,"

HOOFDSTUK 7 — Wijziging van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschaps-onderwijs

Art. 30. In artikel 1 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschaps-onderwijs, vervangen bij het besluit van de Executieve van 1 september 1993, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1°, vervangen bij het decreet van 6 juni 2005 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "de pedagogische coördinatoren voor inclusieve scholen," in de inleidende zin opgeheven;

2° in de bepaling onder 2°, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "de pedagogische coördinatoren voor inclusieve scholen," opgeheven;

3° in de bepaling onder 4°, eerste streepje, vervangen bij het decreet van 6 juni 2005, worden de woorden "opvoeders-huismeesters" vervangen door de woorden "beheerders Financiën en Gebouwen".

HOOFDSTUK 8 — Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs

Art. 31. In artikel 12, § 1, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 4° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 5°, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 17 september 1976, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 9 — Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoend geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar

Art. 32. In artikel 12, § 1, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoend geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° de bepaling onder 4° wordt opgeheven;
- 2° de bepaling onder 5°, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 17 september 1976, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 10 — Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie

Art. 33. In artikel 12, § 1, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° de bepaling onder 5° wordt opgeheven;
- 2° de bepaling onder 6°, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 17 september 1976, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 11 — Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reaffectatie en de toekenning van een wachtweddetolage in het gesubsidieerd onderwijs

Art. 34. In artikel 5, § 2, 2°, van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reaffectatie en de toekenning van een wachtweddetolage in het gesubsidieerd onderwijs worden de woorden "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen".

HOOFDSTUK 12 — Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1977 tot vaststelling van de regelen en de voorwaarden voor de berekening van het aantal betrekkingen in sommige ambten van het opvoedend hulppersonnel, van het psychosociaal personeel en van het administratief personeel van de inrichtingen voor secundair onderwijs en voor hoger onderwijs, met uitzondering van het universitair onderwijs

Art. 35. In artikel 3 van het koninklijk besluit van 15 april 1977 tot vaststelling van de regelen en de voorwaarden voor de berekening van het aantal betrekkingen in sommige ambten van het opvoedend hulppersonnel, van het psychosociaal personeel en van het administratief personeel van de inrichtingen voor secundair onderwijs en voor hoger onderwijs, met uitzondering van het universitair onderwijs, vervangen bij het decreet van 29 juni 1998, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 1°, vervangen bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen";

2° in § 1, gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Als een school minder dan 400 leerlingen telt, kan de betrekking in het ambt van klerk-typist omgevormd worden en in het ambt van directiesecretaris georganiseerd of gesubsidieerd worden, als de betrekking in het ambt van klerk-typist niet bekleed wordt door een personeelslid dat voor onbepaalde duur in dat ambt aangesteld is. Die omvorming mag niet tot een terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking leiden."

3° in § 2, eerste lid, wordt het woord "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen";

4° in § 4, 1°, wordt het woord "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen".

Art. 36. Artikel 3bis van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1998, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Het in het eerste lid vermelde ter beschikking staande betrekkingenpakket kan omgevormd worden en in het ambt van directiesecretaris georganiseerd of gesubsidieerd worden, als de betrekking in het ambt van klerk-typist niet bekleed wordt door een personeelslid dat voor onbepaalde duur in dat ambt aangesteld is. Die omvorming mag niet tot een terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking leiden."

Art. 37. In artikel 15 van hetzelfde koninklijk besluit wordt het woord "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen".

Art. 38. In artikel 17, a), van hetzelfde koninklijk besluit wordt het woord "opvoeders-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen".

Art. 39. In artikel 21 van hetzelfde koninklijk besluit wordt het woord "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen".

HOOFDSTUK 13 — Wijziging van het koninklijk besluit van 23 oktober 1979 houdende toekenning van een eindejaarstoelage aan sommige titularissen van een ten laste van de Schatkist bezoldigd ambt

Art. 40. In artikel 4, § 3, van het koninklijk besluit van 23 oktober 1979 houdende toekenning van een eindejaarstoelage aan sommige titularissen van een ten laste van de Schatkist bezoldigd ambt, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 3 december 1987, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° [geldt alleen voor de Duitse tekst];

2° er wordt een bepaling onder 1.1 ingevoegd, luidende:

"1.1. afwezig was in het kader van een geboorteregeling als bepaald in artikel 39 en de artikelen 42 tot 43bis van de Arbeidswet van 16 maart 1971;"

**HOOFDSTUK 14 — Wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 1982
betreffende de scholengemeenschappen voor secundair onderwijs en houdende het rationalisatie- en programmatieplan
van het secundair onderwijs met volledig leerplan**

Art. 41. In artikel 36, 1°, van het koninklijk besluit van 30 maart 1982 betreffende de scholengemeenschappen voor secundair onderwijs en houdende het rationalisatie- en programmatieplan van het secundair onderwijs met volledig leerplan wordt het woord "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen".

HOOFDSTUK 15 — Wijziging van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen

Art. 42. In artikel 111, § 1, van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen, gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"In afwijking van het eerste lid kan de Regering wegens bijzondere omstandigheden tijdens het schooljaar 2019-2020 rekening houden met lesuren die online werden gegeven, voor zover oorspronkelijk gepland was dat ze in de klas werden gegeven."

**HOOFDSTUK 16 — Wijziging van het decreet van 5 juni 1990
tot vaststelling van het aantal lestijden/leerkracht voor het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I**

Art. 43. In artikel 4.1, § 1, van het decreet van 5 juni 1990 tot vaststelling van het aantal lestijden/leerkracht voor het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I, ingevoegd bij het decreet van 12 januari 2012, worden de woorden "te financieren" vervangen door de woorden "te financieren of om de aanstelling te financieren van gastdocenten die op honorariumbasis worden betaald om specifieke projecten te organiseren waarbij de schoolgemeenschap betrokken wordt".

**HOOFDSTUK 17 — Wijziging van het decreet van 27 juni 1990
tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel in het gespecialiseerd onderwijs worden bepaald**

Art. 44. In artikel 5quater van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel in het gespecialiseerd onderwijs worden bepaald, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, opgeheven bij het decreet van 26 juni 2017 en hersteld bij het decreet van 18 juni 2018, wordt voor het eerste lid - dat het tweede lid wordt - een lid ingevoegd, luidende:

"Een voltijdse betrekking wordt ter beschikking gesteld van het centrum voor bevorderingspedagogiek om de taken te vervullen die vermeld worden in artikel 6, eerste lid, 4°, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leermoeilijkheden in de gewone en gespecialiseerde scholen."

Art. 45. Artikel 5sexies, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt opgeheven.

Art. 46. In artikel 24 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 11 mei 2009, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Als een gespecialiseerde school die op de laatste schooldag van de maand september van het lopende schooljaar minstens 150 leerlingen telt, samen met een gewone school een inclusieve school organiseert, wordt, onverminderd het eerste lid, een extra betrekking in het ambt van departementshoofd georganiseerd of gesubsidieerd. Een vierde van die betrekking vloeit voort uit de omvorming van het lestijdenpakket dat overeenkomstig artikel 5ter wordt toegekend."

Art. 47. In artikel 33 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2010, wordt het woord "opvoeder-huismeester" vervangen door de woorden "beheerder Financiën en Gebouwen".

Art. 48. In artikel 53ter, § 7, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 en 26 juni 2017, worden de woorden "2019-2020" vervangen door de woorden "2021-2022".

**HOOFDSTUK 18 — Wijziging van het decreet van 16 december 1991
betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's**

Art. 49. In artikel 17 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het eerste streepje vervangen als volgt:

"- zes leden die de beroepsverenigingen vertegenwoordigen en die ofwel nationale beroepsorganisaties overeenkomstig artikel 3 van de wet van 24 april 2014 betreffende de organisatie van de vertegenwoordiging van de zelfstandigen en de kmo's zijn, ofwel in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn en bij de voormalde nationale beroepsorganisaties aangesloten zijn;"

2° in § 1, eerste lid, wordt het tweede streepje vervangen als volgt:

"- vier leden die de beroepsverenigingen vertegenwoordigen en die ofwel nationale beroepsorganisaties overeenkomstig artikel 4 van de wet van 24 april 2014 betreffende de organisatie van de vertegenwoordiging van de zelfstandigen en de kmo's zijn, ofwel in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn en bij de voormalde nationale beroepsorganisaties aangesloten zijn;"

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een lid, luidende:

"Als de Regering de in § 3bis vermelde aanvraag van het Instituut voldoende gemotiveerd acht, kan ze bij de aanwijzing van de stemgerechtigde leden van de raad van bestuur afwijken van de voorwaarde vermeld in het eerste lid."

**HOOFDSTUK 19 — Wijziging van het besluit van de Regering van 9 november 1994
betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra**

Art. 50. In artikel 3bis, § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 30 augustus 2001 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt de tweede zin vervangen als volgt: "Dit geldt niet voor personeelsleden die het ambt van directiesecretaris, het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen, het ambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school, het ambt van lasthebber voor onderzoek, het ambt van externe evaluator, het ambt van adjunct of het ambt van onderwijzer aan een oefenbasisschool bekleden."

Art. 51. In hetzelfde besluit van de Regering, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt een artikel 4^{quinquies} ingevoegd, luidende:

"Art. 4^{quinquies} – § 1 – De personeelsleden vermeld in artikel 3 of in artikel 4 kunnen hun loopbaan met de helft of met één vijfde onderbreken overeenkomstig de bepalingen van het koninklijk besluit nr. 23 van 13 mei 2020 tot uitvoering van artikel 5, § 1, 5°, van de wet van 27 maart 2020 die machtiging verleent aan de Koning om maatregelen te nemen in de strijd tegen de verspreiding van het coronavirus COVID-19 (II) houdende het corona-ouderschapsverlof.

§ 2 – Voor tijdelijk aangewezen of aangestelde personeelsleden, alsook voor gesubsidieerde contractuelen eindigt het verlof ten laatste op de dag waarop de aanwijzing of aanstelling eindigt."

Art. 52. Artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 30 augustus 2001 en bij het decreet van 26 juni 2006, wordt aangevuld met een § 5, luidende:

"§ 5 – Het personeelslid dat met toepassing van artikel 4^{quinquies} zijn loopbaan wenst te onderbreken om corona-ouderschapsverlof te nemen, deelt dit aan zijn inrichtende macht mee en dient via de inrichtende macht een schriftelijke aanvraag in bij de minister die bevoegd is voor onderwijs. Gaat het om een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs, dan wordt de aanvraag via het inrichtingshoofd of de directeur ingediend.

In de aanvraag deelt het personeelslid mee of het voor een halftijdse loopbaanonderbreking kiest, dan wel voor een 1/5de loopbaanonderbreking.

De aanvraag moet ten minste drie dagen vóór het begin van de loopbaanonderbreking worden ingediend en vermeldt, in afwijking van artikel 5, § 1, de begin- en einddatum van de loopbaanonderbreking. De aanvraagtermijn kan in onderlinge overeenstemming verkort worden.

Vóór het begin van de loopbaanonderbreking dient het personeelslid ofwel een uittreksel uit de geboorteakte van het kind in, ofwel een attest van adoptie of pleegouderschap. Bovendien dient het personeelslid een attest in van de inschrijving van het kind in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister van de gemeente waar het personeelslid zijn woonplaats of zijn gewone verblijfplaats heeft, een uittreksel uit het bevolkings- of vreemdelingenregister waaruit de samenstelling van het gezin blijkt en - in voorkomend geval - een attest waaruit blijkt dat het kind een lichamelijke of geestelijke handicap heeft in de zin van de wetgeving betreffende de gezinsbijslagen.

Een personeelslid dat één van de loopbaanonderbrekingen vermeld in de artikelen 4 tot 4^{quater} neemt, kan die loopbaanonderbrekingen schorsen om corona-ouderschapsverlof te nemen.

Een personeelslid dat een beroep doet op één van de verloven voor verminderde prestaties vermeld in artikel 113, tweede lid, 2° tot 4°, van het decreet van 26 juni 2006 houdende maatregelen inzake onderwijs 2006, mag dat verlof schorsen om corona-ouderschapsverlof te nemen, op voorwaarde dat de omvang van de vermindering onveranderd blijft."

HOOFDSTUK 20 — *Wijziging van het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997*

Art. 53. Artikel 3bis van het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 1999, gewijzigd bij het decreet van 30 juni 2003 en gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"In afwijking van het tweede lid kan de inrichtende macht vanaf de eerste schooldag gebruik maken van het in artikel 3, § 3, bedoelde lestijdenpakket. Beschikt de inrichtende macht met toepassing van de nieuwe berekening overeenkomstig artikel 3, § 3, over minder lestijden dan het aantal dat zij op de eerste schooldag georganiseerd heeft, dan moet zij deze lestijden voor haar rekening nemen."

HOOFDSTUK 21 — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen*

Art. 54. Artikel 4 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2017, wordt aangevuld met een bepaling onder 43°, luidende:

43. Algemene Verordening Gegevensbescherming: Verordening 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

Art. 55. In artikel 21 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de volgende § 1.1 wordt ingevoegd:

"Onder een vijfjarig kind wordt verstaan: een kind dat uiterlijk op 31 december van het kalenderjaar waarin het schooljaar begint, de leeftijd van vijf jaar bereikt.

Onder een zesjarig kind wordt verstaan: een kind dat uiterlijk op 31 december van het kalenderjaar waarin het schooljaar begint, de leeftijd van zes jaar bereikt."

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "die nog niet leerplichtig zijn" vervangen door de woorden "die tussen twee jaar en zes maanden en vijf jaar oud zijn";

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "leerplichtige kinderen" vervangen door de woorden "kinderen vanaf zes jaar";

4° § 2, derde lid, wordt vervangen als volgt:

"In afwijking van het eerste lid en het tweede lid kan enerzijds een zesjarig kind nog de kleuterafdeling bezoeken en kan anderzijds een vijfjarig kind de lagere school bezoeken.

Art. 56. In artikel 21.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de volgende § 1.1 wordt ingevoegd:

"Onder een vijfjarig kind wordt verstaan: een kind dat uiterlijk op 31 december van het kalenderjaar waarin het schooljaar begint, de leeftijd van vijf jaar bereikt.

Onder een zesjarig kind wordt verstaan: een kind dat uiterlijk op 31 december van het kalenderjaar waarin het schooljaar begint, de leeftijd van zes jaar bereikt."

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "nog niet leerplichtig zijn" vervangen door de woorden "tussen twee jaar en zes maanden en vijf jaar oud zijn";

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "leerplichtige kinderen" vervangen door de woorden "kinderen vanaf zes jaar";

4° in § 3, eerste lid, worden de woorden "nog niet leerplichtig is en twee jaar en zes maanden oud is" vervangen door de woorden "tussen twee jaar en zes maanden en vijf jaar oud is";

5° in § 3, derde lid, worden de woorden "een leerplichtig kind tijdens het eerste jaar van de leerplicht" vervangen door de woorden "een zesjarig kind";

Art. 57. Artikel 34 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2012, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Leerplichtige kinderen die de kleuterafdeling bezoeken, kunnen op aanvraag van de personen belast met de opvoeding lessen godsdienst of niet-confessionele zedenleer in de aangesloten lagere school bezoeken. De personen belast met de opvoeding maken hun keuze via een schriftelijke verklaring uiterlijk op de laatste werkdag voor het begin van het schooljaar, respectievelijk bij de inschrijving tijdens het jaar."

Art. 58. In artikel 93.14 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepalingen van het huidige eerste tot derde lid worden § 1, eerste tot derde lid;

2° het artikel wordt aangevuld met een § 2, luidende:

"§ 2 – Het dossier vermeld in § 1, eerste lid, bevat de volgende stukken:

1° het advies vermeld in artikel 93.7;

2° een verslag over de leerbegeleiding en de ondersteuning die de leerling tot dusver heeft gekregen; dat verslag is opgesteld door het hoofd van de school waar de leerling tot dusver onderwijs volgde;

3° een kopie van het laatste rapport van de leerling;

4° de notulen van de ondersteuningsvergadering;

5° een schriftelijk standpunt van de klastitularis van de school waar de leerling tot dusver onderwijs volgde, als hij niet persoonlijk aanwezig kan zijn op de zitting van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

De stukken vermeld in het eerste lid, 2°, 3° en 5°, hoeven alleen te worden ingediend als de leerling al onderwijs volgde.

Het staat de personen belast met de opvoeding vrij om een schriftelijk standpunt in te dienen."

3° het artikel wordt aangevuld met een § 3, luidende:

"§ 3 – Als de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vaststelt dat het dossier van het hoofd van de gewone school onvolledig is, stelt hij het hoofd van de gewone school daarvan in kennis. Binnen vijf werkdagen na mededeling van de ontbrekende stukken dient het hoofd van de gewone school de ontbrekende stukken in. Als de ontbrekende stukken niet binnen de gestelde termijn worden ingediend, blijft de leerling in de school waar hij al onderwijs volgde voordat de ondersteuningsvergadering werd gehouden.

Als de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vaststelt dat de procedure die overeenkomstig de artikelen 93.11 tot 93.13 werd vastgelegd niet werd nageleefd, dan zendt hij het dossier per aangetekend schrijven terug naar het hoofd van de gewone school, zodat de ondersteuningsvergadering een nieuwe beslissing kan nemen.

In het geval vermeld in het tweede lid roept het hoofd van de gewone school de ondersteuningsvergadering opnieuw bijeen. De ondersteuningsvergadering neemt een nieuwe beslissing binnen een termijn van 20 werkdagen na verzending van het aangetekend schrijven vermeld in het vorige lid. Als in de ondersteuningsvergadering geen consensus werd bereikt, zendt het hoofd van de gewone school het volledige dossier binnen een termijn van acht kalenderdagen na het afsluiten van de beraadslagingen in de ondersteuningsvergadering aan het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, dat het dossier dan behandelt overeenkomstig § 1, eerste lid tot derde lid."

Art. 59. In artikel 93.21 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepalingen van het huidige eerste tot derde lid worden § 1, eerste tot derde lid;

2° het artikel wordt aangevuld met een § 2, luidende:

"§ 2 – Het dossier vermeld in § 1, eerste lid, bevat de volgende stukken:

1° het advies vermeld in artikel 93.20, § 1, tweede lid, 1°;

2° een verslag over de leerbegeleiding en de ondersteuning die de leerling tot dusver heeft gekregen; dat verslag is opgesteld door het hoofd van de school waar de leerling tot dusver onderwijs volgde;

3° een kopie van het laatste rapport van de leerling;

4° de notulen van de ondersteuningsvergadering;

5° een schriftelijk standpunt van de klastitularis van de school waar de leerling tot dusver onderwijs volgde, als hij niet persoonlijk aanwezig kan zijn op de zitting van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Het staat de personen belast met de opvoeding vrij om een schriftelijk standpunt in te dienen."

3° het artikel wordt aangevuld met een § 3, luidende:

"§ 3 – Als de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vaststelt dat het dossier van het hoofd van de gewone school onvolledig is, stelt hij het hoofd van de gewone school daarvan in kennis. Binnen vijf werkdagen na mededeling van de ontbrekende stukken dient het hoofd van de gewone school de ontbrekende stukken in. Als de ontbrekende stukken niet binnen de gestelde termijn worden ingediend, blijft de leerling in de school waar hij al onderwijs volgde voordat de ondersteuningsvergadering werd gehouden.

Als de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vaststelt dat de procedure die overeenkomstig de artikelen 93.11 tot 93.13 werd vastgelegd niet werd nageleefd, zendt hij het dossier per aangetekend schrijven terug naar het hoofd van de gewone school, zodat de ondersteuningsvergadering een nieuwe beslissing kan nemen.

In het geval vermeld in het tweede lid roept het hoofd van de gewone school de ondersteuningsvergadering opnieuw bijeen. De ondersteuningsvergadering neemt een nieuwe beslissing binnen een termijn van 20 werkdagen na verzending van het aangetekend schrijven vermeld in het vorige lid. Als in de ondersteuningsvergadering geen consensus werd bereikt, zendt het hoofd van de gewone school het volledige dossier binnen een termijn van acht kalenderdagen na het afsluiten van de beraadslagingen in de ondersteuningsvergadering aan het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, dat het dossier dan behandelt overeenkomstig § 1, eerste lid tot derde lid."

Art. 60. In artikel 93.22 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het artikel wordt aangevuld met een § 4, luidende:

"§ 4 – Het dossier vermeld in § 3, eerste lid, bevat minstens de volgende stukken:

1° het advies vermeld in § 1, 1°;

2° een verslag over de leerbegeleiding en de ondersteuning die de leerling tot dusver heeft gekregen; dat verslag is opgesteld door het hoofd van de school waar de leerling tot dusver onderwijs volgde;

3° een kopie van het laatste rapport van de leerling;

4° de notulen van de ondersteuningsvergadering;

5° een schriftelijk standpunt van de klastitularis van de school waar de leerling tot dusver onderwijs volgde, als hij niet persoonlijk aanwezig kan zijn op de zitting van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Het staat de personen belast met de opvoeding vrij om een schriftelijk standpunt in te dienen."

2° het artikel wordt aangevuld met een § 5, luidende:

"§ 5 – Als de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vaststelt dat het dossier van het hoofd van de gewone school onvolledig is, stelt hij het hoofd van de gewone school daarvan in kennis. Binnen vijf werkdagen na mededeling van de ontbrekende stukken dient het hoofd van de gewone school de ontbrekende stukken in. Als de ontbrekende stukken niet binnen de gestelde termijn worden ingediend, blijft de leerling in de school waar hij al onderwijs volgde voordat de ondersteuningsvergadering werd gehouden.

Als de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vaststelt dat de procedure die overeenkomstig de artikelen 93.11 tot 93.13 werd vastgelegd niet werd nageleefd, zendt hij het dossier per aangetekend schrijven terug naar het hoofd van de gewone school, zodat de ondersteuningsvergadering een nieuwe beslissing kan nemen.

In het geval vermeld in het tweede lid roept het hoofd van de gewone school de ondersteuningsvergadering opnieuw bijeen. De ondersteuningsvergadering neemt een nieuwe beslissing binnen een termijn van 20 werkdagen na verzending van het aangetekend schrijven vermeld in het vorige lid. Als in de ondersteuningsvergadering geen consensus werd bereikt, zendt het hoofd van de gewone school het volledige dossier binnen een termijn van acht kalenderdagen na het afsluiten van de beraadslagingen in de ondersteuningsvergadering aan het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, dat het dossier dan behandelt overeenkomstig § 3, eerste lid tot derde lid."

Art. 61. In hoofdstuk VIIIIBis, afdeling 6, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 16 juni 2016, wordt een artikel 93.32.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 93.32.1 – Vertrouwelijkheid

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van deze afdeling betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen."

Art. 62. In dezelfde afdeling wordt een artikel 93.32.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 93.32.2 – Verwerking van persoonsgegevens

De verzameling en verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De Regering verwerkt persoonsgegevens met het oog op de uitvoering van de opdrachten die in deze afdeling worden bepaald.

In het kader van de uitvoering van de artikelen 93.6, § 4, 93.14, 93.21, 93.22, § 3, 93.23 en 93.25 is de Regering de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van de persoonsgegevens.

Art. 63. In dezelfde afdeling wordt een artikel 93.32.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 93.32.3 – Gegevenscategorieën

De Regering kan alle overeenkomstig artikel 93.32.2, derde lid, toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de leerling;

2° identiteitsgegevens en contactgegevens van de personen belast met de opvoeding van de leerling;

3° gegevens over het schoolbezoek of, naargelang van het geval, de opleiding van de leerling;

4° gegevens over de gezinssituatie van de leerling;

5° gegevens over de sociale en financiële situatie van de leerling;

6° gegevens over de vrijetijdsbesteding en interesses van de leerling;

7° gegevens over de gezondheid en de ontwikkeling van de leerling;

a) gegevens over de lichamelijke gezondheid;

- b) gegevens over inentingen;
 - c) gegevens over de geestelijke gezondheid;
 - d) gegevens over het gedrag;
 - e) gegevens over risico's en risicofactoren;
- 8° gevoelige gegevens van de leerling, vermeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
9° gerechtelijke gegevens over de leerling.

De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid."

Art. 64. In dezelfde afdeling wordt een artikel 93.32.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 93.32.4 – Duur van de gegevensverwerking

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartijd voorzien, worden de gegevens gedurende tien jaar, te rekenen vanaf de datum van ontvangst van het leerlingendossier, bij het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften verwerkt en bewaard.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd."

Art. 65. In artikel 93.50 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

"Het huisonderwijs voldoet aan de voorwaarden vermeld in de artikelen 5 tot 13 en biedt leerplichtige kinderen de mogelijkheid om ontwikkelingsdoelen voor het kleuteronderwijs en competentieniveaus voor het lager en het secundair onderwijs te bereiken. Het competentieniveau is telkens gelijkwaardig met de competenties, kerncompetenties, eindtermen en verwijzingen naar de eindtermen die voor het onderwijs gedefinieerd zijn."

2° in het tweede lid worden tussen het woord "mate" en het woord "vakcompetenties" de woorden "de in artikel 11 vermelde ontwikkelingsdoelen, alsook".

Art. 66. In artikel 93.52 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de woorden "te bereiken competenties" vervangen door de woorden "te bereiken ontwikkelingsdoelen en competenties".

Art. 67. Artikel 96.3 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt opgeheven.

Art. 68. Artikel 98 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2018, wordt aangevuld met een § 6, luidende:

"§ 6 – Met behoud van de toepassing van § 1 omvat de opdracht van de beheerder Financiën en Gebouwen vooral de volgende taken:

- 1° materieel beheer van de onderwijsinstelling, d.w.z.:
 - a) alle bestellingen afwikkelen met inachtneming van de bepalingen voor overheidsopdrachten;
 - b) alle rekeningen van de school controleren en vrijgeven voor ondertekening door de schoolleiding;
 - c) leveringen in ontvangst nemen en de voorraad beheren;
- 2° financieel beheer van de onderwijsinstelling, d.w.z.:
 - a) de boekhouding en comptabiliteit verrichten met inachtneming van de wettelijke voorschriften;
 - b) de ontvangsten en uitgaven van de hele school beheren;
 - c) de kas beheren;
 - d) de kostenrekeningen beheren;
 - e) de inventarissen opstellen en bijhouden;
- 3° de jaarlijkse budgetplanning en investeringsplanning voorbereiden;
- 4° alle overeenkomsten van de school controleren en vrijgeven voor ondertekening door de schoolleiding;
- 5° de financiële afwikkeling van de Erasmus+projecten coördineren;
- 6° algemeen gebouwenmanagement zoals planning en supervisie van infrastructuurwijzigingen in de school;
- 7° optreden als aanspreekpartner voor economische en financiële belangen;
- 8° zorgen voor de supervisie en coördinatie van het vak- en dienstpersoneel dat in de school werkzaam is;
- 9° administratieve, logistieke en technische ondersteuning bieden aan de schoolleiding;
- 10° deelnemen aan personeelsvergaderingen;
- 11° zich bijscholen en voortgezette opleidingen volgen;
- 12° taken uitvoeren die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen."

In afwijking van het eerste lid behoren de taken vermeld in het eerste lid, 2°, niet tot de opdracht van de beheerder Financiën en Gebouwen als die taken uitgeoefend worden door een schoolexterne rekenplichtige die is aangesteld overeenkomstig het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap. In dat geval ondersteunt de beheerder Financiën en Gebouwen de schoolexterne rekenplichtige bij het verrichten van die taken."

Art. 69. In hoofdstuk XII van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 18 juni 2018, wordt een artikel 123septies ingevoegd, luidende:

"Art. 123septies— In afwijking van artikel 21, § 2, eerste lid, en artikel 21.1, § 2, eerste lid, en § 3, eerste en tweede lid, worden kinderen die tussen drie en vijf jaar oud zijn vanaf 1 september 2020 tot en met 31 augustus 2024 toegelaten tot het kleuteronderwijs."

Art. 70. In hetzelfde hoofdstuk, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 18 juni 2018, wordt een artikel 123octies ingevoegd, luidende:

"Art. 123octies – In afwijking van artikel 40, eerste lid, kan een inrichtende macht of een schoolhoofd na overleg met de inrichtende macht in het schoolreglement de wijzigingen aanbrengen die in de loop van het schooljaar 2019-2020 door de coronamaatregelen noodzakelijk zijn. Als gebruik gemaakt wordt van die mogelijkheid, hoeven de wijzigingen, in afwijking van artikel 41, niet ter ondertekening te worden voorgelegd aan de personen belast met de opvoeding en aan de leerlingen van het secundair onderwijs. Het schoolhoofd deelt de wijzigingen schriftelijk mee aan de personen belast met de opvoeding en aan de leerlingen van het secundair onderwijs."

Art. 71. In hetzelfde hoofdstuk, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 18 juni 2018, wordt een artikel 123novies ingevoegd, luidende:

"Art. 123novies – Voor het schooljaar 2019-2020 worden de bepalingen inzake gespecialiseerde pedagogische ondersteuning als volgt toegepast in het gewoon en het gespecialiseerd onderwijs:

1° Met behoud van de toepassing van artikel 93.8 wordt het advies van het psycho-medisch-sociaal centrum ten laatste op 3 juni 2020 overgezonden;

2° Met behoud van de toepassing van artikel 93.10, tweede lid, is een 'advies over de vaststelling van de behoefté aan gespecialiseerde pedagogische ondersteuning' over leerlingen die een gewone school bezoeken alleen geldig tijdens het schooljaar 2020-2021, als het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren dat advies - bij gebrek aan mogelijkheden om tot de juiste inzichten te komen - onder voorbehoud heeft gegeven in het schooljaar 2019-2020.

3° Met behoud van de toepassing van artikel 93.13, § 1, eerste lid, artikel, 93.18, artikel 93.19, § 1, eerste lid, en artikel 93.20, § 1, eerste lid, neemt de ondersteuningsvergadering de in die artikelen vermelde beslissingen ten laatste op 26 juni 2020.

4° Met behoud van de toepassing van artikel 93.13, § 2, tweede lid, en artikel 93.19, § 2, tweede lid, deelt het hoofd van de gespecialiseerde school zijn gemotiveerde beslissing ten laatste op 30 juni 2020 schriftelijk mee aan de betrokken gewone school.

5° Met behoud van de toepassing van artikel 93.13, § 2, derde lid, en artikel 93.19, § 2, derde lid, deelt het hoofd van de gewone school de gemotiveerde beslissing ten laatste op 3 juli 2020 mee aan de personen belast met de opvoeding; die mededeling geschiedt aangetekend of tegen ontvangstbewijs.

6° Met behoud van de toepassing van artikel 93.14, tweede lid, artikel 93.21, tweede lid, en artikel 93.22, § 3, tweede lid, zendt het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften zijn gemotiveerde beslissing en, in voorkomend geval, zijn aanbeveling over de personeelsmiddelen die tijdens het volgende schooljaar moeten worden ingezet, aangetekend toe aan de personen belast met de opvoeding, aan het hoofd van de gewone school en aan het hoofd van de gespecialiseerde school; dat geschiedt zo mogelijk binnen 20 werkdagen na ontvangst van het aangetekend schrijven, maar ten laatste op 25 augustus 2020.

7° Met behoud van de toepassing van artikel 93.20, § 2, zendt het hoofd van de gewone school de gemotiveerde beslissing over de stopzetting van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de betrokken gewone school en over de plaats waar de ondersteuning voortaan zal worden aangeboden ten laatste op 26 juni 2020 toe aan de personen belast met de opvoeding; dat geschiedt aangetekend of tegen ontvangstbewijs.

8° In afwijking van artikel 93.23, tweede lid, zendt het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften zijn beslissing zo mogelijk binnen 20 werkdagen na ontvangst van het beroep, maar ten laatste op 25 augustus 2020 toe aan de personen belast met de opvoeding en aan het hoofd van de gewone school; dat geschiedt aangetekend."

Art. 72. In hetzelfde hoofdstuk, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 18 juni 2018, wordt een artikel 123decies ingevoegd, luidende:

"Art. 123decies – Met behoud van de toepassing van artikel 93.70, vierde lid, en artikel 93.71, derde lid, kan de duur van het verblijf in de taalklas - voor leerlingen die vóór 13 maart 2020 als nieuwkomer ingeschreven waren - zo nodig verlengd worden met het aantal weken waarin door de coronamaatregelen geen les werd gegeven in het schooljaar 2019-2020."

HOOFDSTUK 22 — *Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum*

Art. 73. In artikel 33 van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het zesde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 en 26 juni 2017, wordt aangevuld met de volgende zinnen:

"Bij gebrek aan een kandidaat die houder is van het vereiste bekwaamheidsbewijs voor het ambt van pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften in het gewoon basisonderwijs, kunnen in dat ambt personen worden aangesteld die houder zijn van het diploma van onderwijzer voor het lager onderwijs of, als de pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften uitsluitend bevoegd is voor het kleuteronderwijs of voor de eerste graad van het lager onderwijs, die houder zijn van het diploma van kleuteronderwijzer, aangevuld met twee jaar nuttige beroepservaring in een ambt van de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend, en die op het tijdstip van de aanstelling reeds ingeschreven zijn voor een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de bevorderingspedagogiek, de heilpedagogie of de orthopedagogie. Als bewijs dient een inschrijvingsbevestiging die is afgegeven door de onderwijsinstelling waar de aanvullende opleiding gevuld wordt. De aanstelling in dat ambt eindigt van ambtswege na afloop van twee jaar, als het betrokken personeelslid de aanvullende opleiding niet binnen die termijn van twee jaar met succes heeft voltooid."

2° het achtste lid, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, wordt opgeheven.

Art. 74. In artikel 53, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "hun uurrooster" vervangen door de woorden "hun uurrooster in het betrokken ambt in de betrokken school".

Art. 75. In artikel 62.14, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013 en vervangen bij het decreet van 18 juni 2018, wordt het woord "3°" vervangen door het woord "4°".

Art. 76. In artikel 62.37, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 18 juni 2018, worden de woorden "en de artikelen 62.10" vervangen door de woorden "°, artikel 62.10 met uitzondering van § 2, eerste lid, en artikel 62.11".

Art. 77. In het opschrift van hoofdstuk IV^{decies} van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "pedagogische coördinatoren voor inclusieve scholen en" opgeheven.

Art. 78. In artikel 62.43 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "het ambt van pedagogische coördinator voor inclusieve scholen en" opgeheven.

Art. 79. In titel I van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt een hoofdstuk IV^{undecies} ingevoegd, dat de artikelen 62.44 tot 62.48 bevat, luidende:

"Hoofdstuk IV^{undecies} – Bijzondere bepalingen voor de beheerder Financiën en Gebouwen"

Art. 80. In hoofdstuk IV^{undecies} van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.44 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.44 – Principe

In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen uitsluitend toegewezen in de vorm van een aanstelling van doorlopende duur en een definitieve aanstelling, overeenkomstig de volgende bepalingen.

Artikel 62.6, artikel 62.7, § 1, eerste lid, en § 2, artikel 62.10 met uitzondering van § 2, eerste lid, en de artikelen 62.11 tot 62.12 en artikel 62.42 zijn van toepassing op het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen."

Art. 81. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 62.45 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.45 – Toelatingsvoorraarden

Om dit ambt te mogen uitoefenen, moet aan de volgende voorwaarden worden voldaan:

1° voldoen aan de voorwaarden vermeld in artikel 62.3, 1°, en 4° tot 6°;

2° houder zijn van één van de volgende studiegetuigschriften:

a) het diploma van het hoger onderwijs van het korte type in de studierichting Boekhouding;

b) het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs in de studierichting Economische Wetenschappen, Economie, Bedrijfsmanagement of Boekhouding, aangevuld met vijf jaar nuttige beroepservaring in het kader van een beroepsactiviteit die verband houdt met het ambt van opvoeder-huismeester of in het kader van een activiteit die verband houdt met het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend;

c) het eindgetuigschrift van het hoger algemeen secundair onderwijs of technisch overgangsonderwijs, aangevuld met vijf jaar nuttige beroepservaring in het kader van een activiteit die verband houdt met het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend;

d) elk diploma van het hoger onderwijs van het korte type of eindgetuigschrift van het hoger secundair technisch of beroepsonderwijs dat werd uitgereikt ter bekragting van een opleiding waarvan de hoofdvakken verband houden met het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen. De Regering beslist op basis van een advies van de onderwijsinspectie of het diploma de houder ervan in staat stelt om het ambt uit te oefenen. Als het gaat om een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs zijn bovendien vijf jaar nuttige beroepservaring in het kader van een activiteit die verband houdt met het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen vereist. Deeltijdse prestaties worden in verhouding tot een voltijdse betrekking worden aangerekend;

e) een diploma van het hoger onderwijs van het korte type, aangevuld met minstens drie dienstjaren in het ambt van opvoeder-huismeester;

3° zijn kandidatuur hebben ingediend in de vorm en binnen de termijn die in de oproep tot de kandidaten vastgelegd zijn."

Art. 82. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 62.46 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.46 - Oproep tot de kandidaten en kandidatuur

De oproep tot de kandidaten wordt door de inrichtende macht gepubliceerd in de krant evenals in elke andere vorm die als gepast wordt geacht.

De oproep bevat het profiel dat van de beheerder Financiën en Gebouwen wordt vereist en de doeleinden die tijdens de aanstelling moeten worden verwezenlijkt.

De kandidatuur wordt ingediend per aangerekend schrijven. De kandidaat voegt bij zijn kandidatuur onder meer een curriculum vitae en een motiveringsbrief waarin hij uitlegt hoe hij de in het voorafgaande lid vermelde doeleinden denkt te verwezenlijken."

Art. 83. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 62.47 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.47 – Aanstelling

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

Zij steunt zich daarbij onder andere op het curriculum vitae en de motiveringsbrief van de kandidaat, op een of meer sollicitatiegesprekken evenals op de vakcompetentie en de beroepservaring."

Art. 84. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 62.48 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.48 – Tijdelijke vervanging

§ 1 – Indien de aanstelling van de beheerder Financiën en Gebouwen beëindigd wordt of indien hij zijn ambt neerlegt of wegens een vorm van verlof of terbeschikkingstelling tijdelijk voltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem tot het einde van het daaropvolgende schooljaar vervangen door een persoon die voldoet aan de in artikel 62.45 vermelde voorwaarden, met uitzondering van die vermeld in 3°.

Als de beheerder Financiën en Gebouwen wegens een vorm van verlof tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem vervangen door een of meer personen in het ambt van studiemeester-opvoeder.

§ 2 – Tijdens de duur van de tijdelijke vervanging zijn artikel 62.7, § 1, eerste lid, artikel 62.11, artikel 62.12 en artikel 62.42 van toepassing op het vervangend personeelslid bedoeld in § 1, eerste lid."

Art. 85. Artikel 69.2, eerste lid, 2°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, vervangen bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij de decreten van 28 juni 2010 en 6 mei 2019, wordt vervangen als volgt:

"2° ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezitten;"

Art. 86. In artikel 69.14, § 4, vierde lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de woorden "de vermelding ‐onvoldoende‐" vervangen door de woorden "de vermelding ‐niet tevredenstellend‐ of ‐onvoldoende‐".

Art. 87. In artikel 80, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 6°, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt:

"6° als op het evaluatieverslag van het personeelslid de vermelding ‐onvoldoende‐ als eindconclusie staat en het personeelslid in het voorgaande schooljaar ook al een evaluatieverslag met de vermelding ‐niet tevredenstellend‐ of ‐onvoldoende‐ heeft gekregen;"

2° de bepaling onder 7°, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 88. Titel IV van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt aangevuld met een artikel 119.19, luidende:

"Art. 119.19 – Personeelsleden die op 31 augustus 2020 definitief aangesteld zijn in het ambt van opvoeder-huismeester, gelden vanaf 1 september 2020 als definitief aangesteld in het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen."

Art. 89. In dezelfde titel wordt een artikel 119.20 ingevoegd, luidende:

"Art. 119.20 – In afwijking van de artikelen 62.46 en 62.47 stelt de inrichtende macht de personeelsleden die tijdens het hele schooljaar 2019-2020 tijdelijk aangesteld waren in het ambt van opvoeder-huismeester, op 1 september 2020 voor onbepaalde duur aan in het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen. De diensten die het op 1 september 2020 als beheerder Financiën en Begroting aangestelde personeelslid vóór die datum in het ambt van opvoeder-huismeester heeft gepresteerd, worden voor de berekening van de dienstinctienniteit vermeld in artikel 62.6, § 3, 1°, in aanmerking genomen alsof ze in het ambt van beheerder Financiën en Gebouwen zouden zijn gepresteerd."

HOOFDSTUK 23 — *Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs*

Art. 90. In artikel 5, eerste lid, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs, vervangen bij het decreet van 25 juni 2018, worden de woorden "nog niet leerplichtig is en minstens twee jaar en zes maanden oud is" vervangen door de woorden "tussen twee jaar en zes maanden en vijf jaar oud is", voorts wordt dat eerste lid aangevuld met de volgende zin:

"Onder een vijfjarig kind wordt verstaan: een kind dat uiterlijk op 31 december van het kalenderjaar waarin het schooljaar begint, de leeftijd van vijf jaar bereikt."

Art. 91. Artikel 7, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"In afwijking van artikel 5 kan een zesjarig kind de kleuterafdeling bezoeken. Onder een zesjarig kind wordt verstaan: een kind dat uiterlijk op 31 december van het kalenderjaar waarin het schooljaar begint, de leeftijd van zes jaar bereikt."

Art. 92. In artikel 10, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "niet leerplichtig" opgeheven.

Art. 93. In artikel 33, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de woorden "die aan de leerplicht onderworpen zijn" opgeheven.

Art. 94. In artikel 52.5, eerste lid, 2°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en vervangen bij het decreet van 29 juni 2015, worden de woorden "aan te stellen" vervangen door de woorden "aan te stellen, waarbij maximaal één derde van het betrekkingenpakket gebruikt mag worden om personeelsleden aan te stellen die houder zijn van het bekwaamheidsbewijs bedoeld in artikel 7, 8°, c), van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psycho-sociaal personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen".

Art. 95. In artikel 65 van hetzelfde decreet wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Op aanvraag van de personen belast met de opvoeding krijgt elk leerplichtig kind dat naar het kleuteronderwijs gaat, twee uren godsdienst of niet-confessionele zedenleer in de aangesloten lagere school."

Art. 96. In artikel 68 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "klassen" vervangen door de woorden "lagereschoolklassen";

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De leerplichtige kinderen in het kleuteronderwijs die op aanvraag van de personen belast met de opvoeding de lessen godsdienst of niet-confessionele zedenleer volgen, bezoeken daartoe de aangesloten lagere school."

3° paragraaf 3, gewijzigd bij het decreet van 19 april 2010, wordt aangevuld met de volgende zin:

“De leerplichtige kinderen in het kleuteronderwijs die op aanvraag van de personen belast met de opvoeding de lessen godsdienst of niet-confessionele zedenleer in de aangesloten lagere school volgen, worden meegeteld bij de leerlingen van de eerste graad.”

Art. 97. In artikel 70, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het derde lid worden de woorden “Zodra een leerling” vervangen door de woorden “Zodra een leerling of een leerplichtig kind in het kleuteronderwijs”;

2° in het vierde lid worden de woorden “geen leerling” vervangen door de woorden “geen leerling of leerplichtig kind in het kleuteronderwijs”.

Art. 98. In artikel 84^{quater} van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden “In het schooljaar 2019-2020” vervangen door de woorden “In de schooljaren 2019-2020 tot 2022-2023”;

2° in het derde lid worden de woorden “2020-2021” vervangen door de woorden “2023-2024”.

Art. 99. In hoofdstuk IX van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 23 oktober 2000, 18 juni 2018 en 25 juni 2018, wordt een artikel 84^{quinquies} ingevoegd, luidende:

“Art. 84^{quinquies} - Overgangsbepaling

In afwijking van artikel 5 worden kinderen die tussen drie en vijf jaar oud zijn vanaf 1 september 2020 tot en met 31 augustus 2024 toegelaten tot het kleuteronderwijs.”

Art. 100. In hetzelfde hoofdstuk, gewijzigd bij de decreten van 23 oktober 2000, 18 juni 2018 en 25 juni 2018, wordt een artikel 84^{sexies} ingevoegd, luidende:

“Art. 84^{sexies} - Overgangsbepaling

Voor de nieuwe berekening van het betrekkingenpakket wordt - in afwijking van artikel 56, § 2, tweede lid, - in het schooljaar 2019-2020 rekening gehouden met alle regelmatige leerlingen in het kleuteronderwijs die op de vijfde schooldag van de maand april van het lopende schooljaar ingeschreven waren in de school.

In afwijking van artikel 57, § 3, is het overeenkomstig het eerste lid berekende betrekkingenpakket beschikbaar vanaf de eerste schooldag na de schorsing van de lessen naar aanleiding van de coronamaatregelen tot de laatste schooldag van het lopende schooljaar, als het aldus berekende betrekkingenpakket minstens één vierde van een betrekking meer telt dan het betrekkingenpakket dat op 1 oktober aan de inrichtende macht werd toegewezen voor de betrokken vestigingsplaats.”

Art. 101. In hetzelfde hoofdstuk, gewijzigd bij de decreten van 23 oktober 2000, 18 juni 2018 en 25 juni 2018, wordt een artikel 84^{septies} ingevoegd, luidende:

“Art. 84^{septies} - Overgangsbepaling

Voor de nieuwe berekening van het betrekkingenpakket wordt - in afwijking van artikel 64.4, § 2, tweede lid, - in het schooljaar 2019-2020 rekening gehouden met alle regelmatige leerlingen in het kleuteronderwijs die op de vijfde schooldag van de maand april van het lopende schooljaar ingeschreven waren in de school.

In afwijking van artikel 64.5, § 3, is het overeenkomstig het eerste lid berekende betrekkingenpakket beschikbaar vanaf de eerste schooldag na de schorsing van de lessen naar aanleiding van de coronamaatregelen tot de laatste schooldag van het lopende schooljaar, als het aldus berekende betrekkingenpakket minstens één halftijdse betrekking meer telt dan het betrekkingenpakket dat op 1 oktober aan de inrichtende macht werd toegewezen.”

HOOFDSTUK 24 — *Wijziging van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003*

Art. 102. In artikel 11, § 2, van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003, vervangen bij het decreet van 17 mei 2004, wordt het woord “onverwijd” vervangen door de woorden “alsook een personeelslid dat naar aanleiding van een specifieke ministeriële toestemming aangesteld is voor de individuele begeleiding van een kind met medisch gemotiveerde specifieke behoeften onverwijd”.

Art. 103. Artikel 11.19, zesde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013, wordt op het einde van de zin aangevuld als volgt:

”, waarbij het personeelslid, zolang het nog over ziektedagen beschikt, gedurende die periode geen ziektedagen verliest voor de dagen waarop het in het kader van de hervatting op basis van het individuele hervattingsplan:

1° minstens drie werkuren presteert, op voorwaarde dat het personeelslid volgens zijn normale uur- of werkrooster op die dag meer dan drie werkuren moet presteren;

2° minstens één werkuur presteert, op voorwaarde dat het personeelslid volgens zijn normale uur- of werkrooster op die dag drie werkuren of minder moet presteren.”

HOOFDSTUK 25 — *Wijziging van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra*

Art. 104. In artikel 20, § 1, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het vijfde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015 en bij het decreet 26 juni 2017, wordt aangevuld met de volgende zinnen:

“Bij gebrek aan een kandidaat diehouder is van het vereiste bekwaamheidsbewijs voor het ambt van pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften in het gewoon basisonderwijs, kunnen in dat ambt personen worden aangesteld diehouder zijn van het diploma van onderwijzer voor het lager onderwijs of, als de pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften uitsluitend bevoegd is voor het kleuteronderwijs of voor de eerste graad van het lager onderwijs, diehouder zijn van het diploma van kleuteronderwijzer, aangevuld met twee jaar nuttige beroepservaring in een ambt van de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel, waarbij deeltijdse prestaties in verhouding tot een volttijdse betrekking worden aangerekend, en die op het tijdstip van de aanstelling reeds ingeschreven zijn voor een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de bevorderingspedagogiek, de heilpedagogie of de orthopedagogie. Als bewijs dient een inschrijvingsbevestiging die is afgegeven door de onderwijsinstelling waar de

aanvullende opleiding gevuld wordt. De aanstelling in dat ambt eindigt van ambtswege na afloop van twee jaar, als het betrokken personeelslid de aanvullende opleiding niet binnen die termijn van twee jaar met succes heeft voltooid.”

2° het zevende lid, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2018, wordt opgeheven.

Art. 105. In artikel 25, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “31 mei” vervangen door de woorden “30 april”.

Art. 106. In het opschrift van hoofdstuk IVundecies van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden “pedagogische coördinatoren voor inclusieve scholen en” opgeheven.

Art. 107. In artikel 56.20 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden “het ambt van pedagogische coördinator voor inclusieve scholen en” opgeheven.

Art. 108. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt een hoofdstuk IVduodecies ingevoegd, dat artikel 56.21 bevat, luidende:

“Hoofdstuk IVduodecies – Bijzondere bepalingen voor de beheerde Financiën en Gebouwen”

Art. 109. In hoofdstuk IVduodecies van hetzelfde decreet wordt een artikel 56.21 ingevoegd, luidende:

“Art. 56.21 – In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van beheerde Financiën en Gebouwen toegewezen in de vorm van een aanstelling van doorlopende duur en in de vorm van een vaste benoeming overeenkomstig de voorwaarden die gelden in het gesubsidieerd vrij onderwijs.”

Art. 110. Artikel 64.13, eerste lid, 2°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2010 en gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt vervangen als volgt:

“2° ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezit,”

Art. 111. In artikel 65, § 4, vierde lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de woorden “de vermelding “onvoldoende”” vervangen door de woorden “de vermelding “niet tevredenstellend” of “onvoldoende””.

Art. 112. In artikel 78 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3°, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt:

“3° als op het evaluatieverslag van het personeelslid de vermelding “onvoldoende” als eindconclusie staat en het personeelslid in het voorgaande schooljaar ook al een evaluatieverslag met de vermelding “niet tevredenstellend” of “onvoldoende” heeft gekregen;”

2° de bepaling onder 4°, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt opgeheven.

**HOOFDSTUK 26 — Wijziging van het decreet van 19 april 2004
betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs**

Art. 113. In artikel 26bis, 5°, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs, ingevoegd bij het decreet van 21 april 2008, worden de woorden “secundair onderwijs” vervangen door de woorden “secundair onderwijs of een geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs”.

HOOFDSTUK 27 — Wijziging van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs 2005

Art. 114. In artikel 33 van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs 2005 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt vervangen als volgt:

“Het verlof wordt ofwel volledig of voor de helft van een volledig uurrooster toegekend. Het volledig ouderschapsverlof duurt maximaal vier maanden; deeltijds ouderschapsverlof duurt maximaal acht maanden. Het verlof kan worden opgesplitst, waarbij volledig ouderschapsverlof wordt toegekend voor perioden van minstens één maand en deeltijds ouderschapsverlof voor perioden van minstens twee maanden. Volledig en deeltijds ouderschapsverlof kunnen gecombineerd worden, waarbij de totale duur van omgerekend vier maanden volledig ouderschapsverlof niet mag worden overschreden.”

2° het derde lid, ingevoegd bij het decreet van 23 juni 2008 en gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt vervangen als volgt:

“In afwijking van het tweede lid kan het verlof ook worden toegekend voor een periode die korter is dan één volledige maand of twee deeltijdse maanden, waarbij die periode als één volledige maand - of naargelang van het geval - twee deeltijdse maanden wordt beschouwd om de ter beschikking staande vier volledige maanden - of naargelang van het geval - acht deeltijdse maanden te bepalen.”

HOOFDSTUK 28 — Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool

Art. 115. In artikel 2.7, § 1, eerste lid, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool, vervangen bij het decreet van 20 juni 2016, worden de woorden “het koninklijk besluit nr. 78 van 10 november 1967 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen” vervangen door de woorden “de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen”.

Art. 116. In artikel 3.2, § 4, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 25 juni 2007 en 28 juni 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° [geldt alleen voor de Duitse tekst];

2° paragraaf 4 wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

“Tot het vierde studiejaar van de opleiding verstrekt met het oog op het behalen van het brevet in verpleegkundige verzorging zijn alle studenten toegelaten die houders zijn van een attest over het welslagen van het derde studiejaar dat leidt tot het verkrijgen van het brevet van verpleger of van verpleger uit de richting geestelijke gezondheid en psychiatrie, van het diploma van gecertificeerde verpleger, of van het brevet van verpleegassistent of van verpleegassistent uit de richting geestelijke gezondheid en psychiatrie, of het attest over de gelijkwaardigheid met één van de bovenvermelde attesten en het inschrijvingsgeld bepaald in artikel 3.8. hebben betaald.”

Art. 117. In artikel 3.34, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “onderwijs- en examenvrijstelling” vervangen door de woorden “onderwijs- en/of examenvrijstelling”.

Art. 118. In artikel 5.38, § 1, 1°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011, worden de woorden "voor zover de kandidaat houder is van de dienovereenkomstige bekwaamheidsbewijzen bedoeld in artikel 5.2 of tijdens drie opeenvolgende jaren de in artikel 5.18 bepaalde afwijking verkregen heeft voor het toe te wijzen ambt, waarbij elke afwijking een minimale duur van 15 weken behoort" vervangen door de woorden "op voorwaarde dat de kandidaat voldoet aan de voorwaarde gesteld in artikel 5.15, 5°".

Art. 119. In artikel 5.39, § 4, vierde lid, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de woorden "de vermelding "onvoldoende"" vervangen door de woorden "de vermelding "niet tevredenstellend" of "onvoldoende"".

Art. 120. In artikel 5.52, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3°, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt:

"3° als op het evaluatieverslag van het personeelslid de vermelding "onvoldoende" als eindconclusie staat en het personeelslid in het voorgaande schooljaar ook al een evaluatieverslag met de vermelding "niet tevredenstellend" of "onvoldoende" heeft gekregen;"

2° de bepaling onder 4°, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 121. In artikel 5.88, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de woorden "om de twee jaar" vervangen door de woorden "minstens om de vijf jaar".

Art. 122. In artikel 5.102, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de woorden "om de twee jaar" vervangen door de woorden "minstens om de vijf jaar".

Art. 123. Artikel 5.105.8 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Ze ressorteren rechtstreeks onder de directeur; de directeur heeft beslissingsbevoegdheid ten aanzien van hen."

Art. 124. In artikel 5.105.11, § 1, tweede lid, 1°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt het getal "471" vervangen door het getal "471/I".

Art. 125. In artikel 9.11*septies* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 18 juni 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het jaar "2020" vervangen door het jaar "2022".

2° in het tweede lid worden de woorden "2020-2021 uiterlijk op 31 december 2020" vervangen door de woorden "2022-2023 uiterlijk op 31 december 2022".

HOOFDSTUK 29 — *Wijziging van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep*

Art. 126. Artikel 103, 9°, van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt opgeheven.

Art. 127. [Geldt alleen voor de Duitse tekst.]

Art. 128. In bijlage II van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 16 juli 2012 en gewijzigd bij de decreten van 20 juni 2016 en 26 juni 2017, wordt een bepaling onder 4° ingevoegd, luidende:

"4° vanaf 1 januari 2021

Weddeschalen – Bedragen in euro

Tabel van de leeftijdsklasse (18 jaar)

Werkman	Vakman
Onderhoudswerkman	Geschoold onderhoudswerkman
<u>Hulpkok</u>	<u>Kok</u>
14.282,48 – 16.241,03	14.784,96 – 19.223,37
03 (1) x 125,89	03 (1) x 162,20
02 (2) x 67,34	05 (2) x 225,41
10 (2) x 144,62	06 (2) x 308,92
	02 (2) x 485,62
Eerste vakman	Eerste vakman-ploegbaas
Eerste geschoold onderhoudswerkman	Eerste geschoold onderhoudswerkman
<u>Eerste kok</u>	<u>Ploegbaas</u>
14.892,88 – 19.893,93	<u>Eerste kok – teamchef</u>
03 (1) x 162,22	15.426,92 – 21.034,93
05 (2) x 256,19	03 (1) x 253,19
08 (2) x 404,18	05 (2) x 323,00
	08 (2) x 404,18"

HOOFDSTUK 30 — *Wijziging van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs*

Art. 129. In artikel 59, § 2, tweede lid, van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs worden de woorden "looncategorie II+ (loonschaal II+)" vervangen door de woorden "loonschaal I (loontabel I)".

Art. 130. Titel XV van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2010, wordt aangevuld met een artikel 109.1, luidende:

"Art. 109.1 - Overgangsbepaling

In afwijking van artikel 32, § 2, kan de directeur van een kunstacademie in het schooljaar 2019-2020 afzien van examens naar aanleiding van de coronamaatregelen. Als gebruik wordt gemaakt van die mogelijkheid, deelt de directeur van de kunstacademie die beslissing, alsook de wijzigingen van het studie- en examenreglement inzake evaluatie- en overgangscriteria schriftelijk mee aan de leerlingen en aan de personen belast met de opvoeding."

HOOFDSTUK 31 — Wijziging van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009

Art. 131. In artikel 12 van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009, vervangen bij het decreet van 28 juni 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de woorden "de bijlage" worden vervangen door de woorden "bijlage 1";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"Schoolhoofden zonder pedagogische opleiding volgen, naast de gespecialiseerde opleiding waarvan de essentiële onderdelen vastgelegd zijn in bijlage 1, een extra module voor schoolhoofden van een basisschool of secundaire school die geen pedagogische opleiding hebben, waarvan de essentiële onderdelen vastgelegd zijn in bijlage 2 voor de schoolhoofden van een basisschool en in bijlage 3 voor de schoolhoofden van een secundaire school."

Onder 'schoolhoofd zonder pedagogische opleiding' wordt verstaan: een schoolhoofd dat niet beschikt over het diploma van kleuteronderwijzer, lager onderwijzer, geaggregeerde voor het lager of het hoger secundair onderwijs, een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad op het pedagogisch vlak of een pedagogisch bekwaamheidsbewijs van minstens 15 ECTS-punten."

Art. 132. In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "tot inrichtingshoofd van een secundaire school" opgeheven;

2° in het tweede lid worden het eerste en het tweede streepje vervangen door volgende bepalingen onder 1° en 2°, luidende:

"1° bij de voor de verschillende inrichtende machten gemeenschappelijke modules van de gespecialiseerde opleiding en de extra modules ervan voor schoolhoofden van een basisschool of secundaire school die geen pedagogische opleiding hebben: de Regering;

2° bij de binnen eenzelfde inrichtende macht georganiseerde module van de gespecialiseerde opleiding: de respectieve inrichtende macht."

Art. 133. De tot dusver enige bijlage van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2010, wordt bijlage 1.

Art. 134. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt een bijlage 2 en een bijlage 3 ingevoegd, vastgelegd in de bijlagen 1 en 2 van dit decreet.

HOOFDSTUK 32 — Wijziging van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie, het adviespunt voor schoolontwikkeling en het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs

Art. 135. In artikel 15.1 van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie, het adviespunt voor schoolontwikkeling en het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de inleidende zin wordt vervangen als volgt: "Het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs zorgt voor de kwaliteitsbewaking en kwaliteitsontwikkeling van de bevorderingspedagogiek in het onderwijs en in de middenstandsopleiding en vervult, op verzoek van het schoolhoofd, de inrichtende macht, het IAWM of een directeur van een ZAWM, de volgende taken voor het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd en erkend basis- en secundair onderwijs, de voortgezette schoolopleiding en de middenstandsopleiding:"

2° in de bepaling onder 5° worden de woorden "in het onderwijs" vervangen door de woorden "in het onderwijs en in de middenstandsopleiding".

Art. 136. In artikel 15.3, 1°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019, worden de woorden "na overleg met het schoolhoofd of - indien het schoolhoofd afwezig is - met diens plaatsvervanger" vervangen door de woorden "na overleg met het schoolhoofd, met een directeur van een ZAWM of - indien betrokken afwezig is - met diens plaatsvervanger" en wordt het woord "schoolgemeenschap" vervangen door de woorden "schoolgemeenschap of de personeelsleden van de middenstandsopleiding".

HOOFDSTUK 33 — Wijziging van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren

Art. 137. Artikel 3.15, § 1, 1°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren wordt na de woorden "en van de leerlingen van het gespecialiseerd onderwijs" aangevuld met de woorden "en, om de twee jaar, van de leerplichtige kinderen en jongeren vanaf zes jaar die huisonderwijs volgen; onder een zesjarig kind wordt verstaan: een kind dat uiterlijk op 31 december van het kalenderjaar waarin het schooljaar begint, de leeftijd van zes jaar bereikt".

Art. 138. In artikel 6.43, § 4, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de beoordeling 'onvoldoende'" vervangen door de woorden "de beoordeling 'niet tevredenstellend' of 'onvoldoende'".

Art. 139. Artikel 6.78, eerste lid, 3°, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"3° als op het evaluatieverslag van het personeelslid de vermelding "onvoldoende" als eindconclusie staat en het personeelslid in het voorgaande schooljaar ook al een evaluatieverslag met de vermelding "niet tevredenstellend" of "onvoldoende" heeft gekregen."

Art. 140. In artikel 6.87, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, worden tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het vierde lid wordt, de volgende leden ingevoegd, luidende:

"In afwijking van het eerste lid bedraagt de maandelijkse premie 616,15 euro voor de coördinator Gezondheidswetenschappen.

In geval van deeltijdse prestaties wordt het bedrag van de premie dat in het eerste en het tweede lid wordt vermeld, evenredig verminderd."

Art. 141. In artikel 10.7, § 2, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het vierde lid wordt, worden de volgende leden ingevoegd, luidende:

"In afwijking van het eerste lid bedraagt de maandelijkse premie 616,15 euro voor de coördinator Gezondheidswetenschappen.

In geval van deeltijdse prestaties wordt het bedrag van de premie dat in het eerste en het tweede lid wordt vermeld, evenredig verminderd."

2° in het tweede lid, dat het vierde lid wordt, worden de woorden "overeenkomstig het eerste lid" vervangen door de woorden "overeenkomstig het eerste tot het derde lid".

HOOFDSTUK 34 — *Wijziging van het decreet van 25 juni 2018 tot instelling van het ambt van kleuterschoolassistent in de gewone basisscholen en tot verlaging van de instapleeftijd in het kleuteronderwijs tot twee jaar en zes maanden*

Art. 142. In artikel 25, 2°, van het decreet van 25 juni 2018 tot instelling van het ambt van kleuterschoolassistent in de gewone basisscholen en tot verlaging van de instapleeftijd in het kleuteronderwijs tot twee jaar en zes maanden worden de woorden "1 september 2021" vervangen door de woorden "1 september 2024".

HOOFDSTUK 35 — *Wijziging van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020*

Art. 143. In artikel 9 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 worden de woorden "autonome hogeschool" vervangen door de woorden "autonome hogeschool, artikel 16 van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs" en worden de woorden "hoger onderwijs" vervangen door de woorden "hoger onderwijs of in een kunstacademie".

Art. 144. In het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, gewijzigd bij het decreet van 27 april 2020, wordt een artikel 9.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 9.2 – Op voorlegging van de desbetreffende bewijsstukken betaalt de Regering aan de gewone en gespecialiseerde scholen in de Duitstalige Gemeenschap de werkelijke kosten terug die door de coronagerelateerde annulatie van meerdaagse schoolreizen zijn ontstaan."

HOOFDSTUK 36 — *Inwerkingtreding*

Art. 145. Dit decreet treedt in werking op 1 september 2020, met uitzondering van:

1° artikel 102, dat uitwerking heeft met ingang van 1 september 2019;

2° artikel 3, 1°, artikel 17, artikel 22, 6°, 7° en 8°, artikel 73, 1°, artikel 85, artikel 94, artikel 104, 1°, artikel 110 en artikel 125, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

3° artikel 144, dat uitwerking heeft met ingang van 24 februari 2020;

4° artikel 42, dat uitwerking heeft met ingang van 1 maart 2020;

5° de artikelen 70 tot 72, artikel 130 en artikel 143, die uitwerking hebben met ingang van 16 maart 2020;

6° de artikelen 100 en 101, die uitwerking hebben met ingang van 21 april 2020;

7° de artikelen 51 en 52, die uitwerking hebben met ingang van 1 mei 2020;

8° de artikelen 115 en 116, die in werking treden op 30 juni 2020;

9° de artikelen 49, 140 en 141, die in werking treden op 1 juli 2020;

10° artikel 1, 2°, artikel 3, 2°, artikel 22, 1° tot 5°, artikel 23, 1° tot 4°, artikel 24, artikel 73, 2°, artikel 74, artikel 104, 2°, artikel 105, artikel 113 en artikel 128, die in werking treden op 1 januari 2021.

BIJLAGE 1

Bijlage 2 van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009

Extra module voor schoolhoofden van een basisschool zonder pedagogische opleiding	Studiepunten
Basiskennis van het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap De geschiedenis van het onderwijs in België en in de Duitstalige Gemeenschap De werking van het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap De huidige onderwijswetgeving in de Duitstalige Gemeenschap De maatschappelijke rol van de school	1
Bijzonderheden van de schoolorganisatie School als sociale entiteit School als deskundige organisatie Verantwoordelijkheid van het schoolhoofd bij het beheersen van de processen inzake onderwijsontwikkeling, personeelsontwikkeling en organisatieontwikkeling	2,5
Algemene didactiek Basisbegrippen algemene didactiek Pedagogisch-didactisch oriëntatiekader Kwaliteit van het onderwijs: Wat is goed onderwijs? Empirische aspecten van onderwijzen en leren Conceptuele basis van de referentiekaders in de Duitstalige Gemeenschap Voorbereiding van de lessen – referentiekaders en curricula als hulpmiddelen bij het plannen van competentiegericht onderwijs	3

Extra module voor schoolhoofden van een basisschool zonder pedagogische opleiding	Studiepunten
Didactiek voor de basisschool Ontwikkelingspsychologie Rol van de leekracht Groepsdynamische processen in de klas Verstoringen in de klas: mogelijke oorzaken, preventie, omgang Onderwijsmethoden, leer- en werkstrategieën Hospiteren van basisscholen met de nadruk op het onderwijs en het werkveld van de schoolleiding	3,5
Totaal	10

BIJLAGE 2

Bijlage 3 van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009

Extra module voor schoolhoofden van een secundaire school zonder pedagogische opleiding	Studiepunten
Basiskennis van het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap De geschiedenis van het onderwijs in België en in de Duitstalige Gemeenschap De werking van het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap De huidige onderwijswetgeving in de Duitstalige Gemeenschap De maatschappelijke rol van de school	1
Bijzonderheden van de schoolorganisatie School als sociale entiteit School als deskundige organisatie Verantwoordelijkheid van het schoolhoofd bij het beheersen van de processen inzake onderwijsontwikkeling, personeelsontwikkeling en organisatieontwikkeling	2,5
Algemene didactiek Basisbegrippen algemene didactiek Pedagogisch-didactisch oriëntatiekader Kwaliteit van het onderwijs: Wat is goed onderwijs? Empirische aspecten van onderwijzen en leren Conceptuele basis van de referentiekaders in de Duitstalige Gemeenschap Voorbereiding van de lessen – referentiekaders en curricula als hulpmiddelen bij het plannen van competentiegericht onderwijs	3
Didactiek voor het secundair onderwijs/vakdidactiek Ontwikkelingspsychologie Rol van de leekracht Groepsdynamische processen in de klas Verstoringen in de klas: mogelijke oorzaken, preventie, omgang Onderwijsmethoden, leer- en werkstrategieën Hospiteren van secundaire scholen met de nadruk op het onderwijs en het werkveld van de schoolleiding	3,5
Totaal	10

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 22 juni 2020.

O. PAASCH,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,
De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

H. MOLLERS,
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2019-2020

Parlementaire stukken: 75 (2019-2020) Nr. 1 Ontwerp van decreet + bijlage

75 (2019-2020) Nr. 2-4 Voorstellen tot wijziging

75 (2019-2020) Nr. 5 Verslag

75 (2019-2020) Nr. 6 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 22 juni 2020 – Nr. 12 Besprekking en aanneming